

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



18. Mai 1985
Jg. 6 Nr. 10

G 7756 D Preis:
2,50



8. Mai: Der Revanchismus im
Europagewand:
brandgefährlich!
Seite 10



USA: Proteste gegen Nikaragua-
Embargo
Seite 15



Öffentlicher Dienst: Koalitions-
vereinbarung des Westberliner
Senats/ÖTV-Veranstaltung gegen
Senatsprogramm
Seite 22

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlags-
gesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

BDI-Mitgliederversammlung: Kapitalisten mit Regierung zufrieden— weitere Flexibilisierung und Steuersenkungen verlangt 4

HRG-Novellierung: Die Kapitalisten sind fast zufrieden. 7

Weltwirtschaftsgipfel: Kriegsziele bekräftigt 7

Einzelhandel: Kapitalisten setzen Lohnsenkung fort, 38,5-Stunden-Woche eingeführt. 8
Monopolkommission gegen Ladenschluß 9

8. Mai: Der Revanchismus im Europagewand: brandgefährlich! 10
Nachrichtenübersicht. 10
Union bemüht um Kriegsverbrecher. 10
FDP: liberale Tarnmaske 10
Die "besseren Deutschen". 11
Kirchenleitungen: "Befreiung" Osteuropas als göttlicher Auftrag. 12
DGB, Antifaschisten und Grüne — Anhaltspunkte gegen Revanchismus. 13

Auslandsberichterstattung

Großbritannien: Arbeiterinnen setzen höhere Löhne durch. 14

Dänemark: Lohndiktat wird weiter bekämpft 14

Südafrika/Azania: Schwere Angriffe auf Minengewerkschaft. . 14

USA: Protest gegen Nikaragua-Embargo. 15

Französische Kolonien: Verstärkung des Kampfes für Unabhängigkeit 15

Internationale Meldungen. 16

Aus Parteien und Verbänden

Besprechungen

IGM-Aktionsprogramm "Arbeit und Technik". 18
Wie weiter mit 35-Stunden? 18
DGB Köln: Studie zur Lage der Ausländer. 18
Legenden über liberale Frauen. 18
Rentenstudie des IdW 18

1. Mai: Kritik an der Regierung, aber keine Kampfansage. 19

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten. 21

VVN WIRD BESTEUERT, SS-NACHFOLGER NICHT

Ende April hat das Finanzamt Stuttgart dem Landesverband Baden-Württemberg der Vereinigung der Verfolgten des Naziregime— Bund der Antifaschisten e.V. die Gemeinnützigkeit aberkannt. Künftig können Spenden an den Landesverband der VVN-BdA nicht beim Lohnsteuerjahresausgleich geltend gemacht werden, und der Landesverband wird zur Körperschaftsteuer veranlagt. Das Finanzamt begründet seine Maßnahme mit "parteiergreifenden Stellungnahmen" der VVN-BdA u.a. gegen die Stationierung von Atomraketen in Baden-Württemberg und gegen Berufsverbote. Kurz vor der Entscheidung des Finanzamtes hatte die VVN-BdA in einem Brief an Ministerpräsidenten Späth dessen Zustimmung zum Rüstungsprogramm SDI und zur Stationierung von Pershing II in Baden-Württemberg angegriffen. Der DGB-Landesverband und der Landesverband der "Naturfreunde" haben bei der Landesregierung gegen die Entscheidung protestiert. Die SPD-Landtagsfraktion beantragte die Rücknahme der Entscheidung durch die Landesregierung.

Landesfinanzminister Palm hat eine "Überprüfung" zugesagt. Die VVN-BdA befürchtet, daß diese "Überprüfung" nichts ändern wird. Dasselbe Finanzamt hat mit Rückendeckung durch die Landesregierung die SS-Nachfolgeorganisationen "Leibstandarte Adolf Hitler" und "Hitlerjugend" als gemeinnützig anerkannt. — (uld)

NEUNTER STRAFVERTEIDIGERTAG

Vom 26.-28.4.85 fand der 9. Strafverteidigertag in Westberlin statt. In fünf Arbeitsgruppen beschäftigten sich rd. 300 Rechtsanwälte mit folgenden Themen:

1. Vereinheitlichung der Strafverfolgung in Westeuropa— Probleme und Möglichkeiten der Verteidigung; 2. Verfolgung der Friedensbewegung seit den 50er Jahren; 3. U-Haft— wird immer noch zu viel und zu schnell verhaftet?; 4. Strafverteidiger als "Organ der Rechtspflege"— wie lange noch? und 5. Wird der Computer Herr des Strafverfahrens?

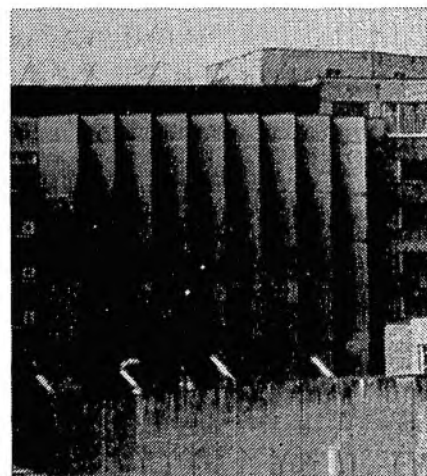
In dem mit großer Mehrheit gebilligten Bericht der AG 1 heißt es u.a.: "... soll insbesondere die internationale polizeiliche operative Zusammenarbeit, der Einsatz westdeutscher V-Leute im Ausland und das direkte Kidnappen von Beschuldigten aus dem Ausland durch Kräfte der westdeutschen Sicherheitsbehörden verhindert werden".

Die AG 2 stellte u.a. fest: "Die strafrechtliche Verfolgung der Friedensbewegung kritisieren wir als Teil der systematischen Bemühungen des Staates, die Fähigkeit und Bereitschaft zur Kriegführung zu sichern,

insbesondere die weitere Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles durchzusetzen. Auch das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum KDV-Gesetz steht in diesem Zusammenhang."

Ein Antrag der AG 5, noch dieses Jahr im Herbst einen gesonderten Kongreß über die mit der Speicherung personenbezogener Daten bei den Polizeibehörden durchzuführen, fand eine große Mehrheit.

Das Plenum verabschiedete weiter



Isolations-Gefängnis Stammheim

eine Resolution, in der die Ausweitung der Verteidigerausschlüsse von politischen Gefangenen scharf verurteilt und die Abschaffung des § 146 StPO (Verbot der Mehrfachverteidigung) gefordert wird.

Weiter wird in dieser Resolution der Gesetzentwurf der GRÜNEN zum Verbot unmenschlicher Haftbedingungen ausdrücklich unterstützt und erklärt: "Die nach wie vor bestehenden Sonderhaftbedingungen geben Anlaß, die Verabschiedung dieses Gesetzes mit Nachdruck zu fordern." — (mim)

STREICHUNG DES § 218 AUFGENOMMEN

Am 18. Mai findet zum zweiten Mal die "Aktion Muttertag" statt. Am 26. und 27. Januar 1985 haben 250 Frauen aus der Frauenbewegung auf einem "Großen Ratschlag der Frauenbewegung" in Köln eine Abschlusßerklärung verabschiedet, in der es u.a. heißt: "... Vorrangig setzen wir uns ein für den Frieden, für eine lebenswerte Umwelt, für das Recht auf bezahlte Arbeit, das Recht auf Bildung, für Quotierungsregelungen, für unsere sozialen Rechte, gegen Gewalt gegen Frauen und patriarchalische Strukturen. Die geplanten Änderungen am Scheidungsfolgerecht lehnen wir ab, die Rentenbenachteiligung der Frauen muß abgebaut werden. Wir fordern unser Selbstbestimmungsrecht beim Schwangerschaftsabbruch und Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch!"

Der diesjährige Aufruf zur "Aktion Muttertag", von 27 Frauen unterschrieben, enthält gegenüber dem Vorjahr Forderungen, die deutlich machen, daß die einzelnen Frauengruppen mit ihren Forderungen einbezogen wurden. Als Erfolg ist anzusehen, daß sich die Forderung zur Streichung des § 218 durchgesetzt hat: "Unschädliche, kostenlose Verhütungsmittel für Mann und Frau; Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch; Beibehaltung von Schwangerschaftsabbruch auf Krankenschein; unabhängige und freiwillige Beratung statt Beratungszwang; flächendeckendes Netz ambulanter und stationärer Abbrucheinrichtungen!"

Relativ gut entwickelt sind in dem Aufruf Gleichstellungsforderungen, im Gegensatz zu den schwächeren und zum Teil unklaren, verschiedenen auslegbaren lohn- und arbeitspolitischen Forderungen.

Wie schon im letzten Jahr ruft der Bundesfrauenausschuß der GEW die in der GEW organisierten Frauen auf, sich auf kommunaler, Länder- und Bundesebene an der "Muttertagsaktion" zu beteiligen. — (anp)

NRW-WAHLEN

Die Ausstrahlungskraft des Johannes Rau habe die Massen mitgerissen. Dagegen sprechen Zahlen: Bei den Bundestagswahlen 1983 erhielt die SPD in NRW 4,78 Millionen Stimmen (42,8%), jetzt 4,94 Millionen (52,1%). Der Gewinn war absolut gesehen nicht hoch. Die SPD versprach im Wahlkampf die finanzielle Stärkung der Kommunen bzw. ihre Entlastung. Die Sozialhilfe sollte auf die früheren Sätze zurückgeführt werden, die Wirtschaftskrise durch Subventionen an Bergbau und Stahl sowie für Zukunftsindustrien gelöst werden. Für die Finanzierung dieses breit angelegten Sachprogramms hat Rau Bundessubventionen ver-

langt, bzw. die Rückführung der früher aus NRW in den Länderfinanzausgleich geflossenen Mittel. In dem sog. Wir-in-NRW-Gefühl kommt die Hoffnung auf Ankurbelung des Geschäfts durch "Staatsknete" in Milliardenhöhe zum Ausdruck, das brachte— mehr der amtierenden Landesregierung als der SPD— die Mehrheit.

Die GRÜNEN hatten sich vor der Wahl für Zusammenarbeit mit der SPD erklärt. Sie legten ungewöhnlich viel Gewicht auf "Soziales", gingen in der Flexibilisierungsfrage allerdings eher mit CDU und FDP, suchten auch nicht mit der FDP die Auseinandersetzung wegen der Eliteförderung. Da die GRÜNEN eine Kritik der Reaktion in wichtigen Fragen nicht lieferten, hätte niemand wissen können, was sie, in passenden Stimmverhältnissen im Landtag vertreten, verhindern wollten. Auf diesem Boden mögen FDP-Spottworte wie "Lieber Kies in der Tasche als Sand im Getriebe" fruchtbaren Boden gefunden haben.

Auf keinen Fall darf übersehen werden, daß die Absolutstimmen von SPD und GRÜNEN zusammengekommen mit 5,37 Millionen gegenüber 1983 (BTW) 5,36 kaum zugenommen haben. Ein Vorstoß in die Anhängerschaft der Regierungskoalition ist also nicht ernstlich gelungen. Brandt log, als er sagte, nun sei bewiesen, daß "die SPD allein gewinnen könne".

Die Verluste des Regierungslagers, immerhin nur noch 4,03 Millionen gegenüber 5,76 Millionen bei der Bundestagswahl, sind hauptsächlich durch Wahlenthaltung von Regierungs-Anhängern entstanden. Daß der FDP trotzdem eine Mobilisierung von 6% gelang, mindert die Aussichten für eine Ablösung der CDU bei den Bundestagswahlen 1987 stark. Die Ergebnisse von MLPD, KPD, Friedensliste möchten wir erst erörtern, wenn deren Stellungnahmen da sind.— (düb, maf)

Wörner in Heilbronn: Hartnäckiger Widerstand gegen Raketenbasis Waldheide 22

Nicaragua: Lummer und Reaktionäre provozieren..... 22

"Schlageterfeier": Gegenaktionen geplant 23

"Waldsterben": Aktion konservativer Naturschutzverbände 23

Öffentlicher Dienst: Koalitionsvereinbarungen des Senats / ÖTV-Veranstaltung gegen Senatsprogramm..... 24

Graubremse: Echlin-Konzern startet Feldzug 25

Fernfahrer: Fristlose Kündigung wegen Streik 25

Sozialhilfe/Lüneburg: Drastische Senkung des Elendstandards macht Ausbau von Zwangsarbeit möglich..... 26
Bundesweit Modelle für Zwangsarbeit..... 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung..... 28

Wanderausstellung Unser Heer: Keine Kriegswerbung in Norderstedt! 29

Sozialstatistik

Unternehmen: (II) Große Industrie und Monopole in verschiedenen imperialistischen Ländern.. 30

Kultur und Wissenschaft—Diskussionsbeiträge

Bücher: Neue Mythologie und Versuche der Kritik..... 32

Bertold Brecht: Wie erklärt sich seine vorübergehend große Beliebtheit?..... 33

Verbot faschistischer Organisationen: Mit dem Staatsapparat gegen den Faschismus?..... 34

Spezialberichte

Deutsche Volksgruppenpolitik (II): "Deutsche Volksgruppenrechte": Kohl und andere in der Tradition faschistischer Ostexpansion..... 36
Die Organisation der Revanchisten 37
Europäische Volksgruppenrechte: Einmischung ist garantiert..... 38

Titelbild: Foto, mst



"40 Jahre deutscher Nachkriegsgeschichte" bewogen BDI-Ehrenpräsidenten Sohl (Bild links), am 3.5. in der "Frankfurter Allgemeinen" den Gewerkschaften "Partnerschaft statt Klassenkampf" und Lohnsenkungen anzubieten: Wenn die jetzige Lohnsumme um 5% gekürzt wird, könnten eine Million mehr arbeiten, Branchen und Regionen müßten "flexibel" berücksichtigt werden. — (uld)

BDI-Mitgliederversammlung

KAPITALISTEN MIT REGIERUNG ZUFRIEDEN – WEITERE FLEXIBILISIERUNG UND STEUERSENKUNGEN VERLANGT

Am 6. Mai tagte in Bonn die Mitgliederversammlung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Gemessen an der Bedeutung dieses Gremiums – es repräsentiert die größte Kapitalzusammenballung in der BRD und bestimmt die Richtlinien der Politik mit – und gemessen an dem unüberhörbaren, drohenden Geschrei des BDI zu Endzeiten der sozialliberalen Koalition und zur Bonner "Wende", war die diesmalige Berichterstattung über das Ereignis dürftig. Es liegt die Vermutung nahe, daß das industrielle Kapital in der BRD gegenwärtig die öffentliche Debatte über die Lage der Industrie vermeiden will. Die Gründe dafür liegen auf der Hand:

BDI mit Regierung zufrieden, Geschäftslage glänzend

Die Kapitalisten sind mit der Politik der Bundesregierung rundheraus zufrieden. BDI-Präsident Langmann bezeichnete in seiner Rede vor der Mitgliederversammlung "die bisherigen Erfolge der Bundesregierung" als "durchaus beachtlich: Die Konjunktur zeige breite Erholung, die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte schreite voran, Preisstabilität sei nahezu erreicht, und im Export seien Rekordergebnisse zu erwarten. Der BDI unterstreiche die Auffassung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, daß die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung anhalte... Die Arbeitslosigkeit sei zwar nach wie vor hoch, doch sei nicht zu verkennen, daß eine Wende zum Besseren eingetreten sei. Die jüngsten Arbeits-

marktdaten bestätigten diese Auffassung. Zudem ließen die Unternehmen nicht nach, mehr Arbeitsplätze zu schaffen, soweit sich dies wirtschaftlich rechtfertigen lasse."

Hintergrund der Euphorie: Die Geschäftslage der BRD-Monopole ist so gut wie lange nicht mehr. Die jetzt veröffentlichten Ergebnisse für 1984 wie auch des ersten Quartals 1985 weisen auf einen Umsatz- und Gewinnboom, der die Kriegskassen der Konzerne für die verschärften Konkurrenzkämpfe bei dem fälligen nächsten Konjunktüreinbruch gefüllt hat.

Der Siemens-Konzern verbuchte vom 1.10. 1984 bis zum 31.3. 1985 einen Umsatzanstieg um 33% auf 26,7



Fertigung von Fernsehgeräten bei Grundig. Die Beschäftigten in den unteren Lohngruppen sind durch die niedrigen Tarifabschlüsse mit langer Laufzeit noch tiefer gedrückt worden.

Mrd. DM und einen Anstieg des Gewinns nach Steuern für das Halbjahr um sage und schreibe 56% auf 640 Mio. DM; der Konzern hat Aufträge für 28,8 Mrd. DM, eine Steigerung um 11%. Die weltgrößten Chemiemonopole, die BRD-Konzerne BASF, Bayer und Hoechst, vermelden ähnliche Rekorde. Bayer steigerte seinen Weltumsatz von 37 auf 43 Mrd. DM und den Gewinn nach Steuern von 754 Mio. DM auf 1,17 Mrd. DM 1984 bei gleichbleibender Beschäftigtenzahl; die Kapazitätsauslastung stieg von 85 auf 88%; die Konzernkassen sind so voll, daß das Investitionsprogramm 1985 in Höhe von ca. 2 Mrd. DM voll aus den Abschreibungen finanziert werden kann.

Auch die beklagten Sorgenkinder der BRD-Industrie wie Maschinenbau und Stahl melden Umsatz- und Gewinnsteigerungen und volle Auftragsbücher. Die Maschinenbaufirma Orenstein & Koppel, Hoesch-Tochter, steigerte ihren Gewinn 1984 gegenüber 1983 um 40% und meldet fürs erste Quartal 1985 einen Auftragszuwachs um 65%. Die Stahlkonzerne Hoesch, Thyssen und Krupp können nach den Entlassungen zehntausender Stahlarbeiter den Aktionären schwarze Zahlen melden und wieder Dividenden ausschütten.

BDI: Weitere Flexibilisierung und Steuerreform

Zufrieden zeigt sich der BDI auch mit dem inzwischen in Kraft getretenen Beschäftigungsförderungsgesetz. BDI-Präsident Langmann: "Dieses Gesetz habe erste Lockerungen in dem

PARTEISPENDEN: KAPITALISTEN BALD STRAFFREI

Ein Ausschuß des Bundesverfassungsgerichts unter Richter Zeidler (SPD) hat Anfang April eine jetzt bekanntgewordene Grundsatzentscheidung gefällt, die den Kapitalisten schon bald erlauben dürfte, eine zuerst vorläufige, bald aber endgültige Einstellung aller Strafverfahren gegen sie wegen illegaler Parteispenden zu erreichen. Die Verfassungsrichter entschieden: Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung sind erst dann erlaubt, wenn zuvor ein Finanzgericht festgestellt hat, daß tatsächlich Steuern hinterzogen wurden. Da der Präsident des obersten Finanzgerichts, Prof. Klein, wiederholt vertreten hat, Steuerhinterziehung durch illegale Parteispenden sei schon deshalb nicht strafbar, weil den Spendern wegen der jahrelang bekannten Praxis jedes "Unrechtsbewußtsein" gefehlt habe, ist

damit zu rechnen, daß alle begonnenen Parteispendenverfahren schon bald von den Finanzgerichten eingestellt werden. Die Kapitalisten hätten dann per Finanzgerichte die Amnestie, die sie erst vor einem Jahr im Bundestag per Gesetz nicht erreichen konnten. (Handelsblatt, 30.4., 9.5. 1985 – rül)

"INFLATIONSHEMMENDE" HUNGERSÄTZE

Inzwischen liegt der Gesetzentwurf des Bundesrates zur Sozialhilfe dem Bundestag vor. Danach soll für Empfänger ab dem 60. Lebensjahr sowie für Alleinerziehende mit einem Kind unter sieben Jahre der Regelsatz um 20% erhöht werden. Der neue verringerte Warenkorb, so die Begründung, sei für diese Leute keine ausreichende Hilfe zum Lebensunterhalt, und sie könnten auch nicht "auf dem Weg über die Hilfe zur Arbeit" ein Verhungern verhindern. Von der Union, wie jüngst

von Strauß, wird diese Erhöhung der Sozialhilfe als soziale Leistung gegenüber den Ärmsten gepriesen. Was davon zu halten ist, kann der dem Entwurf zustimmenden Stellungnahme der Bundesregierung entnommen werden: "Wegen des – gemessen am Gesamtaufwand der Sozialhilfe – geringen Umfangs an zusätzlichen Kosten und zusätzlicher Kaufkraft ist eine Auswirkung auf Einzelpreise und das Preisniveau ... nicht zu erwarten." – (BtDrS 10/3079 – alk)

ZIMMERMANN'S ZIVILSCHUTZ MIT SPD ABGESTIMMT?

"Die Überlegungen der Bundesregierung über die Novellierung des Zivilschutzgesetzes befinden sich noch im Stadium der Abstimmung zwischen den Bundesressorts sowie mit der Bundesländern, kommunalen Spitzenverbänden, Hilfsorganisationen und Verbänden." Das hat Staatssekretär Fröhlich vom Bundesinnenministerium



Ein Grund für die glänzende Geschäftslage: Die BRD-Kapitalisten haben durch Flexibilisierung und Einsatz neuer Techniken die Intensivierung der Arbeit enorm gesteigert und damit die Lohnstückkosten gegenüber ihren Konkurrenten deutlich gesenkt.

zu starren Arbeitsrecht gebracht. Dieser Kurs müsse aber fortgesetzt werden." Dieses Gesetz, das u.a. befristete Arbeitsverträge zum beliebig anwendbaren Instrument der Kapitalisten macht und in den Betrieben zwei Klassen von Beschäftigten schafft, wird inzwischen schon praktiziert, z.B. von der Maschinenbaufirma Schloeman-Siemag, die von den Auszubildenden die meisten übernommen hat – mit befristeten Arbeitsverträgen.

Als bedenklich wertet der BDI die von Arbeitsminister Blüm angekündigte Absicht, die Wirksamkeit des Gesetzes nach einem Jahr zu überprüfen und eventuell, bei ungenügenden Neueinstellungen trotz der durch das Gesetz ermöglichten unerträglichen Bedingungen, Überstunden zwangsweise einzuschränken. Langmann zu

dieser demagogischen, nicht ernst gemeinten Einschränkung des reaktionären Gesetzes: "Ich sehe hierin die unheilvolle Parallele zu der berüchtigten Berufsbildungsabgabe, die von der vorhergehenden Regierung viele Jahre der Wirtschaft als Knüppel vorgezeigt worden ist, um sie zu einer verstärkten Lehrlingsausbildung anzutreiben. Das Setzen auf unternehmerisches Verantwortungsbewußtsein statt auf administrative Gängelung hat sich bisher noch immer als richtiger Weg erwiesen." Die Regierung soll sich bitteschön jedes Eingriffs in die Unternehmertätigkeit enthalten.

Weitere Forderungen aus dem Katalog des BDI gegen das "starre Arbeitsrecht": Beseitigung aller gesetzlichen Auflagen für Sozialpläne, Reform des Arbeitszeitrechts, Beseitigung aller Arbeitnehmeransprüche bei Konkur-

sen unter dem Stichwort "Erhaltung von Arbeitsplätzen".

Unzufrieden ist der BDI mit der Halbzeitbilanz der Bundesregierung in Sachen Steuerentlastung. Langmann: "Die beschlossene Entlastung bei der Lohn- und Einkommensteuer bedeute für die Unternehmen keine Verbesserung. Die deutsche Industrie erwarte deshalb, daß die Bundesregierung nunmehr ernsthaft eine Reform der Unternehmensbesteuerung in die Wege leite." Konkret verlangt der BDI die Abschaffung der Gewerbesteuer, die Senkung der Kapitalertragssteuern und der Vermögenssteuer sowie bei der Einkommensteuer die Absenkung des Spitzensteuersatzes. Auf dem Kongreß der Steuerberater Anfang Mai hat Bundesfinanzminister Stoltenberg die Überprüfung der Unternehmensbesteuerung im Grundsatz zugesagt. Es ist absehbar, daß mit der erneuten Diskussion der Steuerreform in den nächsten Monaten die Bundesregierung die Senkung der Unternehmensbesteuerung einleiten wird.

Front gegen Verelendung und Flexibilisierung nötig

Nach dem Gesagten ist es verständlich, warum der BDI seine Forderungen gegenwärtig nicht massiv in die Öffentlichkeit trägt, warum die Verhandlungen des BDI absichtsvoll in den bürgerlichen Medien runtergespielt werden. Die Kapitalisten haben eine Regierung, die ihre Aufträge ohne Wenn und Aber erledigt. Und die Kapitalisten können gegenwärtig bei unerhört sprudelnden Gewinnen kein Interesse an einer öffentlichen Debatte über die Angemessenheit ihrer weiteren Forderungen haben – nach all ihren Erfolgen in der Lohndrückerei, bei der Schaffung einer industriellen Reservearmee von mehreren Millionen,

rium Anfang April im Bundestag mitgeteilt. Dem Bundesinnenministerium kommt die öffentliche Kritik an seinem Referentenentwurf ungelegen. Um ihr zu begegnen, will Zimmermann nun eine "Abstimmung" mit der SPD anstreben. – (rül)

ÖFFENTLICH-RECHTLICHER REGIERUNGSFUNK

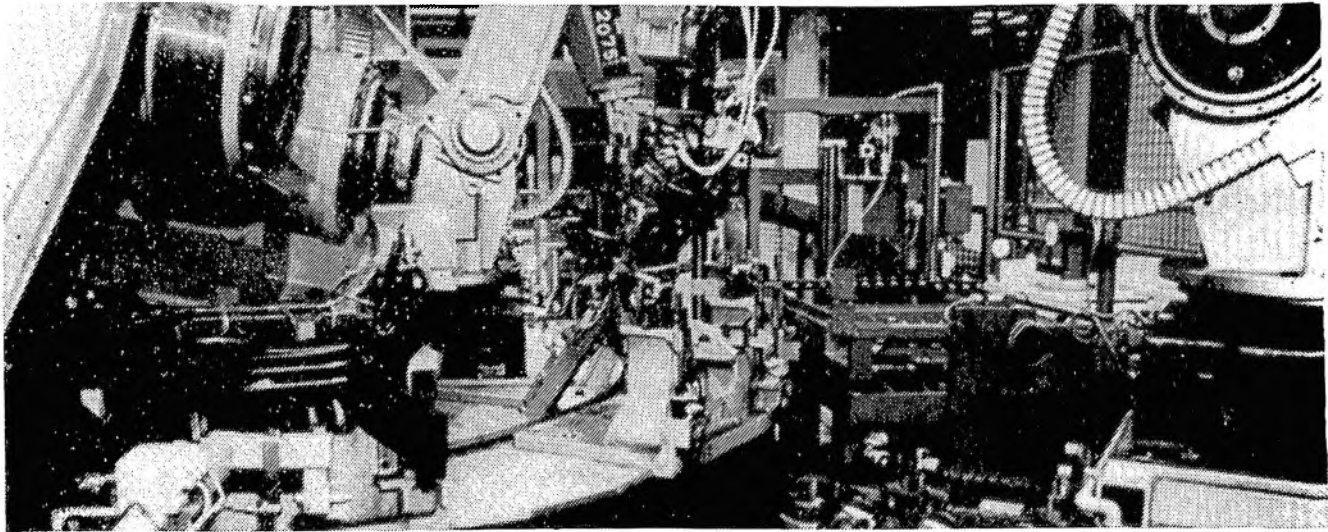
Am 1. Mai sendete der WDR im Rahmen der ARD eine Revue, die unter anderem eine Satire auf die von Kohl und Reagan geplanten Veranstaltungen in Bitburg und Bergen-Belsen enthielt. Die Bundesregierung verlangte daraufhin in einer Presse-Erklärung, "daß sich die ARD entschuldigt", und "fordert die Intendanten auf, die Verantwortlichkeiten so zu regeln, daß sich eine derartig beleidigende Verhöhnung eines Staatsgastes nicht wiederholen kann". Das Bundesverteidigungsministerium hat sich bereits mehrfach mit Presseerklärungen ge-

gen Sendungen in Rundfunk und Fernsehen gewandt. Die Intendanten der ARD kuschten vor der Bundesregierung. Sie kritisierten die Sendung als "nicht akzeptabel", faßten jedoch keinen Beschluß, sich zu entschuldigen, weil ihnen kein förmlicher Antrag der Regierung vorlag. Der für die Sendung zuständige Redakteur Rosenbauer muß mit seiner Entlassung oder der Verschlechterung seines Vertrages rechnen. Die Bundesregierung konnte in ihrem Bestreben, die Rundfunk- und Fernsehanstalten in Regierungssender zu verwandeln, ein Stück weiter kommen. – (uld)

WARENEXPORT: BRD VOR NEUEN REKORDEN

In den ersten drei Monaten dieses Jahres haben die westdeutschen Kapitalisten ihren Exportüberschuß auf 13,6 Mrd. DM gesteigert. Das meldete Ende April die Bundesbank. Kurz davor hatten mehrere große Banken bereits

erklärt, sie erwarteten für 1985 einen Ausfuhrüberschuß von 60, vielleicht sogar 70 Mrd. DM. Das wäre ein neuer Rekord in der Ausdehnung des Warenexports der BRD. Schwerpunkt der westdeutschen Warenexporte ist weiterhin die EG, in die westdeutsche Kapitalisten fast 50% ihrer Waren ausführen. Schon 1984 hatten westdeutsche Kapitalisten hier gegenüber Frankreich einen Exportüberschuß von fast 16 Mrd. DM erzielt, gegenüber Großbritannien von mehr als 7 Mrd. DM. Die größten Exportzuwächse aber erzielen die Kapitalisten weiterhin in die USA. Die Gründe für diesen Exportboom teilt die Bundesbank an anderer Stelle mit: Die Lohnstückkosten lagen Anfang 1985 erstmals seit Jahren niedriger als ein Jahr davor. Die schweren Lohnsenkungen und die weitere Intensivierung der Arbeit sind der Preis, den die westdeutschen Lohnabhängigen für die Exportoffensive der BRD bezahlt haben. – (rül)



Industrieroboter bei der Fertigung des VW-Golf. Mit Milliardeninvestitionen automatisieren gegenwärtig Automobil- und Maschinenbaukonzerne die Produktionsanlagen. Mit der "Fabrik der Zukunft", deren Produktion flexibel den Nachfrageschwankungen angepaßt werden kann, wollen die Kapitalisten eine weitere Flexibilisierung des Arbeitskräfteeinsatzes erzwingen: Arbeit zu allen Tageszeiten, Arbeit auf Abruf.

bei der Senkung von Versicherungsansprüchen und staatlichen Sozialleistungen und einer drastischen Absenkung des Reproduktionsstandards für viele Millionen, nach der erfolgreichen Beseitigung von Schutzrechten etc. Deshalb u.a. auch die barsche öffentliche Abfuhr von Arbeitgeberpräsident Esser für den Vorschlag von FDP-Generalsekretär Haussmann, für bestimmte Beschäftigtengruppen und Regionen Löhne unter Tarif zu zahlen – ein Vorgang, der natürlich schon Praxis ist.

Die von der SPD und ihrer Fraktion in den Gewerkschaften verfolgte Politik der letzten Jahre, insbesondere die Tarifabschlüsse bei oder unter der Inflationsmarke und mit langer Laufzeit, haben nicht verhindert, daß die Kapitalisten den Reproduktionsstandard aller Lohnabhängigen abgesenkt

und die Bezieher von niedrigen Löhnen und Einkommen ins Elend gedrückt haben. Diese Politik hat vielmehr die Gewinnexplosion bei den Kapitalisten direkt gefördert und außerdem den Kampf gegen den Abbau von Schutzrechten und gegen weitere Flexibilisierung der Arbeit behindert. Angesichts dieser Entwicklungen mutet es seltsam an, wenn Hans Janßen vom IGM-Vorstand noch vor kurzem erklärt hat: "Ich selbst halte diese qualitative Tarifpolitik, die sich mehr um den einzelnen kümmert, ihn am Arbeitsplatz entlastet, für viel wichtiger, als bei Lohn- und Gehaltserhöhungen um die zweite Stelle hinter dem Komma herumzustreiten."

Offensichtlich geht es nicht um Stellen hinter dem Komma, sondern angesichts der wachsenden Verelendung von Millionen um die Zahlen vor

dem Komma. Es ist an der Zeit, daß die Gewerkschaften gegenüber der von der SPD und auch den Grünen betriebenen Unterdrückung der Lohnfrage erneut die Diskussion um den Preis der Ware Arbeitskraft und insbesondere um den Mindeststandard der Reproduktion geführt wird. Denn daß Lohnverzicht keine Arbeitsplätze schafft und qualitative Tarifpolitik nicht satt macht, hat sich inzwischen millionenfach erwiesen. Die Kapitalisten fürchten diese Diskussion; auch deswegen melden sie ihre Forderungen gegenwärtig so verhalten an.

Quellenhinweis: Pressemittelungen des BDI; Handelsblatt, div. Ausgaben; WAZ, div. Ausgaben; SZ, div. Ausgaben; Computer-Magazin 4/85; Computerwoche 19/85; DIHT-Informationen für Fachzeitschriften, div. Ausgaben – (wom)

CAD/CAM BALD IN 50% ALLER BETRIEBE?

Am 8. Mai hat Forschungsminister Riesenhuber eine Zwischenbilanz des Programms zur Förderung der "Fertigungstechnik" vorgelegt. Danach bekommen die Kapitalisten von 1984 bis 1987 610 Mio. DM für die Einführung von CAD/CAM-Systemen, Industrierobotern und anderen "modernen Fertigungsverfahren". Ende 1984 hatten bereits 2000 Kapitalisten Anträge auf Zuteilung von Fördermitteln gestellt. Riesenhuber rechnet damit, daß bei CAD/CAM-Systemen "durch dieses Programm in Kürze mehr als 50% (der Unternehmen) über diese moderne Technik verfügen. Damit wird die fertigungstechnische Industrie bei der Anwendung von CAD/CAM weltweit eine Spitzenstellung erreichen." Auch die Förderung des Einsatzes von Industrierobotern mache rasche Fortschritte. "Bisher wer-

den ... 120 Unternehmen bei der Entwicklung von Industrierobotern und Handhabungssystemen gefördert." Schließlich seien bereits 50 Mio. DM für "Verbundprojekte" bereitgestellt, mit denen u.a. die "flexible Fertigung" weiter ausgedehnt werden soll, um die Arbeit noch intensiver und die Arbeitszeit noch "flexibler" zu machen. – (rül)

FASCHIST IRVING KÜNFTIG AUCH BEI DER UNION?

Innenminister Zimmermann hat in seinem jetzt erschienenen "Verfassungsschutzbericht 1984" auf die zuvor übliche Erwähnung des britischen Faschisten David Irving verzichtet, der in der BRD als "unbelasteter, aus dem Ausland stammender Historiker" in Vorträgen den Hitler-Faschismus beschönigt und insbesondere leugnet, daß der deutsche Imperialismus den Zweiten Weltkrieg angezettelt hat. Damit hat Zimmermann diesen Ge-

schichtsfälscher auch für Unionskreise salonfähig gemacht und solche Diskussion wie z.B., ob er auf "Vertriebenentreffen" auftreten dürfe, beendet. Man erinnere sich: Voriges Jahr hatte Zimmermann den "Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e.V. (HIAG)" aus dem Verfassungsschutzbericht gestrichen. Das war Voraussetzung für die jetzt von Union und Bundesregierung betriebene Kampagne zur Verharmlosung der Waffen-SS. – (alk)

"ERFOLGSBETEILIGUNG" BEI KOSTENDÄMPFUNG

Am 7. Mai hat das Bundeskabinett eine neue Verordnung über die Pflegesätze, d.h. über die Finanzierung der Leistung der Krankenhäuser durch die Krankenkassen, beschlossen; der Bundesrat muß noch zustimmen. Künftig vereinbaren die Krankenkassen mit dem Krankenhaus im voraus ein verbindliches Budget. Überschreitet das

HRG-Novellierung

DIE KAPITALISTEN SIND FAST ZUFRIEDEN

Nachdem der HRG-Novellierungsentwurf vom Bundesrat zurückkam, wurden am 15./16. April 37 Sachverständigenverbände öffentlich angehört. Von diesen Verbänden dürften wohl für die zweite und dritte Lesung im Bundestag im wesentlichen die Stellungnahmen der Kapitalisten- und reaktionären Wissenschaftsverbände für die Bundesregierung von Interesse sein. Von Bedeutung sind hier der "Bundesverband der Deutschen Industrie" (BDI), die "Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände" (BDA), der "Deutsche Industrie- und Handelstag" (DIHT) und der "Bund Freiheit der Wissenschaft" (BFdW). Alle vier Verbände begrüßen die HRG-Novellierung insgesamt als Fortschritt, üben jedoch da Kritik, wo die Interessen der Kapitalisten nicht ganz befriedigt wurden.

Die einleitende Stellungnahme des DIHT (wie die der anderen auch) spricht hier für alle genannten Verbände: "Der DIHT unterstützt und begrüßt die Absicht der Bundesregierung, die Freiheit und Eigenverantwortlichkeit der Hochschulen in Forschung und Lehre durch mehr Differenzierung und Wettbewerb zu verstärken: Neue Kompetenzen in der Gestaltung und Struktur der Studiengänge, selbstständige Verwendung von Drittmitteln und ein flexibler Einsatz von Personal – sowohl vertikal in der Hochschule wie horizontal im Austausch von Wissenschaftlern mit Unternehmen. Der DIHT sieht insgesamt gute Chancen für eine Annäherung an das Beschäftigungssystem und einen wachsenden Beitrag der Hochschulen

bei der künftigen Umstrukturierung der Wirtschaft und Verwaltung."

Besonders werden die Änderungsvorschläge im Rahmen der Drittmittelforschung hervorgehoben. Die Kapitalisten können jetzt Forschungsaufträge direkt mit den Hochschullehrern aushandeln und brauchen dies nur noch bei der zuständigen Verwaltungsbehörde "anzuzeigen", während es früher "genehmigt" werden mußte.

Kritisch jedoch betrachten sie die "Sollvorschrift" im § 25 Abs. 4, in der die Hochschule der Verwalter der Drittmittelgelder sein soll. Hier soll, so BDA: "eindeutig sichergestellt werden, daß Drittmittel in der Regel vom Empfänger oder seinem Auftraggeber verwaltet werden sollen und (nur) auf Antrag die Verwaltung durch die Hochschule vorgenommen wird. Dadurch wird gewährleistet, die Mittel für den vom Drittmittelgeber bestimmten Zweck verwenden und nach dessen Bedingungen bewirtschaften zu können..." Weiter kritisieren die Kapitalistenverbände den Bundesrat, hierzu schreibt der BDA: "Der Bundesrat bemängelt, § 25 Abs. 6 HRG der Neufassung verletze die Haushaltshoheit der Länder. Es müsse den Ländern überlassen bleiben, ob finanzielle Entgelte, die im Zusammenhang mit der Drittmittelforschung anfallen, den Hochschulen in vollem Umfang verbleiben. Diese Kritik des Bundesrats geht am Kern des Problems vorbei. § 25 Abs. 6 HRG der Neufassung stellt für die Forschung eine Rahmenbedingung dar, die – um landesspezifische Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden –, bundeseinheitlich geregelt sein muß."

Um die Sicherstellung der Qualität von Forschung und Lehre zu gewährleisten, fordern die Kapitalisten, daß die Hochschulen alle Anstrengungen unternehmen, ihre Effizienz zu ver-

bessern. Hierzu zitiert der BDA den Forderungskatalog der Finanzministerkonferenz: "Einführung einer Innenrevision; Studiengebühren für überlange Studienzeiten; Trimester statt Semester; Kürzung der vorlesungsfreien Zeit von fünf auf vier Monate; Straffung und Verkürzung von Studiengängen; verstärkte Einführung von Ergänzungs-, Aufbau- und Zusatzstudien; verstärkte Verweisung auf Fachhochschulen; vorübergehende allgemeine Erhöhung der Lehrdeputate; Einschränkung von Pflichtstundenmääbigungen und vorübergehende verstärkte Ausweisung von Stellen für Zeitprofessuren."

Daß die Bundesregierung auch daran gedacht hat, diese ganzen Änderungen auch innerhalb der Hochschule gegenüber den Studenten und den Lohnabhängigen durchzusetzen, erfreut besonders den Bund Freiheit der Wissenschaft, der ausdrücklich das Doppelmandatsverbot für Personalräte begrüßt.

Quellenhinweis: Bundestagsveröffentlichung der Stellungnahmen der Sachverständigen – (dax)

Weltwirtschaftsgipfel KRIEGSZIELE BEKRÄFTIGT

Mit einer Bekräftigung gemeinsamer Kriegsziele und der Verständigung auf neue Angriffe gegen die Lohnabhängigen und gegen die Staaten der Dritten Welt haben die Regierungschefs der sieben größten imperialistischen Staaten ihr Treffen in Bonn beendet.

Schon vor Konferenzbeginn hatte Reagan das Wirtschaftsembargo der USA gegen Nikaragua verkündet und damit die feste Absicht der USA, mit

Krankenhaus den Finanzrahmen, dann macht es Verluste, umgekehrt kann es auch Überschüsse erwirtschaften, die beim Krankenhaus verbleiben (bisher: nachträglicher Gewinn- und Verlustausgleich). Ausdrücklich will Blüm mit der Verordnung den Krankenhäusern die Möglichkeit geben, aus den Überschüssen "Erfolgsbeteiligung von Krankenhausmitarbeitern" zu finanzieren: Ein Teil der Lohnsumme soll von "erfolgreicher Kostendämpfung" abhängig sein. Die Verordnung verlangt ferner, die Pflegesätze künftig aufzugliedern in eine "Hotelkomponente" (Unterkunft und Verpflegung), in Pflegekosten und in eine medizinische Komponente. Mit der Begründung "mehr Transparenz" bereitet Blüm damit die Aufhebung des Solidarprinzips in der gesetzlichen Krankenversicherung vor: Selbstbeteiligung bei den "Hotelkosten", Ausgrenzung von alten und chronisch Kranken als "teure Pflegefälle". – (alk)



In vielen Städten führten am 10. Mai die Anti-Apartheid-Bewegung, die Südafrikagruppe der Evangelischen Frauenarbeit und örtliche Gruppen und Komitees Kundgebungen, Stände und Veranstaltungen gegen westdeutsche Banken, vor allem die Dresdner Bank, durch, die die südafrikanische Regierung durch Kredite und andere Geschäfte unterstützen. Die Teilnehmer forderten die Beendigung der Geschäfte mit Südafrika. Die Gewerkschaft HBV unterstützte den Aktionstag. Bild: Hannover – (uld)

allen Mitteln sich Nikaragua wieder zu unterwerfen. Die Konferenzteilnehmer nahmen dies zur Kenntnis und verabschiedeten gleich am ersten Tag ein Dokument, das einem Kriegszielprogramm gleichkommt: "Wir sehen einem Zustand des Friedens in Europa entgegen, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Wir hoffen sehr, daß in Asien ein politisches Umfeld geschaffen wird, das die Überwindung der Teilung der koreanischen Halbinsel in Freiheit ermöglicht."

Erstmals hat damit auch Japan, das der NATO nicht angehört, die aggressiven Absichten der BRD unterstützt. Umgekehrt ermutigten die Gipfelteilnehmer mit ihrer Erklärung Japan und die USA, sich ganz Korea zu unterwerfen. Die Erklärung schließt mit dem Kriegsruf, Zustände wie in den imperialistischen Ländern weltweit auszudehnen: "... verpflichtet wir uns und unsere Staaten ... zur Schaffung einer Welt, in der allen Völkern die Segnungen des Friedens, der Freiheit und der Gerechtigkeit ... zuteil werden."

Wie diese "Segnungen" aussehen sollen, haben die Regierungschefs in einer zweiten Erklärung verdeutlicht. Darin lehnen sie die Forderung der Staaten der Dritten Welt nach Schuldenstreichung ab und verkünden ihre Absicht, jedem Land einzeln seine Wirtschaftspolitik vorzuschreiben, um eine "fortgesetzte Finanzierung (des Schuldendienstes, d. Verf.) in einem Umfang und zu Bedingungen, die dem jeweiligen Einzelfall gerecht werden", zu erzwingen. Den afrikanischen Ländern kündigen sie weitere Einmischung an. Die "Hungerhilfe" soll fortgesetzt werden. Eine Sachverständigengruppe soll bis September Vorschläge dafür vorlegen.

Auch den Lohnabhängigen soll "Gerechtigkeit" widerfahren. Die Regierungschefs beschlossen: "Wir werden ... Initiative und Unternehmergeist fördern", und: "Wir werden größere Anpassungs- und Reaktionsfähigkeit ... insbesondere auf dem Arbeitsmarkt fördern."

Das hat die Bundesregierung mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz begonnen. Das "Handelsblatt" erwartet weitere Vorstöße: "Mit diesem Gipfel-Rückenwind gibt es im Regierungslager bereits Überlegungen, weiteren Entscheidungsbedarf ... in den kommenden Monaten zu prüfen ... Stichworte: Betriebsrenten- oder Sozialplanregelung."

In der Presse wird auf die "fehlende Einigung" über eine neue GATT-Konferenz hingewiesen. Das läßt vermuten, daß die Anstrengungen der Imperialisten, die Lohnabhängigen in nationalistische "Volksgemeinschaften" zu pressen und die Konkurrenz zwischen ihnen zu schüren, zunehmen.
Quellenhinweis: Handelsblatt, 6.5.; FAZ, 4.5.85- (rül)

Einzelhandel

KAPITALISTEN SETZEN LOHNSENKUNG FORT, 38,5- STD.- WOCHE EINGEFÜHRT

Streikmaßnahmen, wie es sie in dieser Dauer bisher noch nicht im Einzelhandel gab, kennzeichneten die Lage des Tarifikampfes im Einzelhandel in diesem Jahr. Es ging und geht auch noch um die Einführung der 35-Stunden-Woche und um mehr Lohn und Gehalt. In Hessen haben u.a. beim Kaufhof Offenbach, Quelle Darmstadt, Karstadt in Frankfurt, Rüsselsheim und Fulda, Hertie Frankfurt, Toom Taunusstein, Horten Gießen und bei vier weiteren Kaufhäusern in Kassel Warnstreiks stattgefunden, was es bisher im Einzelhandel noch nicht gegeben hat. Teilweise konnten die Läden erst gegen 13 Uhr wieder geöffnet werden, solange wurde gestreikt. Über ähnliche Aktionen war auch aus Nordrhein-Westfalen zu hören. Während in diesen Tarifbezirken den Verhandlungspositionen der HBV noch Nachdruck verliehen wurde, war in Westberlin bereits der Tarifvertrag unter Dach und Fach:

1a. Verkürzung der Wochenarbeits-

d. die Gleichstellung der gewerblichen Kolleginnen und Kollegen bezüglich der Kündigungsfristen mit den Angestellten.

Der neue Manteltarifvertrag gilt ab 1.1.86. Bei Lohn und Gehalt wurde eine Erhöhung in zwei Stufen von insgesamt 4,6% vereinbart. (2,5% ab 1.7.85, 2,1% ab 1.7.86). Die HBV-Tarifkommission hatte dieses erzielte Ergebnis zunächst wegen der Öffnung für die 40-Stunden-Woche abgelehnt, stimmte dann aber zu, als deutlich wurde, daß die DAG in jedem Fall abschließen werde. Dieses war der erste Tarifvertrag im Bundesgebiet, der die Arbeitszeitverkürzung regelt, und damit hatte er Signalwirkung auf alle anderen Tarifgebiete auch.

In Hamburg wurde der bisher schlechteste Abschluß gemacht: Die Arbeitszeit wird wie in Westberlin auf 38,5 Stunden festgelegt, es fehlt aber der Zusatz, daß diese 1,5 Stunden weniger alle sechs Wochen in einem zusätzlichen Freizeittag zusammenge-



Im Tarifikampf im Einzelhandel gab es die bisher längsten Streikaktionen.

zeit auf 38,5 Stunden, wobei die 1,5 Stunden Verkürzung zu Freizeitblöcken (alle sechs Wochen ein weiterer freier Tag am verlängerten Wochenende) zusammengefaßt werden soll. § 5 sieht jedoch einschränkend vor, daß durch Betriebsvereinbarung, in Betrieben ohne Betriebsrat durch Einzelarbeitsverträge, abweichend hiervon eine 40-Stunden-Woche weiterhin vereinbart werden kann, wobei die letzten 1,5 Stunden nicht als Mehrarbeit gelten.

b. einen Lohnausgleich von 4%.

c. die Verlängerung des Mindesturlaubs für Jugendliche um bis zu 5 Tagen auf volle 5 Wochen.

faßt werden können. Außerdem fehlt der zusätzliche Urlaub für Jugendliche und die Gleichstellung für gewerbliche Arbeiter bei der Kündigungsfrist. Lohn und Gehalt konnten wie in Westberlin mit 2,5% für 1986 und 2,1% für 1987 vereinbart werden. Das bedeutet für Verkäuferinnen zwischen 35 und 51 DM brutto mehr. Dazu kommt noch eine Vereinbarung, daß Auszubildenden drei Monate vor Beendigung der Ausbildung schriftlich mitzuteilen ist, wenn keine Weiterbildung nach der Ausbildungszeit vorgesehen ist. Mehr wurde hier nicht erreicht.

Daß es zu diesen schlechten Ergeb-

MONOPOLKOMMISSION GEGEN LADENSCHLUSS

Noch im Mai letzten Jahres hatte Bundeskanzler Kohl an Spitzenvertreter des Handels beruhigend geschrieben: "Ich kann Ihren Ärger gut verstehen. Ungeachtet der unnötigen Diskussionen zum Thema 'Ladenschluß' gehe ich davon aus, daß der bestehende Zustand nicht geändert wird. Ich sehe jedenfalls keinen Grund zu einer Änderung und hoffe — da Sie die Verfassung kennen und wissen, wer die Richtlinien der Politik bestimmt —, daß ich Ihnen mit diesem Schreiben Ihre Sorgen nehmen konnte."

Auf dem Stuttgarter Parteitag 1984 hatte die Mittelstandsvereinigung der CDU noch halbwegs ihre Position, daß am Ladenschlußgesetz im wesentlichen nichts geändert werden solle, gegen den Antrag des Bundesvorstands der Jungen Union, daß so ziemlich alles revidiert werden müsse, durchsetzen können. Der Kompromiß, der beschlossen wurde, ließ das Anliegen nach Flexibilisierung der Arbeitskraft durch Änderung der Ladenschlußzeiten erkennen: "In die Überprüfung sollte einbezogen werden, in welchem Umfang flexiblere Öffnungszeiten neben der Verbraucherfreundlichkeit mehr Möglichkeiten zur Arbeitsplatzteilung bieten." Die Mittelstandsvereinigung, die vor einigen Wochen tagte, hält an ihren Begründungen für die Beibehaltung des jetzigen Ladenschlusses fest und führt dabei an die Verkürzung der Wochenarbeitszeit seit 1956, Einführung von Gleitzeit, den Wunsch der meisten Frauen, die Teilzeitarbeit wünschen, diese am Vormittag und nicht in den Abendstunden zu erledigen, Fehl-

schlag von Modellversuchen, die nicht zur Umsatzsteigerung, sondern zur Verlagerung des Umsatzes geführt hätten und daher für sie bloß höhere Kosten brächten. Zudem behauptet die Mittelstandsvereinigung, das bestehende Gesetz wahre die Chancengleichheit von kleinen und mittleren Unternehmen gegenüber Großunternehmen. Wahr ist daran nur, daß die Aufhebung des Ladenschlusses den Ruin des Mittelstandes beschleunigen würde.

Einige nette Hinweise gibt die Monopolkommission in ihrem gerade erschienenen Sondergutachten "Die Konzentration im Lebensmittelhandel" dem Kanzler für die Untermauerung einer Meinungsänderung zugunsten der großen Handelskonzerne, die die Grenzen des Arbeitstages beseitigt sehen wollen. Sie stellt fest: "Konzentrations- und Rationalisierungsprozesse sind in der Regel mit dem Ausscheiden von kleineren Unternehmen und der Entlassung von Arbeitnehmern verbunden. Soweit diesen Prozessen Unternehmensneugründungen und Neueinstellungen an anderer Stelle gegenüberstehen ..., sind diese Entwicklungen nicht negativ zu beurteilen." Im Falle des Lebensmittelhandels würden viele mittelständische Existenzen vernichtet und die Zahl der Arbeitslosen erhöht. Die Kommissionäre können sich jedoch sehr wohl vorstellen, daß "auch gerade Familienbetriebe aus der Möglichkeit, auch in den geschäftsarmen Zeiten ihre Läden offenzuhalten, zusätzliche Vorteile ziehen. Dies gilt insbesondere dann, wenn mehrere Familienmitglieder mitarbeiten und wenn Laden und Wohnung in demselben Haus sind." Mehr unfreiwillig stellt die Kommission fest, daß der Kampf der Arbeiterbewegung für einen allgemeinen La-



Blüm bläst für Arbeit auf Abruf und Jobsharing unter allen Bedingungen

denschluß auch den kleinen Selbständigen, die selber arbeiten, den einzigen Schutz davor bietet, daß sie sich totarbeiten: "Der Gesetzgeber wollte durch das Ladenschlußgesetz vorrangig die Einhaltung der Arbeitszeitbestimmungen für die Ladenangestellten sicherstellen und die Überwachung der Arbeitszeitschriften erleichtern. Die Chancengleichheit im Wettbewerb für alle Handelsunternehmen sollte dadurch erreicht werden, daß auch für Verkaufsstellen ohne Angestellte das Gesetz gilt."

Die Kommission spricht sich mehrheitlich für die "Liberalisierung der Ladenschlußzeiten" aus, weil dies eine "Belebung des Wettbewerbs" verspreche.

Quellenhinweis: MIT-Standpunkt, ohne Datum; Monopolkommission, Sondergutachten 14, Die Konzentration im Lebensmittelhandel, Baden-Baden 1985

nissen in den Bundesländern gekommen ist, liegt im wesentlichen begründet in den Empfehlungen, die in der sogenannten "Essener Erklärung" von der HBV ausgesprochen wurden. In Essen fanden sogenannte "Sondierungsgespräche" auf Bundesebene statt, an deren Ende folgende Erklärung stand:

1. Der Sozialpolitische Beirat der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels (HDE) ist bereit, ab 1. Januar 1986 die Arbeitszeit auf 38,5 Stunden pro Woche festlegen zu lassen.

2. Die Laufzeit dieser Arbeitszeitverkürzung soll drei Jahre betragen.

3. Für die Laufzeit dieser Regelung wird die Systematik bei Urlaubsgeld, Sonderzuwendung und Vermögenswirksame Leistung nicht verändert. Die entsprechenden Verträge werden bis Ende 1988 verlängert.

4. In den Manteltarifverträgen ist zu vereinbaren, daß trotz tariflicher Verkürzung der Wochenarbeitszeit in

jedem Betrieb die Möglichkeit besteht, unbeschadet einer besonderen Ausgleichsregelung bis zu 40 Wochenstunden ohne Mehrarbeitszuschläge zu arbeiten.

5. ... Besitzstand für TZ-Kräfte, die bisher in der Arbeitslosenversicherung sind ...

8. Es besteht Einigkeit, daß eine volle Anrechnung der Arbeitszeitverkürzung auf die beiden Tarifabschlüsse 1985 und 1986 erfolgt.

(Anmerkung) Hierzu haben die Arbeitgeber arithmetische Anrechnungswerte von 3,9—4,2% für 1,5 Std. genannt. HBV hat dies nicht akzeptiert, da eine Anrechnung nicht ohne Arbeitgeberangebote zu den Gehalts- und Lohnstariferhöhungen möglich ist ...

Hiermit war die Niederlage für die Beschäftigten bei diesen Tarifkämpfen eingeleitet, die HBV hatte sich dem Diktat der Einzelhandelskapitalisten gebeugt: Erstens ist eine Real-

lohnsenkung für die nächsten beiden Jahre vereinbart worden, indem die Arbeitszeitverkürzung voll angerechnet werden soll auf die Abschlüsse 1985 und 1986 und zweitens wird gegen die variable Arbeitszeit, die gerade im Einzelhandel am weitesten verbreitet ist, durch den neuen Vertrag kein Riegel vorgeschoben. Im Gegenteil haben die Kapitalisten nun auf der Basis von auf Betriebsebene abzuschließenden Arbeitszeiten die Möglichkeit, die flexible Arbeitszeit auszu dehnen.

Die kleinen Einzelhändler, die 60 bis 70% der Mitglieder im Einzelhandelsverband ausmachen, hatten immer wieder mit ihrem Austritt aus dem Verband gedroht für den Fall, daß über die "Essener Erklärung" hinaus etwas vereinbart würde. Damit hätten die Tarifverträge keine Allgemeinverbindlichkeit mehr. Das wollte die HBV in jedem Fall verhindern und hat angenommen. — (wos, anl)

8. Mai

DER REVANCHISMUS IM EUROPAGEWAND BRANDGEFÄHRLICH!

Die antifaschistischen Kräfte waren auf eine historische Auseinandersetzung mit dem Faschismus eingestellt. Sie wollten an die Lehren erinnern, der Opfer gedenken, gegen Neofaschismus und Kriegsvorbereitung Stellung nehmen. Sie haben die westdeutsche Reaktion unterschätzt, die zum 8. Mai die Waffen-SS rehabilitierte, die Verbrechen an den Juden herunterspielte und die Einlösung der Großdeutschlandpläne im Gewand eines "freien Europa" verlangte, und ihre Fähigkeit, mit dieser Verhüllung Zustimmung bis in die Reihen der SPD, GRÜNEN, Christen und Liberalen zu gewinnen. Wie die Stuttgarter Zeitung war die Presse und Öffentlichkeit am 9. Mai versöhnt: "Nach all den häßlichen Tönen ... gab es nur noch wenig Hoffnung auf einen Abschluß des Gedenktages, in dem sich jeder wiederfinden würde. Bundespräsident von Weizsäcker hat mit seiner Rede vor Bundestag und Bundesrat diesem Tag und unserem Volk Würde gegeben." Weizsäcker vollbrachte, was einige noch Kohl und Reagan übel nahmen. "Die Menschen in Deutschland wollen gemeinsam einen Frieden, der Gerechtigkeit und Menschenrecht für alle Völker einschließt, auch für das unsrige. Nicht ein Europa der Mauern kann sich über Grenzen hinweg versöhnen, sondern ein Kontinent, der seinen Grenzen das Trennende nimmt ... Wir haben die Zuversicht, daß der 8. Mai nicht das letzte Datum unserer Geschichte bleibt, das für alle Deutschen verbindlich ist". Daß Revanchismus im Europagewand glatt durchgeht, ist für Antifaschisten ein Alarmzeichen.— (alk, düb, gba, rül, uld)

UNION: BEMÜHT UM KRIEGSVERBRECHER

Die Unionsparteien, an ihrer Spitze Helmut Kohl und Alfred Dregger, waren zum 8. Mai bemüht, Kriegsverbrecher zu rehabilitieren. Insbesondere die Angehörigen der Waffen-SS und der SS überhaupt sollten gewürdigt, ihre Gräber geehrt werden. Helmut Kohl wurde von sämtlichen Abgeordneten des niederländischen Parlaments in einem gemeinsamen Brief aufgefordert, das SS-Treffen in Nesselwang zu verbieten. Er hat diese Aufforderung zurückgewiesen. In der Bundestagsdebatte über dieses Treffen am 25.4. verwahrte sich der Sprecher der Unionsparteien, Dr. Klein aus München, Mitarbeiter des "Deutsch-

landmagazin" des Kurt Ziesel, gegen die angeblich "pharisäische" Kritik an einem solchen "Kameradschaftstreffen".

Warum diese angestrebten Bemühungen um die Rehabilitierung von so verbrecherischen Organisationen des deutschen Faschismus? In einem Interview mit der US-Zeitschrift "TIME" hat Helmut Kohl auf die Frage: "Herr Bundeskanzler, warum Bitburg?" geantwortet: "Wenn wir nicht nach Bitburg gehen, wenn wir nicht das tun, was wir gemeinsam geplant haben, werden wir die Gefühle unseres Volkes zutiefst verletzen ... Was sollen eigentlich unsere jungen Soldaten denken, wenn unser Andenken an die Toten 40 Jahre später in einer Weise belastet wird, die diesen Toten über-

haupt nicht gerecht wird?"

Um einen neuerlichen Raub- und Eroberungskrieg zur Befreiung der "Brüder und Schwestern im Osten" zu beginnen, braucht die BRD mehr als Waffen. Sie braucht auch Schlächter, Kriegsrichter, Lagerbewacher in eroberten Gebieten, und sie braucht Leute, die im Innern der BRD bereit sind, den erforderlichen Terror gegen die Arbeiterbewegung und jede politische Opposition auch persönlich durchzuführen. Kurz: Sie braucht Leute, die zu jedem Verbrechen bereit sind— wie eben die SS. Wie aber sollen solche Leute gefunden werden, wenn solche wie die SS-Leute noch vierzig Jahre später nicht geehrt werden? Daran denkt Kohl, und deshalb mußte Bitburg sein.

FDP: LIBERALE TARNMASKE

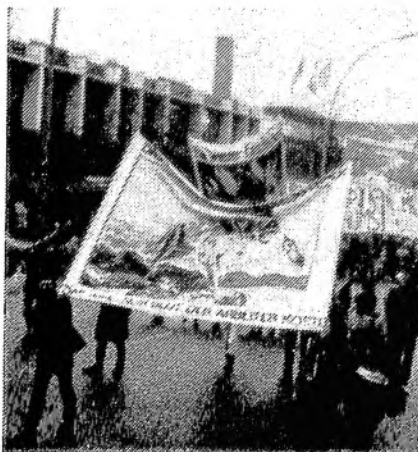
Der FDP-Bundesvorsitzende und Bundeswirtschaftsminister Bangemann hat in einer Stellungnahme für die Presse des 8. Mai gedacht. (FDP-Pressedienst v. 7.5.85) Unter der Überschrift "Seit vier Jahrzehnten Frieden in Europa" legt Bangemann eine wahrlich liberale Geschichtsschreibung vor:

"In Europa in Frieden, in persönlicher und politischer Freiheit und in einem demokratischen Rechtsstaat zu leben, war uns Ziel und Verpflichtung geworden, ist es heute und für die Zukunft. Niemand kann den Vorwurf erheben, die Bundesrepublik Deutschland hätte hier zu wenig getan. Und jeder sollte verstehen, wenn Deutsche in diesem Zusammenhang den Wunsch hegen, die Einheit in freier Selbstbestimmung auf friedlichem Wege wiederzuerlangen. Nur in einem geeinten Europa wird dies möglich sein ... Um welch ein fragwürdiges Geschichtsbeußtsein muß es sich handeln, das die-

8. MAI: DER REVANCHISMUS WIRD BEKÄMPFT

Schleswig-Holstein und Hamburg. Anläßlich des 40. Jahrestages der Befreiung fanden in Schleswig-Holstein und Hamburg zahlreiche Veranstaltungen und Aktionen statt. Zur Veranstaltung in Rendsburg erschienen 25 Personen, die Veranstaltung in Schleswig besuchten 29. Im Raum Pinneberg/Elmshorn beteiligte sich die Volksfront an bald 20 Veranstaltungen. An diesen Orten (wie in Flensburg zum 23.5.) haben sich breite Aktions-einheiten gebildet. Beteiligt waren die örtlichen GRÜNEN bzw. Wählergemeinschaften, VVN, DKP, Volksfront, BWK und zahlreiche Initiativen; in Uetersen SPD und DGB. In den aufrufenden Flugblättern und auf den Veranstaltungen wurden in der Regel die Grenzrevisionsabsichten der BRD-Imperialisten angegriffen. Teilweise

wurde weitere Zusammenarbeit ver-einbart. Die seit Jahresanfang verbesserte Koordination zwischen den revolutionären Sozialisten und anderen

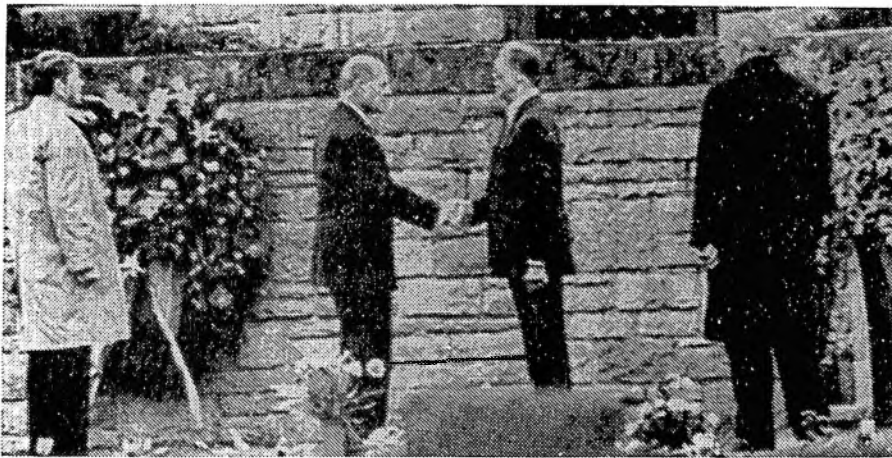


8.-Mai-Demonstration Hamburg: Die Volksfront verteilt 1 500 Flugblätter.

Linken mündete in Kiel nicht in gemeinsame Veranstaltungen. Die Veranstaltungen von DKP, VVN, Mittelamerikakomitee, Autonomen und Volksfront waren mit insgesamt 270 Teilnehmern (gegenseitig) schlecht besucht; nur BWK und Volksfront bemühten sich überall um Teilnahme. Offene Fragen: US-Imperialismus Hauptfeind? Hat die EG positive Seiten? Mindern NATO-Austritt und Anerkennung der Grenzen die Kriegsgefahr? Zusammenarbeit mit dem DGB möglich? Am 11./12.5. beteiligten sich in Hamburg 250 an einem Seminar des KB. Die Teilnehmer verabredeten ein weiteres Seminar zur Bedeutung des Revanchismus in der BRD zum Herbst/Winter 1985.— (wal)

Niedersachsen. In vielen niedersächsischen Städten waren die Aktionen zum 8. Mai ausdrücklich auch gegen Revanchismus gerichtet.

In Lüneburg beteiligten sich 200 An-



Mit einer Aufforderung zum Waffengang hat Reagan seinen Besuch in der BRD beendet. Reagan auf dem Hambacher Schloß: "Die Demokratie wird erst vollendet sein, Europa wird erst vereint sein, wenn alle Deutschen und alle Europäer endlich frei sind ... Wir können das Ende der Tyrannei voraussehen ... Jeder von uns, jeder von Ihnen, ist nach dem beständigsten, mächtigsten Bild der westlichen Zivilisation geschaffen. Wir sind nach dem Bilde Gottes geschaffen". Gott ist mit dem Westen! Bild rechts: Kohl und der Nazi-Offizier und spätere Luftwaffeninspekteur Steinhoff, links: Reagan und US-General Ridgeway, ein "Held des Koreakriegs", alle in Bitburg.

se vier Jahrzehnte nicht wahrnimmt ... , um immer wieder in eine besonders dunkle Ecke unserer Geschichte zu leuchten! ... Und wir wissen, daß die gewaltfreie Machtübernahme Hitlers ... doch nur möglich wurde, weil einerseits die Versprechungen und Lockungen zu groß, andererseits die Kritik zu schwach und menschliche Schwächen maßgebend wurden ... "

Daß 1933 alle Abgeordneten der liberalen Parteien im Reichstag für das Ermächtigungsgesetz stimmten, war weniger der "Schwäche" als vielmehr der "Verlockung" geschuldet, im zu erobernden Osten teilzuhaben an der Ausbeutung der dort lebenden Völker und im Innern der Arbeiterbewegung das Genick zu brechen. Über solche liberalen Schwächen will Bangemann zur Tagesordnung übergehen — und

wie seine liberalen Vorgänger an der Neuordnung ganz Europas mitwirken. Noch will die FDP dabei die bewährten Mittel der Krediterpressung, der Polizeiausbildungshilfe, der Stationierung von Atomwaffen, des Ausbaus der Bundeswehr und der Stärkung des staatlichen Unterdrückungsapparates anwenden.

DIE "BESSEREN DEUTSCHEN" ...

Ist die SPD eine Kraft in der Tradition des Antifaschismus, die heute gegen den Revanchismus auftritt? Der SPD-Parteivorstand hat zu seiner 8.-Mai-Veranstaltung ein "Nürnberger Manifest" veröffentlicht, in dem er schreibt: "Friede ist in Europa nur möglich, wenn niemand mehr an den Grenzen rüttelt, die als — für alle

Deutschen schmerzliches — Resultat nazistischer Gewaltpolitik entstanden sind".

Der SPD-Parteivorstand vermeidet aber bei seinen Lippenbekenntnissen zur Unverletzlichkeit der Grenzen in Osteuropa Angriffe auf die Grundlagen des Revanchismus. Er erinnert an die "Trauer um verlorene Heimat" und stellt fest: "Trotzdem bleibt die Vertreibung von Millionen Deutschen Unrecht". Damit segnet er die Existenz der Vertriebenenverbände und deren staatliche Unterstützung ab.

Der SPD-Vorstand erhebt auch keine Forderungen gegen Wiedervereinigungsbestrebungen, sondern behauptet: "Dennoch empfinden die Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen demokratischen Republik nach wie vor ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, vor allem im Blick auf ihre Verantwortung für die gemeinsame Vergangenheit und eine gemeinsame friedliche Zukunft." Die SPD verzichtet nicht nur auf die Kritik an der Bundesregierung, sondern bestätigt ihr vielmehr Gemeinsamkeit bei der ständigen Bedrohung der Existenz der DDR.

Einig ist sich der SPD-Vorstand mit der Regierung auch, wie die "deutsche Teilung" zu überwinden sei: "Die Erfahrung des 8. Mai 1945 hat die Sozialdemokraten darin bestärkt, noch mehr als zwischen den beiden Weltkriegen ein vereinigtes Europa anzustreben."

Viele Sozialdemokraten haben an den antifaschistischen Aktionen zum 8. Mai teilgenommen. Der Parteivorstand aber folgt dem regierungsamtlichen Revanchismus. Man sollte die Sozialdemokraten daran erinnern, daß die Unterstützung imperialistischer Ziele der Bourgeoisie durch damalige Parteivorstände die SPD nicht vor der Unterdrückung durch den Faschismus bewahrt hat.

tifaschisten an der Kundgebung der 8. Mai-Koordination. Die VVN sprach für die Anerkennung der Grenzen, gegen Antikommunismus. Abends verhinderte eine Handvoll Antifaschisten, daß Revanchisten, Faschisten und Bundeswehroffiziere (ca. 40 Personen) einen Kranz an dem "Vertriebenenmahnmal" niederlegen konnten. Ein NPD-Kranz verschwand über Nacht.

In Hannover sprach der DGB-Kreisvorsitzende Knopf vor 2000 Kundgebungsteilnehmern gegen den NPD-Parteitag, gegen Revanchismus und Nationalismus, gegen Ausländerfeindlichkeit.

In Braunschweig bedauerte IGM-Sekretär Scheibe, daß 1945 die Verhältnisse nicht geändert wurden. Die "Deutsch-polnische Gesellschaft" erhielt Unterstützung gegen revanchistische Politik von Seiten der GEW.

In Hildesheim bewirkten zwei parallele Aktionseinheiten geringere Beteiligungen. VVN-, DGB- und Volks-

frontveranstaltungen betonten die Anerkennung der Grenzen; griffen Revanchismus, Faschismus und Nationalismus an. 350 demonstrierten gegen Faschismus. VVN und Gewerkschaften beteiligten sich nicht.

In Osnabrück gab ein großes Bündnis aus Friedensinitiative, Antifa-Bündnis u.a. eine "Osnabrücker Erklärung" heraus, die für Versöhnung und Völkerverständigung; gegen Feinddenken, Wettrüsten und Abschreckungspolitik eintritt. Anerkennung der Grenzen und Abrüstung sind wesentliche Forderungen.

Auf allen Veranstaltungen wurde mehr oder weniger das Interesse des Kapitals an Faschismus und Krieg herausgestellt und kritisiert. — (mal)

Westberlin. Zwischen 30000 und 45000 Teilnehmer versammelten sich am Abend des 8. Mai vor der Gedächtniskirche auf dem Breitscheidplatz. Träger der vier Sternmärsche und der

Kundgebung waren: Arbeitsgemeinschaft Verfolgter Sozialdemokraten (AVS), Bund politisch, rassistisch und religiös Verfolgter (PRV), Kirche in der Verantwortung (KiV) und VVN/VdA — unterstützt von über 100 Organisationen und Initiativen.

Einer der Höhepunkte: Adi Burg, Vorsitzender des Bund PRV, griff das faschistische Erbgut der BRD an, warnte ganz ausdrücklich vor den Gefahren des Neonazismus und Revanchismus und machte unter starkem Beifall jahrzehntelange Verharmlosung und Deckung durch CDU und FDP dafür verantwortlich. Weiter sprachen Dorothee Sölle, der sowjetische Kriegsveteran Wladimir Gall und Jesse Jackson. Die von der Volksfront erarbeitete Ausstellung stieß auf reges Interesse. Auf den Tafeln wurde behandelt: "Wovon wurden wir befreit?" — "Was hat es mit der 'Vertreibung' auf sich?" — "Wovon wurden wir nicht befreit?" — (haj)



5000 demonstrierten am 11.5.85 gegen das Treffen der SS-Divisionen "Leibstandarte Adolf Hitler" und "Hitlerjugend". Aufgerufen hatten DGB, SPD, VVN und Grüne. Bereits vor der Auftaktkundgebung versammelten sich viele Jugendliche vor dem Hotel Krone, dem Treffpunkt der Faschisten, und entledigten sich der mitgebrachten Wurfgeschosse. — (kaz)

KIRCHENLEITUNGEN: "BEFREIUNG" OSTEUROPAS ALS GÖTTLICHER AUFTRAG

In den Stellungnahmen der evangelischen und der katholischen Kirche zum 8. Mai 1985 wird jeder Gedanke daran abgeschnitten, daß die deutschen Finanzkapitalisten den Nazis die Macht übergaben und daß der imperialistische Krieg das Mittel des deutschen Finanzkapitals war, unter der politischen Führung der Nazi-Terrorherrschaft die Vormachtstellung in Europa zu erringen. Die Kirchenleitungen lösen die tatsächlichen geschichtlichen Zusammenhänge auf in persönliche Schuld der Menschen. Sie seien vom Willen eines Gottes abgewichen.

Kardinal Höffner behauptet in dem "Geistlichen Wort des Vorsitzenden

der Deutschen Bischofskonferenz zum 8. Mai 1985": "Die Schrecken des Krieges und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft hatten ihre Voraussetzung in der Verachtung jenes Willen Gottes, aus dem die christliche Botschaft vom Menschen und von seiner Würde stammt." Als eine Beachtung des Willens des "Herrn der Geschichte" gibt der Kardinal an: "Es wäre ... fatal, den Riß zu übersehen, der mitten durch unser Vaterland und daher auch mitten durch Europa geht. Wir können uns nicht auf das zurückziehen, was in der Bundesrepublik Deutschland erreicht wurde, und die andere Hälfte unseres Vaterlandes mit bedauerndem Achselzucken ver-

gessen."

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken gab in seiner Erklärung "aus Anlaß der 40. Wiederkehr des Tages der deutschen Kapitulation" die politisch-militärische Nutzenwendung von Höffners Sätzen: "... konnten nur die Menschen im westlichen Teil den Weg der Freiheit wirklich beschreiten. Deshalb tragen wir in der Bundesrepublik Deutschland eine besondere Verantwortung, ... für das Recht des deutschen Volkes einzutreten, in freier Selbstbestimmung seine politische Einheit wiederzuerlangen. Das ist nur denkbar im Rahmen einer gesamteuropäischen Friedensordnung, ... und nur vereint können die Völker der Europäischen Gemeinschaft und des Atlantischen Bündnisses zur Schaffung dieser Friedensordnung beitragen." Also: Kapitulation hin oder her, im Verband der NATO werden die Deutschen diesmal den Osten mit Erfolg unterwerfen können.

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD, Bundesrepublik) hat zusammen mit dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR ein "Wort zum Frieden" herausgebracht. Die EKD versucht seit langem, über eine behauptete "gemeinsame Verantwortung" auf die Kirche in der DDR einzuwirken. Ein beständiger Vorwurf ist dabei, daß die DDR-Führung die Jugend zum Haß erziehe. In der gemeinsamen Erklärung heißt es: "Wir bitten alle Menschen in beiden deutschen Staaten: Helfen Sie mit, unsere Jugend zum Frieden und nicht zum Haß zu erziehen. Wehren Sie dem Aufbau von Feindbildern." Da die Einverleibung der DDR grundgesetzlicher Auftrag in der BRD ist, zielt eine solche Aufforderung darauf, in der DDR die Abwehr gegen die Aggression der BRD-Imperialisten zu schwächen.

Nordrhein-Westfalen. Die Vertreterversammlung der IG Metall Duisburg hat bei ihrer letzten Sitzung vor dem 8. Mai, am 23.4., einstimmig folgende Resolution verabschiedet: "40 Jahre nach dem Ende des II. Weltkrieges und einer 12jährigen Terrorherrschaft in Deutschland kandidiert zu den diesjährigen Landtagswahlen in NRW mit der 'Freiheitlichen deutschen Arbeiterpartei' (FAP) eine neofaschistische Partei, die sich auf das Programm der NSDAP beruft und ... eine Tarnorganisation der verbotenen ANS/NA um Michael Kühnen ist. ... Wir Gewerkschafter haben nicht vergessen, daß die Herren der Großindustrie die Hitlerpartei hochgebracht haben, um die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen zu zerschlagen und damit ungehindert ihre Ausbeutungsoffensive und Eroberungskriege durchführen zu können. Wir haben aus

der Geschichte gelernt: für die antifaschistische Aktionseinheit! — Wir fordern die Stadt Duisburg auf, der FAP keine Räume zur Verfügung zu stellen. Klärt in den Betrieben vor allem die Jugend über die Verbrechen der Faschisten auf, schützt unsere Jugend vor faschistischem Gedankengut! — Wir treten ein für das Verbot aller faschistischen Organisationen! ... — (wof)

Hessen. "8. Mai 1945 — Demokratischer Neuanfang?" Unter diesem Motto trafen sich die drei kommunistischen Organisationen BWK, KG (NHT) und KB am 8. Mai in Frankfurt zu einer Veranstaltung. Zuvor war ein gemeinsames Faltblatt mit Beiträgen der drei Gruppen zum Thema verteilt worden. Auf der Veranstaltung waren ca. 35 Leute anwesend. Folgende Referate wurden gehalten: Historische Aspekte der Vertriebenenpolitik der

BRD und die revanchistische Bedeutung. (BWK)

— Umwertung der Vergangenheit am Beispiel der Auschwitz-Diskussion (KB).

— 8. Mai 1945 — Bruch oder Kontinuität der deutschen Außenpolitik?

Diskutiert wurde vor allem über einen antifaschistischen Gesetzentwurf des KB. Weiter wurde am Referat der KC ausführlich debattiert, ob sich die Möglichkeit der BRD als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, ihre expansionistischen Interessen mit kriegerischen Mitteln durchzusetzen, gewandelt habe. — (udi)

Baden-Württemberg. In Stuttgart organisierte ein Bündnis aus KB, Antimperialistischen Gruppen, Volksfront, BWK und verschiedenen Initiativen mehrere Veranstaltungen zu den Themen "Großmachtpolitik der BRD", "NATO-Politik und Dritte Welt" sowie innere Kriegsvorbereitungen und Zi-

DGB, ANTIFASCHISTEN UND GRÜNE— ANHALTSPUNKTE GEGEN REVANCHISMUS

Gewerkschaften und Antifaschisten haben mit regionalen und örtlichen Aktionen den 8. Mai als Tag der Befreiung vom Faschismus gefeiert, verbunden mit der Aufforderung, für "Frieden", gegen "Sozialabbau und Arbeitslosigkeit" und gegen Neofaschismus zu kämpfen. Die Reden und Erklärungen zeigen, wie gefährlich der von der Bundesregierung betriebene Revanchismus und die Rechtfertigung des zweiten Weltkrieges ist. Anhaltspunkte dagegen gibt es, aber auch offene Flanken.

Direkte Unterstützung erfährt die Reaktion durch das DGB-Organ "Quelle". Dessen Chefredakteur be-

zeichnet den "Kalten Krieg" als "großes Glück", weil er "den Anstoß für unseren Volkwohlstand" gegeben habe, und rechtfertigt den zweiten Weltkrieg, indem er schreibt: "Die Ostgebiete wurden von Hitler verspielt". Solche Äußerungen sind sonst aus dem DGB nicht bekannt.

HBV-Vorstandsmitglied Götz forderte in Frankfurt das Verbot aller alten und neuen nazistischen und faschistischen Organisationen. Der IG-Druck-Vorsitzende von Baden-Württemberg, Pfennig, erinnerte an die Forderung: Entnazifizierung, Entmilitarisierung! Auf der Kundgebung des DGB in Augsburg erklärte Hans

Preiss, geschäftsführendes IGM-Vorstandsmitglied, die deutsche Frage sei geklärt, Schlesien sei polnisch.

Die FAP versuchte erfolglos eine Demütigung des DGB bei seiner zentralen Kundgebung in Aachen. In der Erklärung des DGB zum 8. Mai (Aachener Erklärung) heißt es: "Die Zeit des Nationalsozialismus darf nicht vergessen oder verdrängt werden. Die rückhaltlose Beschäftigung mit seinen Ursachen, seinem Verlauf und seinen Folgen ist eine immer noch gültige humanitäre und politische Aufgabe ... Rassismus, Nationalismus und Fremdenhaß, religiöse und politische Intoleranz dürfen in Deutschland nie wieder geduldet werden ... Unsere Nachbarn in Ost und West haben ein Recht, darauf vertrauen zu können, daß wir ihre Grenzen anerkennen." Ein Absatz über "Diktaturen" läßt offen, ob der DGB hier Kohl zustimmt oder die Unterstützung der Militärjunta in der Türkei kritisiert.

Während das DKP-Präsidium dazu auffordert, für eine BRD ohne Revanchismus, Militarismus, ohne Ausländerhaß und Rassenwahn zu kämpfen, setzte Herbert Mies seine traurige Rolle fort und kritisierte Reagan wegen Bitburg, ohne die Absichten Kohls überhaupt zu erwähnen.

Die GRÜNEN im Bundestag haben erklärt, nicht an der Feierstunde in Bonn und in Bitburg teilzunehmen. Sie verurteilen in ihrer Erklärung — die umstritten war — die "Gleichsetzung des durchrationalisierten millionenfachen Massenmordes mit der Vertreibung aus den Ostgebieten" als den Versuch der "Uminterpretation des deutschen Faschismus" und kritisieren die antijüdischen Äußerungen in FAZ und Quick. Schily nahm trotzdem in Bonn teil und verließ den Saal nur wegen der Teilnahme Filbingers.



Etwa 60000 bis 75000 Antifaschisten beteiligten sich am 4. und 8. Mai an Demonstrationen in Hamburg, Köln (Bild), Frankfurt und Westberlin zum 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus.

vilschutz; auf letzterer referierte u.a. Thilo Weichert (GRÜNE).

Auf einer Veranstaltung von Antifaschistischer Aktionseinheit und VVN in Mannheim wurde die Durchführung gemeinsamer Aktionen zum einen gegen die Umtriebe der "Grauen Wölfe", zum andern gegen die Patenschaft der Stadt zu den "Memelländern" beschlossen. Dazu soll ein Antrag im Gemeinderat verfaßt werden sowie eine Demonstration im Juni stattfinden.

In Freiburg wurde vom Friedensplenum zum 8. Mai eine Aktionswoche beschlossen. Die Volksfront machte in Freiburg eine Veranstaltung, auf der der Zusammenhang zwischen den Zielen der Bundesregierung und denen der "Vertriebenen"verbände aufgezeigt wurde. Es wurde für richtig befunden, die Streichung der staatlichen Gelder für die "Vertriebenen"organisationen zu erreichen.

Auf einer Veranstaltung der DKP erläuterte ein Korrespondent der so-

wjetischen Literaturnaja Gazeta die Position der Sowjetunion zum 8. Mai: Das "Deutsche Reich" sei 1945 endgültig untergegangen. Die von der Bundesregierung jetzt aufgestellte Forderung nach einem Friedensvertrag laufe auf eine Nichtanerkennung der Grenzen hinaus, wie sie im Potsdamer Abkommen festgelegt und durch 40 Jahre bestehende Tatsachen unumstößlich seien — es sei denn durch Krieg.

In Emmendingen befaßte sich die Volksfront-Veranstaltung mit der Frage des Verbots faschistischer Organisationen und betonte die Notwendigkeit, die Schlageter-Feier an Pfingsten in Schönau zu verhindern. — (ulb)

Bayern. Die politische Opposition in München agierte vielseitig. Die Grünen folgten nicht dem Vorschlag ihres

Landesarbeitskreises Antifaschismus zur Durchführung einer Veranstaltung. Der Landesvorstand hielt ihn für zu "sowjetfreundlich". Die Marxistische Gruppe (MG) führte unter dem Motto "Zum Teufel mit dem Deutschen Mai" eine "Gegenveranstaltung" durch. Der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD unterstützte eine Veranstaltung der Redaktion der Zeitschrift "Kämpfende Jugend" unter dem Motto "Dank Euch, Ihr Sowjetsoldaten". Auf der Veranstaltung der DKP im Schwabingerbräu wurden in einer Multi-Media-Show die Zusammenhänge zwischen Kapitalismus und Faschismus erläutert. Die Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg machte eine Veranstaltung gegen die Ost- und Europapolitik des deutschen Imperialismus und zur Rolle der Vertriebenenverbände in der BRD. — (kaz, dil)

Großbritannien

ARBEITERINNEN SETZEN HÖHERE LÖHNE DURCH

In zwei wichtigen Auseinandersetzungen erreichten britische Arbeiterinnen Lohnerhöhungen. Seit siebzehn Jahren treten die 270 Maschinennäherinnen von Ford Dagenham bei London für die Einstufung als Facharbeiter – d.h. in Lohngruppe C – ein. Den ersten Streik dafür führten sie schon 1969, nachdem im Jahr zuvor bei einer Neueingruppierung der Belegschaft 902 von 918 Arbeiterinnen in die beiden unteren Lohngruppen A und B der fünf Lohngruppen kamen. Während so 98% der Frauen in diese Lohngruppen eingestuft wurden, waren es nur 55% der Männer, und von den Frauen kam niemand in die hohen Gruppen D und E.

Am 14. November 1984 begannen die Arbeiterinnen mit Unterstützung ihrer Kollegen erneut einen Streik und legten binnen kurzem die Produktion eines ganzen Werkteils lahm. Nach sechs Wochen stimmten die Ford-Kapitalisten der Einrichtung einer Schiedsstelle zu, die Ende April für die Frauen entschied. Der Abschluß bedeutet für sie, daß sie in Gruppe C kommen und sieben Pfund mehr pro Woche (etwa 115 DM im Monat) erhalten. Er wird auch Folgen für andere Eingruppierungen von Frauen im Betrieb haben. In weiteren Autowerken erheben die Näherinnen ähnliche Forderungen, so bei Vauxhall (General Motors).

In Hull erreichten 14 Frauen in einer Fischpackerei, daß ihre Löhne um 5,82 Pfund pro Woche (95 DM im Monat) auf den Lohn des einzigen männlichen Arbeiters in der Packerei erhöht werden. Die Arbeiterinnen, Mitglieder der Gewerkschaft TGWU, organisierten eine Klage vor einem "Industrial Tribunal", ähnlich den Arbeitsgerichten. Nach dem jetzt ergangenen Urteil müssen die Kapitalisten die 5,82 Pfund rückwirkend ab Januar 1984 zahlen.

Damals brachte die konservative Regierung zähneknirschend nach einer Klage bei der EG-Kommission eine Ergänzung zum Diskriminierungsgesetz ein, die "gleiche Zahlung für Arbeit von gleichem Wert" vorschrieb. Die Regierung ist unter starkem Druck der Kapitalisten, den Paragraphen wieder aufzuheben, weil er "direkt der Regierungs-Philosophie zuwiderläuft, daß Löhne ihre Markthöhe selbst finden können sollten" (Financial Times, 11.5.85).

Seither haben die Gewerkschaften mehr als 70 Klagen auf gleiche Bezahlung angestrengt. Mehrfach stimmten die Kapitalisten Vergleichen zu, so bei Pilkington Glass. Dort werden vier Arbeiterinnen höhergruppiert, erhalten die Nachzahlung der Lohndifferenz über zwei Jahre und

eine Zahlung von 400 Pfund (1520 DM).

Ein im Juli 1984 vom Arbeitsministerium veröffentlichter Bericht zeigt, daß 70% aller Frauen in Großbritannien lohnabhängig bzw. arbeitslos sind oder studieren.

Quellenhinweis: Labour Research, versch. Ausg.; Financial Times, 11.5. – (hef)

Dänemark

LOHNDIKTAT WIRD WEITER BEKÄMPFT

Die dänischen Kapitalisten befürchten, daß der "Arbeitsfriede" dieser Tarifperiode nicht hält, und daß die Arbeiter das 2%-Lohndiktat bekämpft werden, wo es nur geht.

Nach der großen Streikwelle streikten noch einzelne Belegschaften weiter. In der Ölfabrik in Aarhus streikten 550 Arbeiter sechs Wochen lang mit dem Ziel: Brecht den Lohnrahmen. Dieser Streik wurde als exemplarisch angesehen; die Arbeiter ver-

zenterhöhung, sondern 2% von der Lohnsumme als Festbetrag.

Die dänischen Arbeiter haben bei den sogenannten "tarifwidrigen Streiks" hohe Strafen vom Arbeitsgericht zu erwarten: 20 Kronen pro Streikstunde für Ungelernte, 24 Kr. für Gelernte; dies gilt für jeden einzelnen Arbeiter! Dieses arbeitsgerichtliche System, das zwar Streiks nicht verbietet, aber doch finanziell das Streikrecht immer verschärfter aushöhlt, wird zunehmend von den Arbeitern angegriffen. Der Vertrauensleutering, der die großen Streikaktionen organisiert hatte, führte am 29. April vor dem Arbeitsgericht eine Demonstration mit mehreren tausend Teilnehmern durch: Schließt das Arbeitsgericht!

Der Gewerkschaftsbund LO will eine Kampagne gegen die Schlüter-Regierung starten. Der SiD (Gewerkschaft der ungelernten Arbeiter) hat hierfür 180 Mio. Kronen bewilligt.

Quellenhinweis: LO-Bladet Nr. 6-8/85; Politiken, lfd. Nummern. – (wiw)

Südafrika/Azania

SCHWERE ANGRIFFE AUF MINENGEWERKSCHAFT

Mit der Entlassung von 14400 schwarzen Arbeitern und ihrer gewaltsamen Deportation in "Heimatland"-Reservate und Heimatstaaten versucht die Anglo-American Corporation, den Kampf der schwarzen Bergarbeitergewerkschaft NUM in der größten südafrikanischen Goldmine Vaal Reefs zu brechen und den Einfluß der NUM unter den schwarzen Bergarbeitern entscheidend zu schwächen.

Am 21. und 22. März streikten 42000 schwarze Arbeiter in Vaal Reefs, um Lohnerhöhungen für alle um 20 Rand (30 DM) im Monat durchzusetzen. Die Bergwerksgesellschaft zahlt seit Januar an einige Hundert monatlich bezahlte Arbeiter den Betrag als betriebliche Zulage. Die Arbeiter verlangten außerdem die Wiedereinstellung und die Anerkennung entlassener Schacht-Vertrauensleute der NUM. Die Kapitalisten setzten Polizei und Werkschutz gegen die Streikenden ein, 35 Arbeiter wurden verletzt. Nach dem Streik begann die Anglo-American-Corporation Verhandlungen mit der NUM.

Im April begannen zudem Verhandlungen um tarifliche Lohnerhöhungen in den Bergwerken. Die NUM und zwei weitere unabhängige Bergarbeitergewerkschaften wollen eine Erhöhung des Mindestlohns von jetzt 180 Rand (270 DM) auf 300 Rand (450 DM) durchsetzen. Von der NUM wird in der jetzigen Auseinandersetzung außerdem die Beseitigung der sogenannten "job-reservation" gefordert, nach der



"Stopp die reaktionäre Regierung jetzt"

kauften Plaketten zur finanziellen Unterstützung, der Kapitalistenverband DA gab der Firmenleitung ebenfalls Geld. Der Streik wurde abgebrochen, als die Firmenleitung sich zu Verhandlungen bereit erklärte. Ein Ergebnis ist noch nicht bekannt.

4000 Brauereiarbeiter streiken in Kopenhagen. Sie benutzen Verhandlungen über eine Art Manteltarifvertrag, um Lohnerhöhungen zu fordern. In anderen Firmen wird gestreikt, um Entlassungen von Vertrauensleuten, die sich in den Streikaktionen hervorgetan hatten, zu verhindern. Bei der Elektronikfabrik Lübeck wurde durch Streik erreicht, daß ein Streikbrecher entlassen wurde.

Die lokalen Verhandlungen – das sind die auf betrieblicher Ebene – beginnen jetzt. Die Kapitalisten beraten noch ihre Taktik. Von gewerkschaftlicher Seite wird propagiert, eine "solidarische" Lösung zu finden: keine Pro-

bestimmte Arbeiten nur von Weißen ausgeführt werden dürfen, die das sechsfache des Mindestlohns der schwarzen Arbeiter erhalten.

Am 24. April streikten die azanischen Arbeiter in Vaal Reefs erneut. Die Bergwerksleitung wollte 700 Arbeiter entlassen, die sich geweigert hatten, zum Mindestlohn nur für Weiße reservierte Arbeit zu leisten. Daraufhin ließen die Bergwerkskapitalisten die Wohnbaracken der Wanderarbeiter auf dem Bergwerksgelände von der Polizei umstellen und entließen 14400 Arbeiter. Nachdem der Streik nicht endete, mußte die Anglo-American Corporation zusagen, daß die entlassenen Arbeiter bei Neueinstellungen bevorzugt eingestellt würden.

Die Auseinandersetzungen in allen südafrikanischen Bergwerken spitzen sich zu. Allein in diesem Jahr haben 70000 azanische Bergarbeiter gestreikt. Ihre Streiks richteten sich gegen die unsicheren Arbeitsbedingungen, gegen die miserablen Löhne, gegen die Wohnverhältnisse in den Baracken, sie forderten die Anerkennung ihrer Gewerkschaften und die Anerkennung von Vertrauensleuten.

Die Bergwerkskammer (Chamber of Mines) führt seit Anfang des Jahres eine Kampagne gegen die NUM mit dem Ziel, die Gewerkschaft zu zerschlagen. Keine Woche ist seit Januar vergangen, in der nicht die Bergwerkskammer der NUM "unverantwortliches" und "illegales" Handeln vorgeworfen hat, weil sie "wilde" Streiks der Bergarbeiter unterstützt. Etwa 800 Vertrauensleute der NUM sind von Januar bis Ende März entlassen worden. Gegen jeden Streik und jede Versammlung in den Baracken haben die Bergwerkskapitalisten bewaffneten Werkschutz und Polizei eingesetzt, zwölf Vertrauensleute und angestellte Funktionäre der NUM sind seit Januar inhaftiert.

Quellenhinweis: CUSA News Cuttings v. 22. u. 25.3.; taz v. 30.4.85; Facts and reports, Nr. H/85 - (uld)

USA

PROTESTE GEGEN NIKARAGUA-EMBARGO

Am ersten und zweiten Tag des vollständigen Handelsboykotts gegen Nicaragua, am 7. und 8. Mai, kam es in vielen Städten der USA zu Demonstrationen der Bewegung gegen die Mittelamerika-Politik der Reagan-Regierung. Bei Blockaden bundesstaatlicher Ämter wurden zum Teil über die Hälfte der Protestierenden verhaftet. Insgesamt wurden über 1200 Leute festgenommen.

Am 10. Mai hat der Nationale Kirchenrat Reagan aufgefordert, das Embargo gegen Nicaragua aufzuheben sowie alle seine Versuche, die sandini-

stische Regierung in Nicaragua zu stürzen, aufzugeben. Auch beteiligten sich die Kirchen am Aufbau eines nationalen Kommunikationsnetzes, um im Falle einer Intervention in Nicaragua hier im Lande Widerstand zu leisten. 62000 Bürger der USA haben bisher ein Gelöbnis, Widerstand zu leisten, unterschrieben, und die Regierung befaßt sich seit längerem damit, wie dieser Widerstand wohl am besten zu gängeln sei. Selbst auf der Höhe des Widerstandes gegen den Vietnamkrieg hatten sich die Kirchen aus Stellungnahmen herausgehalten oder die Regierung unterstützt.

Gleichzeitig stößt das Embargo bei den betroffenen Kapitalisten auf wenig Gegenliebe. Die Regierung mußte mittlerweile zusagen, schon abgeschlossene Verträge von dem Embargo auszunehmen, Zusagen, die bei früheren Boykotts nicht gemacht wurden. Auch US-Auslandsniederlassungen, z.B. in Europa, sind von dem Embargo nicht betroffen.

Im Kongreß allerdings hat das Embargo lediglich zu einer lahmen Beschwerde geführt, man sei nicht konsultiert worden, worauf ein Regie-

rungssprecher frech konterte, die Maßnahme sei doch so lange im Gespräch gewesen, daß niemand überrascht zu tun brauche. Der Kongreß hatte sich eine Untersuchung über die Wirksamkeit eines Boykotts schon früher anfertigen lassen. Die Reise von Präsident Ortega nach Moskau wurde von der Demokratischen Partei im Repräsentantenhaus zum Vorwand genommen, die vor zwei Wochen abgelehnte Hilfe an die "Contras" wieder auf die Tagesordnung zu bringen.

Am 7. Mai konnte ein Regierungssprecher, nach der internationalen Unterstützung des Boykotts befragt, lediglich El Salvador nennen. Im Sicherheitsrat der UNO blockierten die USA gegen elf Stimmen und drei Enthaltungen eine Resolution gegen den Boykott. In einer dreitägigen Debatte fand sich lediglich Honduras bereit, das Vorgehen der USA als rechtmäßig zu unterstützen.

In Nicaragua wird die schnelle Reaktion der US-Bevölkerung begrüßt, und in den USA selber hat dies zu einem Auftrieb für die Sammlungen zur materiellen Unterstützung des Volkes von Nicaragua geführt. - (ger, her)

Französische Kolonien

VERSTÄRKUNG DES KAMPFES FÜR UNABHÄNGIGKEIT

3000 Personen beteiligten sich am 5. April dieses Jahres an der Abschlußveranstaltung der "Ersten Konferenz der letzten französischen Kolonien", die trotz erheblicher Behinderungen durch die französische Regierung auf Guadeloupe stattfand. Zuvor hatten Vertreter von Unabhängigkeitsbewegungen, Parteien, gewerkschaftlichen Organisationen aus Guadeloupe, Martinique, Guyana, La Réunion, Mayotte und Neukaledonien sowie der franzö-

sischen Parteien PSU, LCR und PCML zwei Tage lang über die Koordinierung ihres Kampfes und die Verstärkung der internationalen Solidarität beraten.

Die Gründung der (Provisorischen) Republik Kanaky Ende 1984 und die darum bis heute andauernden heftigen Auseinandersetzungen auf Neukaledonien hatten außerhalb Frankreichs erst wieder die Existenz französischer Kolonien in Pazifik, Karibik, Indi-



Erste Konferenz "der letzten französischen Kolonien" am 5.4.85 in Moulou, Guadeloupe



Am 4.5.85 wurde Fikri Sönmez, Schneider und früherer Bürgermeister von der türkischen Stadt Fatsa durch Folter ermordet. Die Stadt Fatsa war bekannt geworden, weil sie unter Fikri Sönmez eine demokratische Selbstverwaltung aufbaute. Nach der Machtübernahme der Junta in der Türkei war die Stadt Fatsa eines der ersten Angriffsziele der Faschisten, 3% der Bevölkerung wurden festgenommen. Vor ein paar Wochen hat die türkische Regierung ein "Reuegesetz" erlassen, das die politischen Gefangenen zwingen soll, ihre Reue, d.h. ihre Bereitschaft zur Denunziation, zu unterschreiben. Die Folter, die Fikri Sönmez zu dieser Unterschrift zwingen sollte, ermordete ihn. Das Foto zeigt den Massenprozess gegen die Bürger von Fatsa. — (eve)

MEMORANDUM AUS DEM BESETZTEN PALÄSTINA

Mitte April richteten 35 Persönlichkeiten aus den besetzten Gebieten ein Memorandum an den amerikanischen Nahostbeauftragten Murphy, das sich gegen die Weigerung der US-Regierung, mit der PLO zu sprechen, richtete, sowie gegen die "Gewohnheit, offizielle und nicht offizielle Gesandte ... zu schicken ... Treffen zu arrangieren mit Persönlichkeiten aus Jerusalem ...". Am Schluß heißt es: "Wir unterstützen voll und ganz die Haltung der PLO unter Führung Yassir Arafats, und wir fordern, daß Verhandlungen über die palästinensische Frage mit ihr geführt werden müssen. Wir fordern von der amerikanischen

Administration sofortige Verhandlungen, um den israelischen Praktiken Einhalt zu gebieten." — (bar)

AUSTRALIEN: HAFENARBEITER GEGEN BRD-SCHIFFE

Hafenarbeiter in Australien boykottieren die Schiffe der Columbus-Linie, die der Reederei Hamburg-Süd (Oetker-Konzern) gehören. Die Columbus-Schiffe fahren u.a. zwischen Australien und Nordamerika. Die Gewerkschaften sind dafür, daß Schiffe im Australienhandel unter australischer Flagge (und Arbeitsgesetzen) fahren. Als ein Columbus-Schiff am 2. Mai vorschriftswidrig ohne Schlepper den Hafen Sydney verließ, riefen sie zum allgemeinen Boykott ausländischer Schiffe auf. — (aul)

NIEDERLANDE: DEMONSTRATION GEGEN PAPSTBESUCH

Mit Protestaktionen und einem Boykott seiner Auftritte durch zahlreiche Organisationen ist Papst Johannes Paul II in den Niederlanden empfangen worden. In Utrecht (Bild) wurde er am 11.5. von 3000 Demonstranten empfangen, zu einer Messe im Dom von Utrecht kamen statt der erwarteten 1200 Besucher nur 300. Die Organisation der niederländischen Juden hatte ein Treffen mit dem Papst abgelehnt, weil dieser nicht bereit war, über die Zusammenarbeit der katholischen Kirche mit dem deutschen Faschismus zu sprechen. Vertreter katholischer Laienorganisationen kritisierten die Unterdrückung von Homosexuellen und Frauen durch die Amtskirche, die Angriffe auf die "Theologie der Be-



freiung", das Zölibat und das Verbot von Verhütungsmitteln. 19000 katholische Nonnen solidarisierten sich mit einer katholischen Feministin, die von der Amtskirche zum Papstbesuch Redeverbot erhalten hatte. Woytjla lehnte alle Aufforderungen zu einer Diskussion über diese Kritiken ab. — (rül)

schem Ozean sowie Südamerika ins Bewußtsein gerufen und zwingen die französische Presse jetzt, über die Konferenz zu berichten. Die Abschlusserklärung benennt als direktes praktisches Ergebnis die Etablierung ständiger Verbindungsstrukturen über ein Büro der beteiligten Organisationen in Paris, das vor allem dazu dienen soll, eine internationale Basis für den Antrag an die UNO zu schaffen, die betroffenen Territorien auf die Liste der zu entkolonialisierenden Länder zu setzen. Die Erklärung verurteilt zudem "die Anwesenheit französischer Interventionstruppen auf unseren Territorien" als "eine dauernde Bedrohung für die Völker der Nachbarländer".

Bei manchmal unterschiedlichen Beurteilungen in Einzelfragen stellten die Teilnehmer der Konferenz bezüglich der Analyse französischer Politik eine "objektive Allianz zwischen der französischen Linken und den Nostal-

gikern des Empire wie Debré, Toubon (Gaullisten) etc." bezüglich ihres Zieles fest, "mit allen Mitteln diese Territorien unter kolonialer Herrschaft zu halten". Der Präsident der Republik Kanaky und Führer der Befreiungsfront FLNKS beschrieb diesen Sachverhalt Anfang Mai in Algier so: "Die französischen Kolonialisten von rechts oder links bleiben nationalistische, französische Kolonialisten mit der gleichen Konzeption eines hegemonialen, imperialen Frankreichs als Zentrum der Welt ... Wir stehen dem gleichen Kolonialfeind gegenüber (wie Algerien, d. Red.), der nichts aus der Geschichte gelernt hat."

Die Schärfe dieser Aussage mag manchen überraschen, der Mitterands Erklärungen hinsichtlich Frankreichs Haltung gegenüber der Dritten Welt im Ohr hat; die Politik der sozialistischen Regierung gegenüber den betroffenen Völkern jedoch bietet einige Anhaltspunkte für die Richtigkeit der

Analyse. Überall dort, wo das Streben nach Unabhängigkeit und Selbstbestimmung mit ökonomischen und strategischen Interessen des französischen Imperialismus kollidiert, schlägt die Links- bzw. sozialistische Regierung seit 1981 keine grundsätzlichen andere Politik ein als ihre rechten Vorgänger. Das Luft- und Raumfahrtzentrum Guyana, von wo die Ariane-Raketen gestartet werden, das Atomversuchszentrum in Muroroa (Polynesien), der Militärstützpunkt auf der Insel Mayotte, die Nickelvorkommen in Neukaledonien, die Chrom- und Manganvorräte im Pazifik, all dies achtet die gegenwärtige Regierung als unabdingbare Eckpfeiler ihrer Politik der imperialistischen Selbständigkeit und des Kampfes gegen die Konkurrenten. Die Interessen der Völker können infolgedessen nur soweit berücksichtigt werden, als sie mit dieser Politik vereinbar sind. Insofern überrascht es nicht, daß der Schwer-

GEFÄNGNISREVOLTEN GEGEN REPRESSION

800 Gefangene des Vorzeigefängnisses Fleury-Mérogis in Frankreich weigerten sich am 5. Mai, zurück in ihre Zellen zu gehen, nachdem ein Appell von 73 Gefangenen gegen Schikane und Einzelarrest unbeantwortet blieb. Seitdem haben Tausende Gefangene in mehreren Haftanstalten gegen Überbelegung, üble hygienische Zustände und Willkür, für mehr Raum, Begnadigungen, Freiheit revoltiert. 46000 sind derzeit auf durchschnittlich 4 qm eingepfercht. Die Regierung setzt Anti-Terror-Truppen ein.— (pel)

SCHWEDEN: LOHNSTREIK IM ÖFFENTLICHEN DIENST

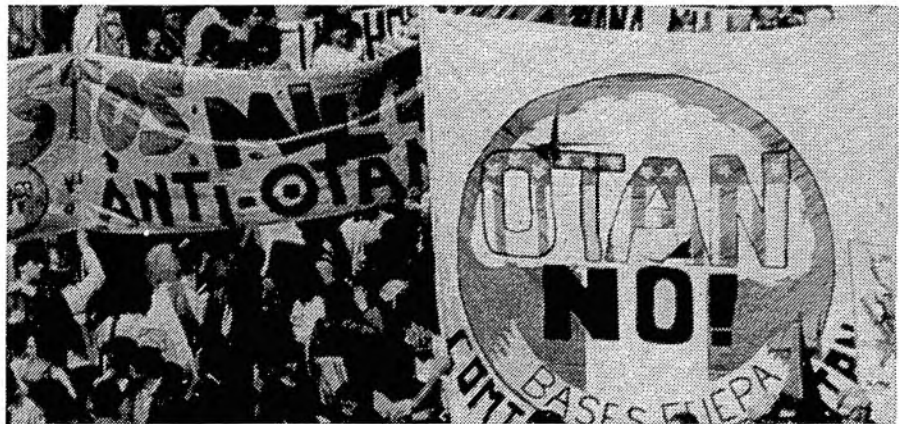
Seit dem 2. Mai streiken 20000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Die Gewerkschaft TCO-S ist eine von sechs Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, die im Oktober vergangenen Jahres einen Tarifvertrag über zwei Jahre mit dem Dienstherrn abgeschlossen haben. Der Tarifvertrag sieht Lohnerhöhungen von jährlich fünf Prozent vor, sofern nicht in der Industrie höhere Abschlüsse erreicht werden. Die Gewerkschaft TCO-S, in der vor allem Lehrer und andere Beamte des mittleren und höheren Dienstes organisiert sind, und die Gewerkschaft der Kommunalangestellten fordern eine weitere Erhöhung der Löhne um 3,1% ab 1. Januar 1985. Die Regierung lehnt die Forderungen der Gewerkschaften ab, sie hat beschlossen, daß die Höchstgrenze für Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst bei fünf Prozent liegen soll. Bei einer Inflationsrate von acht Prozent im vergangenen Jahr und voraussichtlich fünf Prozent in diesem Jahr bedeutet das reale Lohnsenkungen für die Beschäftigten. Gegen den Streik der

TCO-S geht die Regierung nun mit der Aussperrung von 80000 Gewerkschaftsmitgliedern vor, die Aussperrung ist seit dem 10.5. in Kraft. Die Kommunalangestellten erwägen einen Streik im Juni.— (uld)

ITALIEN: TARIFABSCHLUSS FÜR JOURNALISTEN

Nach wochenlangen Streikaktionen hat die italienische Journalistengewerkschaft am 5. Mai einen neuen Tarifvertrag unterzeichnet. Der Abschluß sieht erweiterte Schutzbestimmungen zur Einführung der neuen Technik und Lohnerhöhungen von ins-

gesamt 380000 Lire (600 DM) während der dreijährigen Laufzeit vor. Innerhalb der Gewerkschaft, die 500000 Lire bei zweijähriger Laufzeit gefordert hatte, ist der Abschluß umstritten. Die Journalisten hatten zuletzt Ende April drei Tage hintereinander gestreikt, das Erscheinen der Wochenzeitungen verhindert und an einem Sonntag auch alle Nachrichtensendungen und Sportreportagen des Fernsehens bestreikt. Ministerpräsident Craxi hatte daraufhin den TV-Journalisten mit Dienstverpflichtung gedroht und ein amtliches Kommuniqué zwangsweise verlesen lassen.— (ulg)



Am 5. Mai fanden in ganz Spanien Demonstrationen gegen den Besuch Reagans in Spanien, gegen die Rehabilitierung des Hitlerfaschismus durch USA und BRD und gegen die NATO-Politik der spanischen Regierung statt. In Madrid demonstrierten 50000, in Barcelona 225000, in Valencia 50000, in Zaragoza, Alicante und vielen anderen Städten jeweils zwischen 5000 und 10000. Aufgerufen hatte zu den Kundgebungen und Demonstrationen der Koordinationsausschuß der Friedenskomitees. An den Aktionen beteiligten sich die PCE, der linke Flügel der PSOE (Regierungspartei) und die Gewerkschaften. In Madrid zogen Demonstrationzüge zur Parteizentrale der Alianza Popular (AP), um ihre faschistische Politik anzuprangern. Die Hauptlosungen der Demonstrationen waren: "Nein zur NATO, raus mit den Militärbasen" (der USA), "Neutralität". Gefordert wurde auch: "Weg mit den Antiterrorgesetzen". Der Bitburg-Besuch Reagans wurde in verschiedenen Losungen und Transparenten angegriffen, u.a.: "Wenn dir die Nazifriedhöfe so gefallen, dann bleib doch dort, da gehörst du hin".— (chc)

punkt der Politik gegenüber den "überseeischen Départements und Territorien" seit 1981 auf institutionellen Reformen liegt, deren Ziel es ist, die dezentrale Verwaltung und die Beteiligung der Einheimischen zu stärken, ohne die politischen Machtstrukturen entscheidend zu verändern.

Nach dieser Leitlinie verfährt die Regierung bis heute gegenüber der kanakischen Unabhängigkeitsbewegung in Neukaledonien. Gegen deren Forderungen nach Anerkennung als einzig legitimes Volk in Kanaky, nach Selbstbestimmung und Anerkennung völliger Souveränität, nach Rückgabe allen Landes (Charta der FLNKS), deren Berechtigung noch 1983 in der Übereinkunft von Nainville la Roche anerkannt wurde, wurden in den letzten Monaten Polizei und Militär ins Feld geführt und setzt Präsident Mitterrand heute seinen Plan einer "Indépendance-Association", übersetzt: Unab-

hängigkeit bei fortdauernder Verbindung. Dieser Plan sieht für 1987 ein Referendum über die Frage vor, ob "Neukaledonien ein unabhängiger mit Frankreich assoziierter Staat" werden solle, der in den Bereichen Verteidigung, Justiz, Geld/Kredit, Außenbeziehungen weiter von Frankreich vertreten werde. Als Übergang sollen im August vier Regionalräte mit Aufgaben der ökonomischen Entwicklung und Verwaltung gewählt werden, die erstmals in zumindest zwei Regionen parlamentarische Mehrheiten für die Kräfte der melanesischen Unabhängigkeitsbewegung ermöglichen würden. Dieser Vorschlag fällt noch zurück hinter den vor zwei Monaten vorgelegten Pisani-Plan, der das Referendum für Juli 1985 vorsah, und kann nur beurteilt werden in Verbindung mit der Erklärung Mitterrands, die Hauptstadt Noumea zur strategischen Basis für Kriegsschiffe und Flugzeuge auszubauen.

Die französische Reaktion, die mit allen Mitteln gegen die FLNKS arbeitet, dabei vor z.B. planmäßiger Zusammenarbeit mit der faschistischen Nationalen Front nicht zurückschreckt, droht öffentlich noch den Boykott der Regionalwahlen an. Unter der Hand gibt sie jedoch zu erkennen, daß sie zu einem Bündnis zur Verhinderung der politischen Unabhängigkeit bereit ist. Wohl zur Demonstration der eigenen Stärke ließ sie ihre Milizen am 8. Mai in Noumea eine Demonstration der FLNKS gegen die geplante strategische Basis überfallen, erschoss einen Demonstranten und verletzte sechzig, ohne daß diesmal CRS und Militär ernsthaft eingriffen. Der Vorfall bestätigt die oben zitierte Analyse der französischen Politik durch den Kongreß und die Auffassung der FLNKS: "Noch keine Unabhängigkeit ist von den Sozialisten gewährt worden, wir werden unser Problem selbst regeln müssen."— (pel)

Besprechungen

PUBLIKATIONEN AUS PARTEIEN
UND VERBÄNDENIGM AKTIONSPROGRAMM
"ARBEIT UND TECHNIK"

Im November 1984 beschloß der IGM-Vorstand das Aktionsprogramm mit der Forderung: Der Mensch muß bleiben als jemand, der einen Arbeitsplatz hat, und dieser muß auch menschengerecht sein. Diese Langzeitaufgabe soll durch vier Faktoren erreicht werden: durch Widerstand gegen Rationalisierungsmaßnahmen in den Betrieben, Mobilisierung der Lohnabhängigen, öffentlichkeitswirksame Kampagnen und Druck auf Unternehmer und Politiker. Neben der Illusion, Arbeitszeitverkürzung führe zu Vollbeschäftigung, gibt es jedoch eine wichtige Forderung nach "Arbeitszeitverkürzung in der Arbeitszeit" (Überstundenbeschränkung, Erholzeiten, Kontrolle der Leistungsbedingungen, betriebliche und überbetriebliche Weiterbildungsmaßnahmen). Die Umsetzung muß im Betrieb durch von Rationalisierung betroffene Arbeiter, Vertrauensleute und Betriebsräte erfolgen. Die Vorstandsverwaltung arbeitet ein Programm aus, und über die bezirklichen Verwaltungsstellen soll es in die Betriebe gelangen. Pilotprojekte, Betriebsvereinbarungen, Praxisberatungen und Schulungen sollen das Programm auf die Beine stellen. Mit Forderungen und Ergebnissen soll Druck auf die Politiker und die staatliche Technologie- und Forschungspolitik gemacht werden. Im Programm taucht u.a. der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit auf. Bleibt zu fragen, inwieweit sich demgegenüber brauchbare Lösungen in den Betrieben durchsetzen lassen. — (wae)

WIE WEITER
MIT 35-STUNDEN?

Das Anliegen einer Sammlung von Aufsätzen "linkssozialdemokratischer" Gewerkschaftsführer scheint zu sein, Argumente zu liefern gegen eine "rechte" Kursbestimmung der Gewerkschaften nach den Arbeitskämpfen vom letzten Jahr. Janßen und Lang (IGM) sorgen sich, daß eine "Facharbeitnehmergewerkschaft" entstehen könnte "unter Ausblendung der Interessen von 30 bzw. 50% des Erwerbspersonenpotentials", der "jeweils Schwächeren". Was aber sollen sich diese versprechen, wenn die beiden für den weiteren Kurs vorschlagen: "Wie immer die Lage der Arbeitszeit und ihre Verteilung auf Monate oder das Jahr hingesehen mag, entscheidend ist, daß es für alle Arbeitnehmer relativ gleichförmig eine kürzere Arbeitszeit gibt, damit mehr Menschen mit der gesellschaftlich

notwendigen Arbeit beschäftigt werden können..." Kurz muß sie sein die Arbeitszeit, wenn auch brutal flexibel? Es ist schon eine erschreckende Leichtigkeit, mit der sie über die aktuellen Probleme der IGM-Betriebsräte hinweg in die Zukunft springen.

Ferlemann (IG DruPa) meint, in der Druckindustrie konnte "keine zusätzliche Flexibilisierung" durchgesetzt werden, und man sollte "unseren Erfolg in der Abwehr weiterer Flexibilisierung nicht unterschätzen". Hensche (IG DruPa) beachtet diese Frage nicht weiter und meint, daß die "Gewerkschaften letztlich gestärkt aus dem Arbeitskampf hervorgegangen sind". Sein Problem ist, daß "der



Facharbeiter im Karman-Werk Osnabrück

Kampf um die Köpfe nicht zufriedenstellend gewonnen wurde". Er stellt Fehler fest in der Haltung der Gewerkschaften gegenüber der Friedensbewegung und gegenüber Fragen des Umweltschutzes, mangelnde Konsequenz gegen die Sozialabbau- und Sparpolitik, mangelnde Einigkeit im Nahziel 35-Stunden-Woche. Worin wohl die "näheren" Gründe für die mangelnde Einigkeit in Fragen 35-Stunden-Woche liegen könnten, fragt er nicht. Stattdessen schlägt er vor, die "inhaltliche Beschränkung in der Diskussion um Reichweite und Zielsetzung der Forderung nach Wochenarbeitszeitverkürzung zu durchbrechen". Z.B. stellt er sich vor: eine 30-Stunden-Woche mit einem "kaum glaublichen Spielraum für individuelle Entwicklung" bei "gestiegener Produktivität", so daß das Land keineswegs ärmer, sondern reicher und konkurrenzfähiger werden würde. (Ferlemann/Janßen u.a. "Existenz sichern, Arbeit ändern, Leben gestalten", VSA-Verlag) — (kls)

DGB KÖLN: STUDIE ZUR
LAGE DER AUSLÄNDER

Kurz vor dem 1. Mai hat der DGB Köln eine Untersuchung zur Situation der ausländischen Familien in Köln herausgegeben. Diese Untersuchung stützt sich teilweise auf städtische Statistiken, aber auch auf eigene Befragungen in den Betrieben. Auf die Frage, ob die ausländischen Arbeiter bei der Arbeit benachteiligt sind, antworten über 60% der Befragten mit "ja", in den Großbetrieben sind es sogar 72%. Die Studie stellt fest, daß die ausländischen Arbeiter sich, im Vergleich mit den Deutschen, überdurchschnittlich in den Gewerkschaften organisiert haben, daß aber ihr Anteil an den Betriebsräten gering ist. Während in den Kölner Metallbetrieben 20% der Arbeiter Ausländer sind, sind sie in den Betriebsräten nur mit 5,6% vertreten. Weiter gibt die Studie einen Überblick über die faschistischen, ausländerfeindlichen Organisationen in Köln. Das kommunale Wahlrecht für Ausländer befürworten 71,5% der Befragten, bei den Frauen sind es sogar 72,3%. (Untersuchung der Lage der ausländischen Familien in Köln, zu beziehen über: DGB Köln, Hans-Böckler-Platz, 5000 Köln 1 — eve)

LEGENDEN ÜBER
LIBERALE FRAUEN

"Das Beste an der F.D.P. sind ihre Frauen", faßt D. Frandsen die Aussage des Buches zusammen, das Liselotte Funcke als "erste Gesamtdarstellung des Beitrags der Frauen zur Geschichte und zur gegenwärtigen Entwicklung des politischen Liberalismus in Deutschland" herausgegeben hat. Es erschien im Seewald Verlag unter dem Titel: "Die Liberalen — Frei sein, um andere frei zu machen".

Der erste Hauptteil bringt "Die deutsche Frauenbewegung bis 1919: Die Liberalen" von Dorothea Frandsen und "Sie erzielten beachtliche Erfolge: Liberale Frauen in der Weimarer Republik" von Friedrich Henning, danach "Biographien großer Frauen aus der ersten Generation der Liberalen". Die Reihe beginnt mit Luise Otto-Peters, die 1848 das Elend der Dienstmädchen und Textilarbeiterinnen anprangerte. Ihre Nachfolgerinnen im Allgemeinen Deutschen Frauenverein (1865) und Bund deutscher Frauenvereine (1894) sahen ihr Hauptbetätigungsfeld im Bildungsbereich und in der staatlichen Wohlfahrt. Im übrigen pflegten sie eine stramm nationale Gesinnung. Auf sie gestützt organisierte das Kriegsministerium 1914 den Nationalen Frauendienst. Aus dem Reichstag von 1920 bis 1933 wird jede Äußerung einer liberalen Abgeordneten gewürdigt; die Zustimmung der liberalen Parteien zum Ermächtigungsgesetz wird nicht erwähnt.

Der zweite Hauptabschnitt "Ein

großer Beitrag zur Entwicklung der Demokratie: Liberale Frauen nach 1945" faßt die Tätigkeit von FDP-Abgeordneten im Bundestag zusammen, wieder gefolgt von Biographien der bekanntesten Abgeordneten.

Im letzten Teil werden aktuelle liberale Positionen dargestellt: Irmgard Adam-Schwaetzer tritt für flexiblere Gestaltung des Arbeitsplatzes und der Arbeitszeit durch Teilzeitarbeit, Job-Sharing und Heimarbeit ein; Rosemarie Scheurlen fordert Freizügigkeit in der Krankenversicherung und mehr Eigenvorsorge des einzelnen; Ursula Seiler-Albring will endlich das Ladenschlußgesetz flexibilisieren. Immerhin schreibt Rita Fromm gegen Frauen in der Bundeswehr.

Nützlich sind die Bücherlisten zum Thema und die Auflistung der weiblichen liberalen Abgeordnete in Reichstag, Bundestag und Landtagen im Anhang. — (ulk)

ÜBERRASCHENDE ERKENNTNISSE? — BLUFF DES IDW

Als "offene Frage" gestatten sich die "Hauptprobleme der Rentenpolitik" von Achim Steffen zu bezeichnen, was Blüm als "mittelfristig" gesichert erklärt: die Rentenfinanzen bis 1989. Aber auch darüberhinaus werden in der vom Kapitalisten-Institut der deutschen Wirtschaft (IdW) herausgebrachten Broschüre Erkenntnisse präsentiert, die überraschen, denkt man z.B. an die dramatische Darstellung "Soziale Sicherung in der Zukunft" seitens der BDA 1982. Blüm wird "Kurzfristigkeit" vorgeworfen; Ehrenberg wird von dieser Seite teilrehabilitiert: Bemessung der Rentenbeiträge für Arbeitslose an ihren früheren Bruttolöhnen; und man stelle sich vor: "Bestand und die Funktionsfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung" seien "langfristig zu sichern, ohne die Versicherten und die Wirtschaft untragbaren Belastungen aussetzen zu müssen". Woher plötzlich die "optimistische Einschätzung"? Ganz einfach: Das Ergebnis wird vorausgesetzt. Nichts darf unternommen werden, "das mit der Produktivität der Wirtschaft und mit der Steigerung des Sozialprodukts in Konflikt gerät."

Was neu ist und Beachtung verdient: Angeraten wird den Kapitalisten eine Verdoppelung des Bundeszuschusses. Dessen Finanzierung bleibt allerdings im Dunkeln, es wird jedoch die indirekte Steuer als Quelle nahe gelegt. Und eine Erhöhung des Rentenalters nach dem USA-Modell ab Ende der 90er Jahre scheint abgemachte Sache zu sein. Noch in diesem Jahr soll das BVG die frühere Altersruhegrenze für Frauen als Verstoß gegen das Gleichheitsgebot beanstanden und vom Gesetzgeber Abhilfe verlangen. (Steffen, Achim: Hauptprobleme der Rentenpolitik, Deutscher Instituts-Verlag, Köln 1985 — haj)

1. Mai

KRITIK AN DER REGIERUNG, ABER KEINE KAMPFANSAGE

Etwa 700000 Arbeiter und Angestellte beteiligten sich nach Angaben des DGB an den diesjährigen Demonstrationen, Kundgebungen und Saalveranstaltungen zum 1. Mai. In den vergangenen Jahren hatte der DGB die Teilnehmer jeweils mit "einigen Hunderttausend" angegeben. Nach den uns vorliegenden Berichten hat sich die Beteiligung gegenüber den Vorjahren örtlich unterschiedlich entwickelt, nahezu überall jedoch beteiligten sich sichtbar weniger ausländische Arbeiter als in den Vorjahren, und auch über eine deutliche Beteiligung der Gewerkschaftsjugend liegen uns nahezu keine Berichte vor. Ein Teil der Arbeiter, die von der Regierungspolitik und den Angriffen der Kapitalisten mit am härtesten getroffen sind, haben sich in diesem Jahr allem Anschein nach von den Maiveranstaltungen ferngehalten.

Bundesarbeitsminister Blüm hat in diesem Jahr versucht, die Politik der Bundesregierung vor der DAG in Hannover zu verteidigen, und dort eine große Koalition gegen die Arbeitslosigkeit empfohlen. Er stieß auf Widerspruch, im Saal wurden die Regierungspläne auf Transparenten angegriffen. Auf die Angriffe, die die Redner des DGB auf ihren Kundgebungen gegen Regierung und teilweise gegen die Kapitalisten vortrugen, haben bislang weder Regierung noch Kapitalisten reagiert.

Die Kritik der Gewerkschafts-Sprecher bot ihnen auch wenig Grund. Zwar haben viele Redner die Solidarität und die Notwendigkeit des ge-

meinsamen Kampfes der Arbeiter beschworen, und viele Sprecher der Gewerkschaften haben in ihren Reden gegen das am 1. Mai in Kraft getretene Beschäftigungsförderungsgesetz mit harten Worten protestiert und die Bundesregierung kritisiert. Einen Ansatzpunkt, wie sich die Arbeiter und Angestellten in den Gewerkschaften erfolgreich wehren können, haben sie jedoch nicht vorgetragen. Als ein Beispiel für die von Sozialdemokraten im DGB geführte Kritik sei die ÖTV-Vorsitzende Dr. Monika Wulf-Mathies in Köln zitiert:

"Heute tritt ein Gesetz in Kraft, das die Stellung der Arbeitnehmer in unserer Gesellschaft verändern soll: — Ab heute gibt es eine gesetzliche Grundlage für ein Zwei-Klassen-Recht im Betrieb. — Ab heute werden Arbeitslose von der Bundesregierung offiziell zu Arbeitnehmern zweiter Klasse gestempelt. — Ab heute wird der Kündigungsschutz für werdende Mütter faktisch abgeschafft. Ab heute sollen die Arbeitnehmer bei jeder neuen Beschäftigung Proben ihrer Gelenkigkeit ablegen. — Ab heute werden Arbeitnehmerverleih, Arbeit auf Abruf, job-sharing und Arbeit ohne Sozialversicherungsschutz hoffähig gemacht ... Mit diesem Geschenk zum 1. Mai liefert die Bundesregierung ein Meisterstück unsozialer Politik: Sie schafft damit keinen einzigen neuen Arbeitsplatz, aber sie garantiert völlige Dispositionsfreiheit für Unternehmer. Sie schafft nicht mehr Beschäftigung, sondern gefügigere Arbeitnehmer."



1. Mai-Demonstration in Schleswig (links): "HBV gegen langen Samstag". Kiel (rechts): Die Volksfront beteiligte sich mit einem Transparent "Deutsche und Ausländer — gleiche Rechte, Wahlrecht!" Dahinter das gemeinsame Transparent von BWK und FAU/R.

Der IG Metall-Vorsitzenden Mayr argumentierte in Essen ähnlich, er fügte scharfe Angriffe auf die FDP hinzu. Der DGB-Vorsitzende Breit betrieb sich in Hamburg ausdrücklich auf den DGB-Aufruf zum 1. Mai und beschwor die Einhaltung des "Sozialstaatsgebotes" des Grundgesetzes.

So bitter die Angriffe auf das Beschäftigungsförderungsgesetz klingen, die Hauptkritik der meisten DGB-Redner an diesem Gesetz ist, daß es keine Arbeitsplätze schaffe. Man kann befürchten, daß die Ablehnung mancher Redner des DGB gegen die arbeiterfeindlichen Regierungsmaßnahmen erheblich geringer wäre, böte sich ihnen irgendeine Hoffnung auf Sinken der Arbeitslosenzahlen. Nach unserem Überblick hat kein Redner die Abschaffung des Gesetzes als konkretes Kampfziel der DGB-Gewerkschaften auch nur erwogen.

Die in den Demonstrationen mitgeführten Transparente und Losungen griffen z.T. die Forderung nach mehr Arbeitsplätzen auf, in vielen Transparenten wurden Forderungen gegen verschiedene Flexibilisierungsmaß-

nahmen und Lohnsenkungsabsichten erhoben. Losungen gegen Maßnahmen der Kapitalisten waren zahlreich, aber uneinheitlich.

Erfreulich ist, daß ein Schwerpunkt der Kundgebungen und Demonstrationen die Vorbereitung auf den 40. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus war. Vielerorts wurden Transparente getragen und Kundgebungsbeiträge gehalten, die sich gegen alten und neuen Faschismus und gegen den Revanchismus der BRD wandten.

Auf verschiedenen Kundgebungen wurden von Komitees und Gewerkschaftskörperschaften Geldsammlungen für die Unterstützung der unabhängigen schwarzen Gewerkschaften in Südafrika/Azania durchgeführt. Mehrfach forderten Sprecher die Freilassung der inhaftierten Mitglieder der Gewerkschaften und der politischen Opposition in Südafrika und in der Türkei.

Quellenhinweis: DGB-Presseerklärungen v. 30. April; eigene Berichte, siehe dazu auch: BWK-Nachrichtenhefte Woche 20/85 — (uld)



1. Mai-Demonstration in Hamburg. Über 1000.- DM wurden in Kiel, Hamburg, Hildesheim, Salzdetfurth und Stuttgart für die Unterstützung der schwarzen Gewerkschaften in Südafrika gesammelt.



Essen (links): IG Druck und Papier gegen FDP. Köln (rechts): Aktion einer GEW-Gruppe.



1. Mai-Demonstration in Freiburg (links) und Heilbronn (rechts).

HANDLOS GRÜNDET WEITERE RECHTE PARTEI

Passau. Am 4. Mai gründete der bis vor kurzem als Bundesvorsitzender der Republikaner (REP) tätige F. Handlos in Osterhofen (Niederbayern) auf einer Versammlung mit mehreren hundert Teilnehmern eine "Freiheitliche Volkspartei" (FVP). Er erklärte, die REP mit Voigt und Schönhuber seien zu "einer rechten Sektierpartei" geworden, die mit "den ursprünglichen Zielen" nichts gemein hätte. Das 1983 beschlossene REP-Programm soll von der FVP "im wesentlichen übernommen werden". Sowohl die Handlos-Gruppierung als auch Voigt und Schönhuber streben weiterhin die Landtagswahlbeteiligung 1986 an. Handlos verbreitete, insofern "Gespräche mit der ÖDP und der Bayernpartei führen zu wollen". Schönhuber und Handlos erklärten übereinstimmend, daß von den ursprünglich ca. 2700 Mitgliedern der REP bisher zwei Drittel bei dieser Partei verblieben. Insofern sind Presseverlautbarungen unrichtig, die behaupten, daß die Pläne von Schönhuber und Voigt, aus den REP "eine Sammelbewegung der neuen deutschen Rechten" zu machen, durch die Abspaltung gescheitert seien. — (ola)

BURSCHENSCHAFTER UNTER POLIZEISCHUTZ

Freiburg. Etwa 50 Burschen verschiedener Freiburger Verbindungen und Burschenschaften versammelten sich am 1. Mai auf dem Münsterplatz zu einem "Frühschoppen", da man wieder "Farbe zeigen" müsse. Die Fachbereichskonferenz der Uni, Vereinigung Revolutionärer Studenten, MSB Spartakus, Autonome und Teile der JuSos riefen zu einer Gegenkundgebung auf, der DGB bezeichnete den Aufmarsch als "arbeitnehmerfeindliche Provokation". Rund 150 Antifaschisten traten den Burschen, die von etwa 50 Polizisten mit Hunden geschützt wurden, entgegen. Nachdem ein Stuhl auf die Faschisten flog, setzte die Polizei Tränengas und Schlagstöcke ein. Daraufhin wurde eine Kundgebung abgehalten, in der Revanchismus, Elitförderung und Arbeiter- und Frauenfeindlichkeit der Burschen angegriffen wurden. Im weiteren Verlauf gingen bei Banken und Kaufhäusern sowie bei zwei Burschenschaftshäusern die Scheiben zu Bruch. Die Polizei nahm zehn Personen fest und führte, unterstützt von den Faschisten, Personenkontrollen in der Innenstadt durch. In den folgenden Tagen entfalteten Polizeiführung und Badische Zeitung eine Hetze gegen "die Chaoten". Daraufhin distanzieren sich die JuSos von den "Gewalttätigkeiten". Dagegen forderte die Uni-Vollversammlung die Einstellung aller Strafverfahren. — (Mak)



Essen. Etwa 100 türkische und kurdische Arbeiter demonstrierten am 11.5. zum türkischen Konsulat in Essen, weil der Bürgermeister von Fatsa am Schwarzen Meer, Fikri Sönmez, im Gefängnis von Amarya gestorben ist. Nach Meldungen aus der Türkei ist er gefoltert worden. Fatsa war ein Symbol des Widerstands gegen die Faschisten und gegen die Militärregierung. Gegen 1000 Bürger der Stadt läuft noch immer ein Prozeß. — (wof)

STRAFFPROZESS GEGEN ASTA-VERTRETER IN KÖLN

Köln. Am 13.5.85 wurde in nur einem Prozeßtag das Verfahren gegen den Kölner Asta-Vorsitzenden und den Finanzreferenten des Jahres 82/83 wegen "Veruntreuung" (§266 STGB) mit einer Verurteilung zu je 30 Tagessätzen à 20 DM abgeschlossen, beantragt hatte der Staatsanwalt 60 Tagessätze, die Verteidigung plädierte auf Freispruch. Vorgeworfen wurde den Angeklagten, daß sie "unter Verwendung zweckgebundener Gelder" (Teile der Beiträge, die alle Student/inn/en bezahlen müssen) "zahlreiche Schriften drucken ließen, die sich auf allgemein politische Themen bezogen." Dieses sog. allgemeinpolitische Mandat ist der Studentenschaft laut Hochschulgesetz aber verboten. Die Anklage enthielt 14 Einzelanträge mit einer "Schadenssumme" von über 17000 DM, von der beim Urteil noch vier Posten, mit einer Summe von 1000 DM veranschlagt, übrigblieben. Laut Urteil ist z.B. ein Flugblatt zu einer Veranstaltung über Unterdrückung in Südafrika verboten. — (mef)

BÜRGERRENTSCHEID VERHINDERT BUNKERBAU

Waldkirch (Krs. Emmendingen). Am 5. Mai stimmten 84 Prozent der Wähler bei einer Wahlbeteiligung von 43 Prozent (18300 Einwohner) in einem Bürgerentscheid gegen den Bau eines "Mehrzweckschuttraums". Damit haben sich die Gegner des kommunalen Bunkerbaus durchgesetzt, die seit nahezu einem Jahr in einem Aktionskreis unter der Hauptforderung "Kein Bunker in Waldkirch" das von der Freien Wähler Vereinigung (FWV) im Juli 1984 geforderte Projekt mit 2270 Bunkerplätzen in einer zweigeschossigen Tiefgarage zu verhindern versuchten. Der Aktionskreis, dem der Arbeitskreis atomwaffenfreie Zone,

Die offene Liste (DOL), Die Grünen, Arbeitskreis Dritte Welt, Jugendforum, Jusos, SPD, Aktion Jugendzentrum und die Politik- und Kulturgruppe Waldkirch angehören, hat mit über 30 Veranstaltungen, Aktionen etc. und über 30000 Flugblättern den Bunker als Kriegsvorbereitung angegriffen. — (kak)

KUNDGEBUNG DER VAPO UND FAP VERHINDERT

Aachen. In der Nacht zum 4. Mai kamen etwa 120 Neofaschisten nach Aachen. Unter der Bezeichnung "Volkstreue außerparlamentarische Opposition" (VAPO) kündigten sie einen Auftritt des "Führerstellvertreters" Brehl auf einer Kundgebung am Markt an. Gedacht war der Auftritt der Nazis als Wahlkampfbeitrag der FAP. — Etwa 250 Aachener Antifaschisten verhinderten diesen Plan der Nazis. Schon um 9 Uhr morgens formierte sich eine Demonstration durch die Stadt. Die Teilnehmer sorgten durch ihre Anwesenheit dafür, daß die Faschisten keine Kundgebung durchführen konnten. Zwölf Stunden lang waren die Antifaschisten auf dem Markt und den Straßen aktiv, bis die Neonazis aufgaben. — 58 Neonazis wurden von der Polizei verhaftet. Die Hälfte dieser Verhaftungen kam auf Druck der Antifaschisten zustande. Die andere Hälfte resultierte aus der in der Presse verschwiegenen Untat der Neonazis am Waldfriedhof, wo sie u.a. Grabsteine sowjetischer Zwangsarbeiter umwarfen. Die Polizei nahm auch fünf Antifaschisten fest, von denen sie zwei mit sieben Neonazis in eine Zelle sperrte! Ihre Ankündigung, die Kundgebung des DGB am 8. Mai in Aachen zu stören, machten die Neonazis nicht mehr wahr. Sie hatten erfahren müssen, daß die Aachener Antifaschisten nicht bereit sind, ihnen auch nur einen Fußbreit Boden zu überlassen. — (ti, Volksfront)

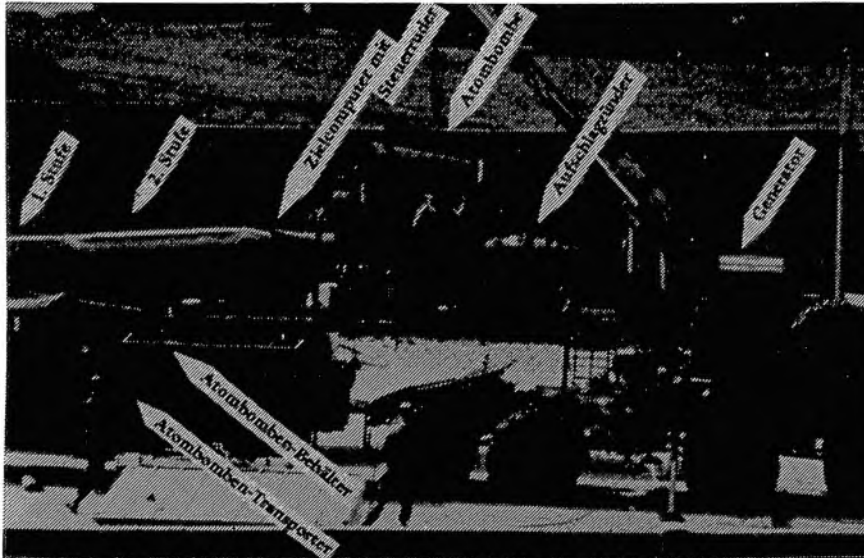
Wörner-Besuch in Heilbronn**HARTNÄCKIGER WIDERSTAND GEGEN
RAKETENBASIS WALDHEIDE**

Heilbronn. Der Pershing-II-Unfall am 11.1. auf der Waldheide (und damit die Gewißheit, daß tatsächlich stationiert wird) hat den Widerstand gegen die Raketenbasis im Unterland verbreitert: 12.1. Demonstration "The day after"; 24.1. einstimmiger Beschluß des Gemeinderates: Beseitigung des Raketenstandortes Waldheide, da Ballungsgebiet; 2.2. 10000 demonstrierten schweigend auf die Waldheide; 6.2. 1200 Menschen auf einer Veranstaltung mit A. Mechttersheimer; 8.2. Beginn einer unbefristeten, bis heute andauernden Blockade; 25.2. Der Kreistag spricht sich gegen den Raketenstandort Waldheide aus (gegen die Stimmen der CDU), ebenso 30 von 46 Landkreisgemeinden; 16.3. 1069 fahren mit Sonderzug nach Bonn; 8.4. 30000 beteiligen sich am Oster-

timilitaristische Friedensspazifisten" FRIDA über FRIDA) wurde eine nahegelegene Grillhütte zur Info- und Veranstaltungshütte umfunktioniert. GEW und andere Einzelgewerkschaften verlegen Seminare und Gewerkschaftstreffen bewußt ins 500 m entfernte Waldheim der AWO. Viele Blockierer, auch aus dem christlichen Lager betrachten die Blockade als praktische Umsetzung des Gemeinderatsbeschlusses vom 24.1. Die Blockade wird nicht nur von den Grünen unterstützt, sondern auch (zumindest verbal und mittels Fototermin) von der SPD-Ratsfraktion und dem DGB-Kreisvorsitzenden.

In dieser Situation fand der in Heilbronn mit Spannung erwartete Besuch des Ministers Wörner statt. Vor geladenen "Volksvertretern" wollte er mit

andere, Verstärkung wurde angefordert. Immer dringlicher stellte sich die Gretchenfrage: Wie findet man für Wörner und Ambrose (amerikanischer Heeresminister) ein Schlupfloch aus dem Heilbronner Rathaus? ... Bis 20 Uhr 30 (ab 18 Uhr d.Verf.) hielt sich Bundesverteidigungsminister Wörner im Amtszimmer des Oberbürgermeisters auf ... Wörner (wurde) durch die dunklen Gänge zur Hausmeisterwohnung geführt. Die Reaktion eines Journalisten: 'Na, dann können Sie sich ja schleichen.' Darauf der Bundesverteidigungsminister: 'Ein Wörner schleicht sich nicht.' sprach's, und eilte im Sturmschritt zum Dienstfahrzeug ... In der gleichen Ausgabe wurde eine üble Hetze gegen "Gewalttäter und Randalierer" begonnen. Die örtliche CDU kochte. Der Staatsapparat setzte übel nach, am 30.4.85 wurde ein Demonstrant mit sechs Polizisten aus dem Betrieb heraus verhaftet und erkennungsdienstlich behandelt, ihm soll eine Anzeige wegen "Widerstand gegen die Staatsgewalt" angehängt werden. Gleichzeitig beginnen die ersten Blockade-Prozesse vor dem Amtsgericht. Die Raketenbasis läßt sich nur noch mit Polizei- und Staatsapparat aufrechterhalten. "Wir behindern an Ort und Stelle den Kriegsbetrieb auf der Waldheide. Die Blockade geht weiter!!!" schreibt das Blockadeforum nach dem Wörner-Besuch. OB-Weinmann (CDU) ist der "Gemeinderatsbeschluß eine Bitte, die verpufft ist." — (jom)



Montage einer PershingII-Rakete auf der Heilbronner Waldheide. Mit hohen Betonwänden soll die Basis "sicherer", d.h. nicht mehr einsehbar werden.

marsch (zentral für Baden-Württemberg); 25.4. 2500 und ein ständiges Kommen und Gehen (Angaben nach Polizeifunk) beteiligen sich von 14 bis 22 Uhr an Aktionen gegen Wörners "Informationsschau"; 3.5. Bürgerversammlung "Raketenunglück auf der Waldheide und Folgen" mit ca. 900 Teilnehmern, von 32 Rednern aus dem Publikum ist einer ("Ich bin ein Sudentendeutscher") für die Stationierung.

Die Dauerblockade wird bei geringer Beteiligung als Beobachtung weitergeführt, an Sonntagnachmittagen gab es auch schon Aktionen mit bis zu 500 Teilnehmern vor den Zufahrtstoren. Bisher wurden von der Polizei 200 Blockierer festgenommen, betroffen sind ca. 130 Einzelpersonen. Die Aktionen um und auf der Waldheide bilden den Kern des Widerstandes. Von der Gruppe FRIDA ("gewaltfreie, an-

einem "abschließenden Untersuchungsbericht" "Ängste abbauen" und die Ruhe wieder herstellen. Der Versuch scheiterte, die Widerstandskräfte mobilisierten. Die SPD rief um 17 Uhr zu einer Kundgebung vor dem Rathaus auf, die Grünen riefen auf, Wörner mit einer Lärmkulisse zu empfangen und zu verabschieden, die DKP verteilte ein Flugblatt "Wörner — zu jeder Dreckarbeit für Reagan bereit?". Die Absicht der am 25.4. vor dem Rathaus versammelten Menschen war einheitlich: Blockade der Wörner-Abreise. Die Polizei, kurzfristig von 200 auf 500 verstärkt, spürte die Entschlossenheit. Statt einer geplanten Rede Wörners auf dem Marktplatz gab es einen unruhlichen Abgang, der sich am nächsten Morgen in der bürgerlichen Tageszeitung wie folgt las: "Eine Einsatzbesprechung jagte die

Nicaragua**LUMMER UND REAKTIONÄRE PROVOZIEREN**

Westberlin. Am 25.4.85 eröffnete Innensenator Lummer im Rathaus Schöneberg eine Ausstellung mit dem bezeichnenden Titel: "Nicaragua libre — Land ohne Freiheit". Anwesend war auch der gescheiterte Präsidentschaftskandidat Arturo Cruz.

Verantwortlich für dieses Machwerk zeichnen die beiden reaktionären Verbände "Internationale Arbeitsgemeinschaft 'Freiheit und Demokratie' e.V." (IAFD) und die "Internationale Gesellschaft für Menschenrechte" (IGFM). Innensenator Lummer nannte die Ausstellung ein "Stück notwendige Provokation".

Mehr als hundert Demonstranten, die gegen diese Provokation protestierten, bekamen die humanitären Ambitionen des um die Einhaltung der Menschenrechte in Nicaragua so besorgten CDU-Senats am eigenen Leib zu spüren: Sie wurden im Rathaus Schöneberg brutal zusammengeknüpelt. Es gab mehrere Verletzte und Festnahmen.

Die sehr plakative Ausstellung — zehn großformatige Fototafeln —

macht den Versuch, Nicaragua als eine der blutrünstigsten Diktaturen Lateinamerikas darzustellen, in der der entfesselte sandinistische Mob regiert, mordet, verschleppt, vergewaltigt, foltert und brandschatzt. Wörtlich heißt es dort u.a.: "Das heutige Nicaragua ist zu einem großen Gefängnis geworden. Seit 1979 gibt es mehr politische Gefangene als zur schlimmsten Somoza-Zeit." — "Die Leichen von drei Häftlingen wiesen Spuren von Gewalttätigkeiten und abscheulichen Folterungen auf." — "Wo immer die Sandinisten ein Dorf besetzten, wurden die Frauen vergewaltigt."

In diesem Stil geht es fort; das Ganze ist werbewirksam mit bluttriefenden Schwarz-weiß-Fotos garniert. Innenminister Tõmas Borge wird getreu dem Motto "nur ein toter Indianer ist ein guter Indianer" folgendes Zitat in den Mund gelegt: "Wenn es erforderlich ist, werden wir den letzten Miskito ausrotten."

Kaum zu erwähnen braucht man die Tatsache, daß über den Terror der Contra, über Infiltration und Intervention kein Wort verloren wird.

Die Anti-Nicaragua-Ausstellung ist jetzt zu besichtigen im Büro der "Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte" in der Wilsnacker Straße. Offensichtlich ist es etwas zu heiß geworden: Es hieß, daß man die Ausstellung im Rathaus Schöneberg "über den 8. Mai nicht behalten wollte." — (biw)

"Schlageterfeier"

GEGENAKTIONEN GEPLANT

Lörrach. Mit großdeutscher Propaganda, Ordensverleihungen, Kranzniederlegungen, Hetze gegen Ausländer und Gewerkschaften soll auch dieses Jahr wieder eine "Schlageter-Gedenkfeier" stattfinden, diesmal wieder in Schönaus/Südschwarzwald.

Schlageter wurde 1923 von den Franzosen wegen Sabotageakten standrechtlich erschossen und wird seither von den Faschisten als "deutscher Held" gefeiert. Der Initiator der jährlichen Schlageter-Feiern, Kessebrock (ehemals NPD, jetzt "Deutsche Nationalisten") 1983: "... Das einzige Verbrechen, das er beging, war, daß er hinging, wenn er gerufen wurde, Land, Familie, Volk und Heimat zu verteidigen." Schlageter, deutscher Offizier und Freikorpsmitglied, leitete nach Teilnahme am 1. Weltkrieg Freikorps-Einsätze in Lettland, im Ruhrgebiet und Oberschlesien. 1919 erhielt er dafür von der Deutschen Legion/Regiment Baden das russische Bürgerrecht und 500 Morgen Siedlerland in Kurland. Verständlich daher, daß 1983 auch der "Bund Heimatvertriebener

und Entrechteter" und der "Bund ostpreußischer Landsmannschaften" Teilnehmer der Feierlichkeiten waren.

Kessebrock hatte am 12.1.85 in Gottenheim (Kaiserstuhl) den "Deutschen Schutzbund Albert Leo Schlageter" gegründet, der sich als erstes Ziel die Organisation der Schlageter-Feier setzte. Die Rede war auf dieser Versammlung von "Auschwitz-Lüge", der Notwendigkeit einer Waffen-SS sowie von dem Ziel: "Deutsches Reich in den Grenzen von 1939" — also einschließlich von Gebieten, die heute völkerrechtlich zur Sowjetunion, Polen, der CSSR und Österreich gehören. Die letzten Feiern seien ihm zu "lasch" gewesen; Kessebrock sprach von einer Schutztruppe gegen kommunistische und andere Gegner.

Seit 1978 gab es Gegenaktionen gegen diese Feiern. Ein großes Polizeiaufgebot schützte die Veranstaltung der Faschisten jedes Jahr. In der Stadt Schönaus wurden zunehmend Stimmen laut nach einem Verbot. Die SPD verlangte im Gemeinderat die Einebnung der Grabstätte. Doch die Behörden lehnen ein Verbot unter Berufung auf das Versammlungsgesetz ab.

Der Ortsvorstand der IG Metall Lörrach hat jetzt beschlossen, das Antifaschistische Komitee, das mit dem DGB die Gegenaktionen in den letzten Jahren organisiert hatte, zusammenzurufen und auf jeden Fall zu einer Gegenkundgebung in Schönaus aufzurufen.

Die GRÜNEN haben vor einigen Wochen eine kleine Anfrage im Landtag Baden-Württemberg eingebracht: Die Landesregierung solle prüfen, ob die Schlageter-Feier nicht gegen die vom Alliierten Kontrollrat 1945 erlassenen Gesetze Nr. 2 und 8 verstoße, wonach die Neugründung nationalsozialistischer Organisationen sowie faschistische Propaganda verboten seien. Der SPD-Abgeordnete Brinkmann und fünf seiner Kollegen haben die Landesregierung aufgefordert, über die Schlageter-Feier und den "Deutschen Schutzbund" zu informieren und verlangen ein schärferes Vorgehen gegen Neonazis. — (ulb)

"Waldsterben"

AKTION KONSERVATIVER NATURSCHUTZVERBÄNDE

Passau. Ende April rief eine Aktionsgemeinschaft "Rettet den Bayerischen Wald" zu einer Kundgebung in Passau gegen das "Waldsterben" auf. Die Veranstaltung war unter das christliche Motto gestellt: "Frieden mit sich, den Menschen und der Umwelt". Als Träger zeichneten so unterschiedliche Interessengruppen wie der Bund Naturschutz, der Waldbesitzerverein und verschiedene Kreisjugend-

ringe. Vertreter der Kirchen sowie der sich als "radikaler Ökologe" bezeichnende Schriftsteller C. Amery waren als Redner geladen. Politische Parteien wurden nicht zugelassen. Die CSU war allerdings mindestens insoweit repräsentiert, als ein Bürgermeister der Stadt Passau ein "solidarisches Grußwort" übermittelte.

Dem Aktionsaufruf folgten in erster Linie Anhänger der GRÜNEN. Für Aufruf und Reden waren drei Gedanken kennzeichnend: Die Herstellung einer Gemeinschaft von "Betroffenen" völlig gegensätzlicher Interessen — nämlich "zur Sicherung unserer Le-



Hauptsächlich GRÜNE demonstrieren

bensgrundlagen", für "den Erhalt des Rohstoffes Holz" und in der Folge von "privatem Waldbesitz, Holzhandwerk, Holzindustrie und hunderttausender Arbeitsplätze", aber auch hinsichtlich der "Verursachung". Genannt werden als Verursacher "Industrieanlagen, Hausbrand, Kraftverkehr" und letztlich "unser Verbrauch fossiler Brennstoffe". Desweiteren waren "Appelle" charakteristisch, "bei sich selber anzufangen, statt solche an andere zu richten". Soweit — zum Dritten — "Kritik" an Staatsorganen geübt wurde, gipfelte sie in dem Vorwurf "mangelnden Willens zu kompromißlosem Handeln".

In diesem Sinne erhielt Amery Beifall, als er sich gegen das "Harmonie"-Gerade seiner pfäffischen Vorredner wandte. Keine Einwände schien er zu haben gegen "Grundpositionen" der CSU, wie sie z.B. in dem Papier "Umweltpolitik in den 80er-Jahren" entwickelt sind: Gegen "staatlichen Dirigismus" — Erhalt "bürgerlicher Freiheiten", für das Prinzip der "kleineren Einheit" (Subsidiarität) und "Sanierungsmaßnahmen" nur, soweit durch "volkswirtschaftliche Erträge finanzierbar". Amery propagierte als "Minimalkonsens der ökologischen Bewegung" die "Umstellung des Steuersystems auf ökologische Buchführung" als "marktwirtschaftlich wirkendes Mittel". — (ola)

Öffentlicher Dienst

KOALITIONSVEREINBARUNGEN DES SENATS ÖTV-VERANSTALTUNG GEGEN SENATSPROGRAMM

Westberlin. Am 6. Mai hatte der Bezirksvorstand der ÖTV in Westberlin zu einer größeren Funktionärsversammlung eingeladen. In der Einladung hieß es: "Schon aus der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und F.D.P. war zu entnehmen, daß Privatisierungsmaßnahmen geplant sind, die Aufgabenkritik fortgesetzt und das Personalvertretungsgesetz verschlechtert werden soll. Wir sind der Auffassung, daß in unserer Organisation eine Diskussion über die Auswirkungen dieser Senatspolitik stattfinden muß."

Mit ca. 150 Teilnehmern war die Veranstaltung schlechter besucht, als die ÖTV erwartet hatte, was angesichts der zahlreichen dort vorgetragenen Informationen bedauerlich ist. Vorgetragen wurden vier Referate von den jeweils zuständigen Bezirksvorstandsmitgliedern zu den Bereichen Eigenbetriebe, Verwaltung, Krankenhäuser und zum Personalvertretungsgesetz.

Bei den Eigenbetrieben hat der Senat weitere Privatisierungen angekündigt. Bei der Berliner Stadtreinigung (BSR) wird zukünftig vor allem das Problem der Abfalldeponierung konzentriert, während zunehmend private Unternehmen in die Müllabfuhr einsteigen werden. Schon jetzt ist es so, daß die Abladeentgelte pro Tonne für die privaten Unternehmen so niedrig sind, daß nicht einmal die Selbstkosten dafür gedeckt sind, so daß die BSR private Unternehmen subventioniert.

Entsprechend der Steigerung von Arbeitsintensität und Personalabbau durch die Einführung größerer Müllbehälter in der Müllabfuhr plant der Senat über eine Änderung des Straßenreinigungsgesetzes eine Einschränkung der Häufigkeit der Straßenreinigungen und die Vergrößerung der zu bearbeitenden Reviere.

Bei den Verkehrsbetrieben hat der Senat schon in der letzten Legislaturperiode den Nahverkehr dem Individualverkehr gleichgestellt. Nachdem zum 1. Mai eine erneute Tarifierhöhung in Kraft getreten ist, läßt der Senat jetzt ein gestaffeltes Tarifsysteem überprüfen, nach dem billige Kurzstreckentarife vor allem in den Stadtzentren und dafür entsprechend teurere Langstreckentarife für die Randgebiete eingeführt werden sollen.

In den Verwaltungsbereichen hat der Regierende Bürgermeister Diepgen eine Fortführung der Aufgabenkritik angekündigt, die nicht in pauschalen, sondern begründeten Stellenstreichungen münden soll. In den Haupt- und Bezirksverwaltungen hat-

te das Stellenplanvolumen 1984 wieder das Niveau von 1978 erreicht. Der Stellenrückgang ist im Arbeiterbereich mit 9,3% am höchsten, bei den Angestellten beträgt er 3,2% und bei den Beamten 1,2%. Im Beamten- und Angestelltenbereich finden diese Rationalisierungen zum größten Teil im einfachen und mittleren Dienst statt. 10% des Stellenabbaus seit 1981, so schätzt die ÖTV, wurden mit der "Aufgabenkritik" durchgesetzt. Dagegen, so der Referent, sei es u.a. notwendig, eine Reduzierung der Jahresarbeitsminuten durchzusetzen, die der Senat im letzten Jahr erhöht hat.

Verhältnismäßig ausführlich wurde die Entwicklung in der Gesundheitsversorgung behandelt. 1984 gab es sieben Krankenhäuser und 2607 Betten weniger in der Stadt als noch 1981. 2000 der beseitigten Betten waren in städtischen Krankenhäusern. Den Trend, die städtischen Krankenhäuser zu schließen, und wo nicht ersatzlos, dann an karitative Verbände zu übergeben, verfolgt der Senat weiter. Derzeit plant er die Schließung eines Krankenhauses des DRK, weil Schering Interesse an dem Gelände hat, und dafür will er dem DRK das Krankenhaus Moabit anbieten, nachdem in diesem Krankenhaus in den letzten Jahren Millioneninvestitionen getätigt wurden. Der Senat plant, Westberlin zu einem Zentrum in Europa für Herzkrankheiten zu machen. Dies, so der Bezirksvorstand, habe mit flächendeckender Gesundheitsversorgung nichts zu tun, fördere die eingeleitete Entwicklung von 2-Klassen-Krankenhäusern und liegt auf der Ebene wie die Bundesgartenschau und ähnliche "Berlinprojekte".

Außer der zunehmenden Beschäfti-

gung von ABM-Beschäftigten in den Krankenhäusern, derzeit etwa 800, sind offenbar Überlegungen im Gange, auch in den Krankenhäusern mit Saisonarbeitern zu arbeiten, da es auch in den Krankenhäusern nachweisbar Spitzenbelastungszeiten gibt. Kritisiert wurde von dem Bezirksvorstand vor allem auch der Ausbau von Sozialstationen und der Hausaltspflege, die die Gesundheitsversorgung verschlechtern und die Tarife für die dort (wenn nicht sowieso ehrenamtlich) Beschäftigten unterlaufen.

Schon in der letzten Legislaturperiode hatte der Senat, nach einem gescheiterten Gesetzesvorhaben der F.D.P., eine Kommission zur Überarbeitung des Personalvertretungsgesetzes gebildet. Der Bericht liegt jetzt vor, und er enthält z.B. die Beseitigung der Mitbestimmung bei der Anordnung von Überstunden und Mehrarbeit, Umwandlungen von Mitbestimmungen in Mitwirkungsangelegenheiten unter anderem unter dem Gesichtspunkt, die Einigungsstelle auszuschalten. Die ÖTV hat einen eigenen Gesetzentwurf zur Personalvertretung erarbeitet und wird diesen in nächster Zeit auf einer Veranstaltung vorstellen.

Der Bezirksvorstand der ÖTV in Westberlin hat sich seit einiger Zeit um eine gute Informationspolitik bemüht. So hatte er z.B. vor den Wahlen eine 52-seitige Broschüre herausgegeben mit dem Titel "Bilanz einer Wende". Nur ist das Problem nicht geklärt, wie gegen all diese Maßnahmen der Reaktion vorgegangen werden soll. Zwar forderte er auf der Veranstaltung außer zu allgemeinen Zusammenhalte-Appellen auch dazu auf, keinerlei Überstunden zuzustimmen und kündigte an, daß die ÖTV wieder mehr auf die Straße gehen und das Demonstrieren nicht nur anderen überlassen werde. Auf eine Schwerpunktsetzung, z.B. die nächste Tarifrunde, ließ er sich jedoch nicht ein. — (gug)

SENATSKOALITION ZUM ÖFFENTLICHEN DIENST

"... Öffentliche Aufgaben sind auf die originären Leistungsbereiche zu konzentrieren. Andere zur Zeit vom Land Berlin wahrgenommenen Aufgaben sind, wenn es verantwortbar und unter Effizienzgesichtspunkten sinnvoll ist, in den privaten Bereich zu verlagern.

Gesundheitspolitik: therapeutische Wohngemeinschaften für psychisch Kranke bei gleichzeitiger Rücknahme von Krankenhausbetten im psychiatrischen Bereich. ... Erarbeitung des Sektions- und Transplantationsgesetzes.

Eigenbetriebe: Die Eigenbetriebe müssen verstärkt nach

kaufmännischen Gesichtspunkten wirtschaften können. Eigenverantwortung ist zu stärken... Die Koalitionsparteien erklären ihre Absicht, noch im Laufe dieser Legislaturperiode im Interesse der Kunden den vollen Wettbewerb herzustellen und den Anschluß- und Benutzungszwang aufzuheben...

Innere: Flexibilisierung der Arbeitszeitregelungen im öffentlichen Dienst. Überprüfung des Personalvertretungsgesetzes, insbesondere im Hinblick auf die geltenden Fristenregelungen (Beschleunigung des Einstellungsverfahrens) und die Einführung vorläufiger Maßnahmen vor dem Hintergrund der Regelungen in den anderen Bundesländern und in Bonn."

Graubremse

ECHLIN-KONZERN STARTET FELDZUG

Heidelberg. Vor zehn Monaten hat sich der US-Konzern Echlin die konkursreife Graubremse unter den Nagel gerissen. Die Angriffe auf die Belegschaft sind noch schärfer geworden. Zum April wurden einseitige Änderungen bei den Leistungszulagen aller Angestellten vorgenommen. Im Schnitt werden 12 % Zulage gezahlt. Tariflich stehen 10 %, auf die die tariflichen Zulagen jetzt gedrückt wurden. Der Rest wurde zu "freiwilligen, jederzeit widerrufbaren Zulagen" erklärt, was in vielen Fällen bis zu 150 DM ausmacht. Bei den Zeitlöhnen ist ähnliches zu erwarten. Hier liegen die tariflichen Leistungspunkte bisher bei durchschnittlich 22 % (Tarif: 16 %).

Mit Betriebsvereinbarungen, Tarifverträgen und Mitbestimmungsrechten springt Echlin schon um, wie Blüm, Haussmann & Co. es propagieren: "Wir werden uns bemühen, das Betriebsverfassungsgesetz einzuhalten" (Original-Hausmitteilung). Seit 1.5.85 wird täglich 18 Minuten verkürzt gearbeitet. Für die Spätschicht wurden daraus drei Minuten gemacht, indem kurzerhand eine übertarifliche Pause angerechnet wurde. In der eigentlichen 38,5-Stunden-Vereinbarung ist der Betriebsrat vor die Einigungsstelle und fordert freitags 1,5 Stunden weniger für alle. Die Kapitalisten wollen laut Betriebsvereinbarungsentwurf 113 Arbeiter der Fertigung (ca. 2/3) weiter 40 Stunden schaffen lassen und dafür ca. 400 Beschäftigte auf 38 Stunden setzen— selbst in der weiten Flexi-Landschaft einmalig.

Auf der Betriebsversammlung am 25.3.85 stellte die Geschäftsführung wegen der "Uneinsichtigkeit des Betriebsrats und der IG Metall" der Belegschaft folgendes Ultimatum: entweder sie gibt in zwei Tagen ihr Ja zur Schließung von Abteilungen und 70 Entlassungen, oder der Betrieb wird ganz dichtgemacht und verlagert. "Schriftliche Meinungsumfrage"-Zettel wurden verteilt. Die 200 Anwesenden auf einer kurzfristig einberufenen IGM-Mitgliederversammlung beschlossen einstimmig, die Zettel werden am nächsten Morgen vor dem Tor durch den Betriebsrat eingesammelt und von der Belegschaft in der Pause verbrannt (s. Bild vom 27.3.85).

Die Geschäftsführung kommt mit ihren Spaltungsabsichten nicht hin. Bereits am 4.3. hatten die Beschäftigten im Beisein von Rundfunk und Presse das Hausverbot gegen den 1. Bevollmächtigten der IGM dadurch durchbrochen, daß sie ihn ins Betriebsratsbüro trugen. Der eigens



Geschäftsführungs-"Meinungsumfrage" wird vor dem Tor verbrannt.

engagierte Personalleiter "mit Verhandlungsgeschick mit Betriebsräten" brachte es in drei Monaten auf immerhin 25 Abmahnungen, hauptsächlich gegen Vertrauensleute und Betriebsräte. Sieben zog er selbst wieder zurück, in neun Fällen, u.a. wegen "wildem Streik", hat Echlin vorletzte Woche vor Gericht verloren. Weitere Prozesse laufen, auch Beschlußverfahren des Betriebsrats aufgrund von Verstößen gegen Betriebsvereinbarungen und Tarifverträge. Den Leistungszulagen-Streit will der Personalchef jetzt in einem "unabhängigen Rechtsgutachten" prüfen lassen. Erneute Massen-Gerichtsklagen sind in Vorbereitung. — (aro)

Fernfahrer

FRISTLOSE KÜNDIGUNG WEGEN STREIK

Dortmund. 15 Güterverkehr-Fahrer der Dortmunder Speditionsfirma "Franz Wiechers" erhielten am 2. Mai mit der Lohnabrechnung eine Änderungskündigung. Die Fahrer wurden bis dahin übertariflich bezahlt und hatten einen Monatslohn von ca. 2500 bis 2700 DM. Begründung des Firmenchefs Franz Wiechers: "Aus wirtschaftlichen Gründen kann das Unternehmen die bisherigen übertariflichen Löhne ab 1. Juni nicht mehr bezahlen." Nur noch den tariflich festgelegten Zuschlag von 25 % einer Überstunde erhalten die Fahrer, wenn sie die Arbeit nach Dienstschaft nicht im Rahmen der Doppelwochen-Disposition abgefeiert haben. Sollten die Arbeiter nicht bereit sein, zu diesen Bedingungen weiterzuarbeiten, droht Wiechers mit der Beendigung des Arbeitsverhältnisses zum 31. Mai. Er sieht "in der Änderungskündigung keine Besonderheit, da bisher 'freiwillig' über Tarif bezahlt wurde. Am 1. Juni erfolgt somit nur eine Änderung hin zum Tariflohn." Den Arbeitnehmern werde

dadurch nichts genommen.

Seit mehr als 15 Jahren bekommen die Fahrer der Spedition Wiechers 12 % des Umsatzes als Zuschlag. Nach dem geänderten Vertrag hieße das rund 1000 DM weniger pro Monat. Betriebsrat Egon Trippe: "Unser Lebensstandard ist auf den bisherigen Lohn ausgerichtet. Wie sollen wir denn von dem Gehalt unsere Familien ernähren." Zwölf von den fünfzehn Fahrern wollten sich mit dem Vertrag nicht abfinden und organisierten einen Warnstreik, worauf sie die fristlose Kündigung wegen Arbeitsverweigerung erhielten. Die Fahrer reichten Klage beim Arbeitsgericht ein, die aber keine aufschiebende Wirkung hat. Da die Kündigung auf Selbstverschulden zurückzuführen sei, erhalten die Fahrer nach dem Gesetz auch vom Arbeitsamt sechs Wochen lang kein Geld.

Klaus Utz von der Gewerkschaft Öffentliche Dienste Transporte und Verkehr versuchte einen ganzen Vormittag über zu vermitteln, jedoch ohne Erfolg. "Formal ist die Änderungskündigung korrekt, da bisher übertariflich entlohnt wurde."

Am 4. Mai vor Arbeitsbeginn um sieben Uhr versammelten sich die zwölf Fahrer vor dem Werkstor der Firma Wiechers, um ihre Dienste zu den alten Bedingungen anzubieten. Bei ihrem Gespräch mit dem Geschäftsführer Hans Hermann hatte eine dreiköpfige Delegation keinen Erfolg. Egon Trippe erhielt sogar Hofverbot. Einem anderen Fahrer wurde sogar die Werkswohnung gekündigt.

Nach erneuten Verhandlungen wurde die Kündigung am 6. Mai wieder aufgehoben. Die Fahrer erklärten sich mit einer Zahlung nach geltendem Tarif und zusätzlich 8 % Umsatzbeteiligung pro Fahrzeug bereit. Für die Zeit der Kündigung erhalten die Fahrer kein Geld.

Quellenhinweis: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Westfälische Rundschau— (dae)



Sozialhilfe in Lüneburg

DRASTISCHE SENKUNG DES ELENDSSTANDARDS MACHT AUSBAU VON ZWANGSARBEIT MÖGLICH

Lüneburg. "Unhaltbare Verhältnisse ... Minibüros, enge Warteflure, die wie die Amtsstuben dürftig möbliert sind. Als Aschenbecher gibt es allenfalls abgeschnittene Konservendosen. Dazwischen krabbeln Kleinkinder herum. Aggressionen stauen sich auf, die sich nicht selten beim Sachbearbeiter entladen", beschreibt die Landeszeitung (LZ) die Umstände, unter denen Lüneburger Sozialhilfeempfänger ihre Ansprüche geltend machen müssen. Mehr als 1000 "Zahlfälle" hat das Sozialamt derzeit registriert. Insgesamt sind das – mit Familienangehörigen – mehr als 2000 Personen, über 3 % der Lüneburger Bevölkerung. Die Sachbearbeiter müssen heute 350 Fälle mehr bearbeiten als 1979, mit gleichem Personalstand. Die Verhältnisse auf den Wartefluren lassen ahnen, was der Staat meint, wenn er ein Leben verspricht, das "der Würde des Menschen entspricht" (§1 BSHG).

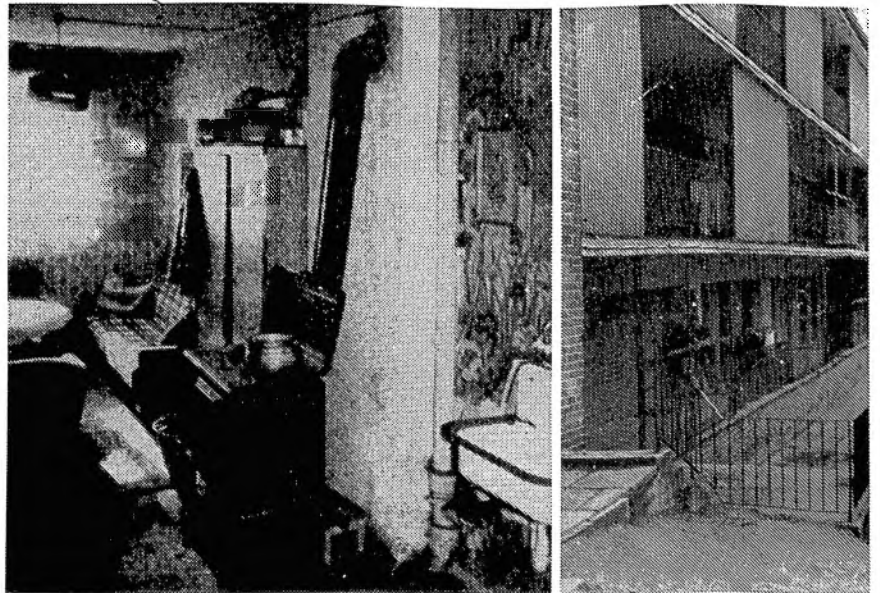
Frau D. ist eine von 193 Frauen, die unter der Rubrik "Ehescheidung" bzw. "Ernährer sorgt nicht" in der Ursachenliste für die Hilfsbedürftigkeit auftaucht. Ihre Kinder sind zwei und vier Jahre alt. Vom Sozialamt erfährt sie: Scheidungsurteil vorlegen, Unterhaltsklage einreichen, Wohngeld beantragen, Kontoauszüge des letzten halben Jahres vorlegen. Mit 231 DM Wohngeld, 150 DM Kindergeld und 973,45 DM Sozialhilfe soll Frau D. ihr menschenwürdiges Leben gestalten.

Der Sozialhilfesatz bemißt sich nach dem Warenkorb, der 1970 berechnet wurde. 1981 wurde er überarbeitet; der "Deutsche Verein für private und öffentliche Fürsorge" kam zu dem Schluß, daß die Sozialhilfe um 31,3 % erhöht werden müsse. Tatsächlich wurde sie nicht erhöht, seit 1982 nicht mal mehr an die Preissteigerungsrate angeglichen. Erzwungen wird ein Leben mit mangelhafter Ernährung, ohne Mittel für Gesundheitsvorsorge, Sport, Urlaub, die Teilnahme am kulturellen und gesellschaftlichen Leben ist so gut wie ausgeschlossen.

Durch die niedrigen Regelsätze ist der Standard der Sozialhilfe gegenüber 1971 drastisch verschlechtert. Die hohen Miet- und Heizkosten unterhöheln den Regelsatz auf einen noch niedrigeren Elendsstandard: das Lüneburger Sozialamt erkennt nur 1,43 DM pro qm an Heizkosten an. Frau D. bekommt z.B. 107,45 DM angerechnet, muß aber monatlich 184 DM an die HASTRA zahlen. Bei der Miete verfährt das Sozialamt nach §8 des Wohngeldgesetzes, der die Mietwertobergrenzen festlegt. Frau D. werden lediglich 500 der 583 DM

Mietkosten anerkannt. Das bedeutet für sie, daß sich ihr vom Sozialamt ermittelter "Bedarf" von 747,20 DM (Regelsätze plus 20 % Mehrbedarf) um 159,45 DM reduziert. Sie hat für sich und die Kinder monatlich ganze 587,45 DM zum Leben. Alle halbe Jahr hat Frau D. Anspruch auf Bekleidungsbeihilfe, ganze 420 DM für die drei Personen, umgerechnet 70 DM im Monat. Werden zusätzliche Bedürfnisse angemeldet, muß ein Sozialarbeiter diese für gerechtfertigt halten und schriftlich gegenüber dem Sozialamt

dauernde Lohnsenkungen sind die Mieten in Lüneburg für viele unerschwinglich geworden. Allein von 1980 auf 1982 hat sich die Zahl der Zwangsräumungen von 40 auf 80 verdoppelt. Wer niemanden hat, bei dem er unterkommen kann, wird in eine der städtischen Obdachlosenwohnungen eingewiesen. Im Ziegelkamp leben 160 Erwachsene und Kinder auf engstem Raum. Die meisten Wohnungen haben nur zwei Räume, ohne Dusche und Toilette. Entweder schlafen die Erwachsenen in der Küche und die Kin-



Städtische Obdachlosenwohnungen am Ziegelkamp 63

befürworten, in der Regel nach vorheriger Prüfung durch einen Hausbesuch. Die Entscheidung liegt dann im Ermessen des Sozialamts.

In ihrer bisherigen Wohnung kann Frau D. unter diesen Umständen nicht bleiben. Eine billigere zu finden, die den Vorstellungen des Sozialamts entspricht, ist fast aussichtslos. Nach einer Wohnraumanalyse, die Fachhochschulstudenten in Lüneburg durchgeführt haben, blieben von 500 freien Wohnungen 24 bis 53 für Frauen in einer vergleichbaren Lage übrig. Die Quadratmeterzahlen bewegen sich zwischen 30 und 84, Heizmöglichkeiten und sanitäre Einrichtungen blieben unberücksichtigt. Eine andere Sozialhilfeempfängerin, mit amtlich "anerkannter" Wohnung, berichtet, daß sie mit ihrem Mann und den drei Kindern in einer 49 qm-Wohnung leben muß. Sie ist total erschöpft, nervös, verhärtet.

Obdachlosenunterkunft

Durch steigende Arbeitslosigkeit (der DGB schätzt sie auf fast 20 %) und

der im zweiten Raum, oder umgekehrt, je nach Kinderzahl. Die Wohnungen sind feucht, die Tapeten fallen von den Wänden. Viele wohnen zehn Jahre und länger im Ziegelkamp, der auch "Kong" oder "zum blutigen Knochen" genannt wird. Eine Frau berichtet: "Ich war fertig. Jede Nacht der Lärm. Täglich werden Scheiben eingeschmissen (weshalb die Stadt einfach Bretter vor die Fenster nageln läßt), täglich Schlägereien. Die Kinder saßen nachts senkrecht im Bett, konnten nicht schlafen. In der Schule sind sie eingeschlafen. Nee, hab ich gesagt, noch ein Jahr so weiter und ich bin reif für die Klapsmühle."

Pflichtarbeit

Seit Jahren werden in Lüneburg Sozialhilfeempfänger zur Pflichtarbeit eingesetzt. Die LZ stellt einen von ihnen vor. Peter K., 26 Jahre alt, arbeitslos. Das Sozialamt will nach §20 BSHG den "arbeitsentwöhnten Hilfesuchenden an Arbeit gewöhnen". Mit Hilfsarbeiten und Papiersammeln beim Stadtreinigungsamt am Zeltberg, für zwei Mark die Stunde, prüf-

das Sozialamt seine "Bereitschaft zur Arbeit". Der "leichte Druck", mit dem er laut LZ dazu gezwungen werden muß, ist im §25 BSHG festgeschrieben: "Wer sich weigert, zumutbare Arbeit zu leisten, hat keinen Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt." Ein anderer Sozialhilfeempfänger, der auf dem Friedhof die Pflichtarbeit ableistet, sagt uns, er sei froh darüber. Durch die Arbeit weiß er, wie er die Zeit totschiessen kann, und die 72 DM kann er gut brauchen.

Lüneburger Modell

Seit 1982 schließt die Stadt befristete Arbeitsverträge mit Sozialhilfeempfängern ab. Voraussetzung ist, daß sie ein halbjähriges "Arbeitstraining" erfolgreich absolviert haben. Wer ein halbes Jahr lang täglich bis zu acht Stunden seinen Arbeitswillen, für 80 DM im Monat, dokumentiert hat, hat Aussicht auf einen befristeten Arbeitsvertrag von mindestens sechs Monaten. Stundenlohn: 9,81 DM. Ansprüche aus dem Tarifrecht haben die Sozialhilfeempfänger nicht. Dadurch, daß sie sozialversicherungspflichtig

sind, haben sie nach diesem halben Jahr wieder Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung und die Aussicht, aus den Klauen des Sozialamts herauszukommen. 1984 gibt es in Lüneburg 24 derartige Arbeitsverträge. Sozialhilfeempfänger sind in folgenden Einrichtungen beschäftigt: Anna-Vogel-Heim (8), VfL Lüneburg (3), Salinenmuseum (4), MTV Treubund (2), Reit- und Fahrverein (2), AWO (2), LSK (1), Sonnenhof (1). Offizielle Voraussetzung der Stadt ist, daß die Arbeit "zusätzlich und gemeinnützig" sein soll. Was sie darunter versteht, wird am städt. Altersheim Anna Vogel-Heim deutlich. Acht Sozialhilfeempfängerinnen arbeiten dort in der Küche, ersetzen also fehlende Planstellen. Die Konkurrenz unter den Sozialhilfeempfängern, die gezwungen sind, nach dem "Lüneburger Modell" zu arbeiten, ist immens. Wer sich hervortut, kann auf Verlängerung des Arbeitsvertrages hoffen, einige wenige sogar auf einen festen Arbeitsplatz. Das verstärkt den Druck auf die Arbeitsbedingungen der Kollegen mit Tarifvertrag.

"Einmalig", schwärmt Ratscherrin Pulsfort (CDU) als Vorsitzende des Sozialausschusses. Stadtrat Schumann (FDP) bezeichnet das "Lüneburger Modell" als "richtungsweisenden Weg". Denjenigen, die die Zwangsarbeit verrichten müssen, die aus dem Tarifvertrag rausfallen und als Lohn-drücker eingesetzt werden, verspricht er mehr "Selbstwertgefühl". Durch das "Lüneburger Modell" soll den Lohnabhängigen jede Art Anspruchsdenken, unter dem direkten Druck zu verhungern, ausgetrieben werden. Die Kapitalisten lecken sich die Finger danach. So schreibt die LZ: "Immer wieder erkundigen sich Arbeitgeber aus Lüneburg und Umgebung beim Sozialamt nach den Konditionen für die Einstellung von Sozialhilfeempfängern".

Quellenhinweis: Ergänzungsbericht 81 und 82 zum Sozialbericht 1980; LZ, versch. Nr. 1982 bis 1985; Wohnraum-analyse, November 84, Projekt Bildungs- und Sozialarbeit mit Arbeitslosen, FHS Nordostniedersachsen; Die neue Armut, Bund Verlag 1984. — (mas, ulb, sts)

BUNDESWEIT MODELLE FÜR ZWANGSARBEIT

Im April 85 beziehen 317, das sind 30% aller Sozialhilfeempfänger in Lüneburg, Hilfe zum Lebensunterhalt aufgrund von Arbeitslosigkeit. 1983 stimmt die Vertreterin der GRÜNEN als einzige im Sozialausschuß gegen die "Richtlinien für die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für Hilfesuchende". Sie fordert Mitspracherecht, zumindest Anhörungsrecht für die Betroffenen. Die Zwangsarbeit wird seitdem stetig ausgebaut. Z.Zt. gibt es 33 Arbeitsverträge nach dem "Lüneburger Modell".

Bundesweit erprobt die Bourgeoisie auf vielfältige Weise die günstigsten Methoden, Zwangsarbeitsverhältnisse ähnlicher Art einzurichten. Tausende von Lohnabhängigen werden beschäftigt, um die Lohnkosten für Kommunen und Kapitalisten zu senken, damit den Lohnstandard generell anzugreifen und tiefe Spaltung in die Belegschaften zu treiben. Einige Beispiele:

Gifhorner Modell: Der Landkreis zahlt den Kapitalisten für ein Jahr den Sozialhilfesatz als Lohnkostenzuschuß. Wer sich verpflichtet, den Arbeitslosen in ein Dauerarbeitsverhältnis zu übernehmen, erhält den Zuschuß für 1,5 Jahre. Der Versuch soll über 15 Monate laufen.

Würzburger Modell: 177 Sozialhilfeempfänger wurden ausgesucht, 15 wurden zur Arbeit mit Arbeitsprämie (2 DM die Stunde, keine Sozialversicherung) gezwungen, 77 erhielten halbjährig befristete Ar-

beitsverträge, der Rest lehnte die Zwangsarbeit ab. Putzen, Winterdienst und Pflegehilfsarbeiten werden ausgeführt. Das Beschäftigen von Akademikern wird gerade ausprobiert. Im Jugendamt arbeitet ein ausgebildeter Sozialpädagoge als "Pädagogische Hilfskraft", ein Psychologe als "psychologischer Zuarbeiter".

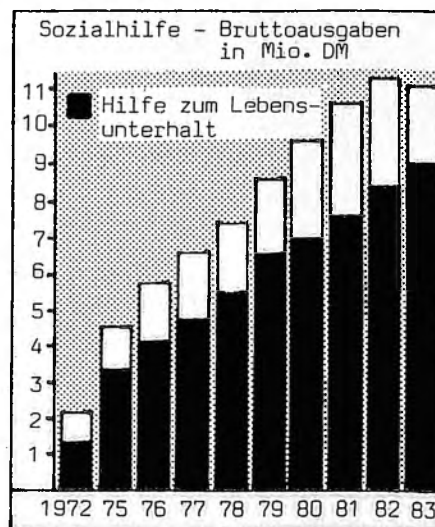
Köln: Jährlich werden 2000 Sozialhilfeempfänger und Asylbewerber zur Zwangsarbeit verpflichtet. Sie müssen 250 Stunden "Gemeinschaftsarbeit" innerhalb von drei Monaten ableisten. Stundenlohn: 1,50 DM, ohne Sozialversicherung. Die Stadt hat 350 "Stellen" in Parks und Grünanlagen, auf Friedhöfen, bei der KVB werden Gleise gereinigt, bei der Stadt Radwege gestrichen.

Kreuzberger Modell: Stufe A — 3

DM werden pro Stunde geleisteter "gemeinnütziger Arbeit" gezahlt. Das Sozialamt schreibt 1983 an 441 Sozialhilfeempfänger, um die Zwangsarbeit zu propagieren. 246 haben sich daraufhin "freiwillig" gemeldet. Sie werden für zwei Wochen mit je 20 Stunden, also 40 Stunden im Monat, eingesetzt. Stufe B — Monatliche Einsatzzeit 60 Stunden, Bezahlung bis zu 176 DM (50% vom Regelsatz). Stufe C — Sozialversicherungspflichtige Arbeitsverträge für Aufsichtspersonen über Zwangsarbeiter aus den Stufen A und B oder Einsatz auf Planstellen des Bezirksamts und der freien Wohlfahrtsverbände, z.T. direkt für Kapitalisten, wobei das Sozialamt bis zu 50% der Lohnkosten zahlt.

Die Erfahrungen mit diesen Modellen bilden eine solide Grundlage für die Bourgeoisie, um bundesweit die effektivste Methode herauszufinden und auszuprobieren, was "machbar" ist. Franz Mende, Leiter des Amtes für "Arbeitseinsatz" hätte seine Freude daran. Wenn er 1941 sagt, "es hat niemand das Recht, genauso wenig wie der deutsche Soldat, etwas darüber zu befinden, ob, wie und wo und in welchem Ausmaß er mitarbeiten will", kann dies heute als Richtschnur für die Organisation der Zwangsarbeit im Rahmen des BSHG gelten.

Quellenhinweis: Nachrichtendienst Kommunalverbände, BWK, verschiedene Ausgaben 1984 und 1985; Sozialhilfe und Arbeitslosigkeit, Luchterhand 1983



STREIK BEI BAHLSSEN

Hannover. Am 8. Mai streikte die Frühschicht bei Bahlsen-Barsinghausen von 2.30 bis 6.30 Uhr. Die Frühschicht bei Bahlsen-Hannover und Sprengel-Hannover streikte von 4.45 bis 6.30 Uhr. Die Streikbeteiligung lag bei 90%. In einem Flugblatt der Gewerkschaft NGG heißt es: "... in der Entgelttarifverhandlung für die Süßwarenindustrie Niedersachsen/Bremen am 25.4.85 haben die Arbeitgeber gezeigt, daß sie nicht bereit sind, den Lebensstandard der Arbeitnehmer mindestens abzusichern. Das gilt besonders für die unteren Tarifgruppen!" — (kar)

TARIFABSCHLUSS EINZELHANDEL

Karlsruhe. In der Nacht vom 6. auf den 7. Mai war der Tarifabschluß zwischen HBV und Einzelhandelsverband perfekt: 38,5-Stundenwoche ab 1.1.1986, 1985 Lohnerhöhung um 2,5% und 1986 um 2,1% bei jeweiliger Vorweganhebung der Gehaltsgruppe II,6 (6. Berufsjahr) um 20 DM, eintägiges Rücktrittsrecht bei Aufhebungsverträgen, verbessertem Kündigungsschutz und Verdienstsicherung für ältere Arbeitnehmer. Im Herbst sollen Verhandlungen

Köln. In NRW streikten die Belegschaften mehrerer großer Kaufhäuser für Lohnerhöhung im Einzelhandel von 6,6%, Schutz für Teilzeitkräfte, Einstieg in die 35-Std.-Woche; Bild: Warnstreik beim Kaufhof in Düsseldorf. In Hessen hat die HBV am 3. Mai vereinbart: Ab 1986 gilt die 38,5-Std.-Woche; 2,5% mehr Lohn für 1985 und 2,1% mehr für 1986. Die 38,5-Std.-Woche gilt generell für alle. Die Arbeitszeiten können nicht in einzelnen Wochen auf 40 Stunden ausgedehnt werden. — (gba)

gen über Strukturveränderungen für Lager-, Versand- und Buchhandelsbeschäftigte stattfinden. Die Arbeitszeitverkürzung soll in mindestens 1 1/2 Stunden zusammenhängend durchgeführt werden — wie sie konkret aussieht, ist Sache von Betrieben und Betriebsräten. Der Manteltarif ist Ende 1988 kündbar, bis dahin liegen alle wichtigen Forderungen auf Eis. Die Sache der Betriebsräte wird Gesundheitsschutz an Datenkassen und Bildschirmen sowie Ladenschluß sein. Lohnverhandlungen werden erst wieder in zwei Jahren geführt. Ähnliche Abschlüsse wurden in Hamburg, Berlin-West, Bremen und Hessen getätigt. — (rub)



TARIFABSCHLUSS O IM RUHRBERGBAU

Essen. Am 7. Mai haben die IG Bergbau und der Kapitalistenverband Ruhrbergbau die Tarifverhandlungen für die 127000 Beschäftigten des Steinkohlebergbaus in NRW abgeschlossen. Rückwirkend ab 1. Mai werden die Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen bei einer 14-monatigen Laufzeit um 3,1% erhöht. Außerdem sollen bis 1989 insgesamt acht "persönliche bezahlte Freischichten" eingeführt werden, in Stufen zu zwei Schichten pro Jahr ab 1.1.1986. Auf zwölf Monate berechnet beträgt der Lohnabschluß nur ca. 2,7%. — (wof)

BOSCH: SAMSTAGS- ARBEIT ABGEWEHRT

Stuttgart. Am 2.5. hat die Einigungsstelle bei Bosch im Werk Feuerbach mit der Stimme des Vorsitzenden entschieden, daß es in diesem Werk keine regelmäßige Samstagsarbeit für im Dreischichtbetrieb Beschäftigte geben darf. Die regelmäßige Arbeitszeit für Dreischichter muß auf die Tage Montag bis Freitag verteilt werden. Die Bosch-Kapitalisten hatten die jahrelange Samstagsarbeit der Dreischichter und den § 7.6. des Manteltarifvertrags angeführt, nach dem die Auslastung der Anlagen nicht vermindert werden darf. Damit hatte Bosch vor kurzem im Kunststoffwerk in Waiblingen die regelmäßige Samstagsarbeit für Dreischichter in der Einigungsstelle erzwungen. Für die Samstagsarbeit wird dort in

der laufenden Woche ein Tag Freizeitausgleich gewährt. Somit ergibt sich, daß es auf Grundlage desselben Manteltarifvertrags zwei entgegengesetzte Schiedssprüche zur Samstagsarbeit für Dreischichter gibt. — (ros)

WIDERSTAND GEGEN UNSTETE ARBEIT

Bad Salzdetfurth. Die fuba-Kapitalisten gehen mit großen Schritten in Richtung Ausprägung der Belegschaft in Kern- und Randbeschäftigte. Die Geschäftsleitung (GL) schloß 1984 über 300 befristete Arbeitsverträge, nur 100 erhielten Weiterbeschäftigung. Von 80 Leiharbeitsverträgen konnten 25 in "stete" geändert werden. 1985 strebt die GL Ausdehnung unsteter Arbeit an — Betriebsrat und VKL arbeiten dagegen. Von 1200 soll die Belegschaft auf 1500 ausgedehnt werden. Unstete Arbeitsverhältnisse sind ein Drittel der Belegschaft angedacht. Momentan sind zehn Prozent betroffen. — (mal)

TARIFABSCHLUSS IM GROSSHANDEL

Freiburg. Einen neuen Entgelt- und Manteltarifvertrag im ba-wü Großhandel wurde am 30.4. vereinbart: 3,35% mehr Lohn und Gehalt für alle ab 1.4. Die geringen Verbesserungen in MTV: Steigerung des Urlaubsgeldes bis 1988 um jährlich 40 DM, bei Azubis um 20 DM. Weihnachtsgeld steigt bei 1-jähriger Betriebszugehörigkeit bis auf 40% und bleibt bei allen dieser Höhe. Einen Tag mehr Urlaub gibts für alle unter 30 Jahre. — (kak)



Seit dem 11.4. streiken Zehntausende brasilianischer Automobilarbeiter für die 40-Stunden-Woche und Lohnerhöhungen (Bild: Streik 1983). Der Gouverneur von Sao Paulo, Montoro, lehnte das Drängen der imperialistischen Konzerne, die Exportverluste von 200 Mio US-Dollar beklagen, ab, den Streik für illegal zu erklären. Die Gewerkschaften riefen gegen die Entlassung von streikenden Arbeitern zu Werksbesetzungen auf und weiteten die Streiks auf Zulieferer aus. Sie schlossen mit zwölf kleineren Firmen Vereinbarungen ab. Die imperialistischen Konzerne lehnen auch die Wiedereinstellung streikender Arbeiter und die Bezahlung der Streiktage ab. — (sie)

Wanderausstellung UNSER HEER KEINE KRIEGSWERBUNG IN NORDERSTEDT

Norderstedt. In der letzten Aprilwoche vom 24.-28.4. 1985 zeigte die Bundeswehr ihre Wanderausstellung UNSER HEER auf dem Festplatz am Falckenberg in Norderstedt. Bereits seit Ende Februar schlossen sich gegen diese Militärschau 13 Initiativen zum "Norderstedter Forum" zusammen: die Grünen, die Liberale Fraktion, Teile der SPD und JuSos, DKP, BWK, Friedens- und Frauenhausinitiative, BUU (Bürgerinitiative gegen AKWs) und einzelne Bürger. SPD und Liberale Fraktion (anlässlich der Bonner "Wende" ausgetretene linke FDPler) stellten auf der Stadtvertretersitzung am 19.3.85 einen Antrag auf Ablehnung dieser Waffenschau. Er wurde von der Mehrheit der CDU abgelehnt. 50 Friedensfreunde verteilten Flugblätter, entfalteten ein Transparent und protestierten laut – der CDU-Abgeordnete Reußmann drehte durch und prügelte auf eine Fotografin los: Diskussionsgrundlage für den Norderstedter "Heimatspiegel" in Stellungnahmen und Leserbriefen für fast vier Wochen.

Am 29. April blockierten 35 Kriegsgegner die Anfahrt von Jeeps und Lastwagen der Bundeswehr für eine halbe Stunde. Ein gemeinsames Flugblatt in Auflage von 10000 und ein Plakat "NEIN! Keine Kriegswerbung in Norderstedt" auf ca. 130 Stellschildern und fast ständige Agitation vor dem Gelände der Heeresschau machten die Werbewirkung der Waffenschau recht fragwürdig. Das Norderstedter Forum führte außerdem drei eigene Veranstaltungen durch: am 18.4. mit der Theologin Dorothea Sölle zu "Unser Heer – Panzer als Familienspaß", am 25.4. mit der DKP zu "Die europäische Nachkriegsordnung und der Revanchismus heute" und am 26.4. mit dem Film "Rat der Götter" über die Kriegsgewinnler des 2. Weltkrieges. Am 27.4. fand eine Demonstration mit 400 Beteiligten statt, anschließend eine gut geschlossene Menschenkette um den Militärplatz und eine Wehrpaßverbrennung. Zahlreiche Lehrer – z.B. am Schulzentrum Nord – haben sich geweigert, mit ihren Schülern die Waffenschau zu besuchen. – (edl)

Ausstellung UNSER HEER, Köln 60, Lüttich-Kaserne, am 28. Januar 1985 – Der Leiter–

"An die Schulleitung.

Im Schulunterricht ergeben sich oftmals Bezüge zum Thema "Friedenssicherung durch Streitkräfte". In Kürze haben Sie die Möglichkeit, mit Ihren Schülern (möglichst ab 14 Jahren) Eindrücke von der Bundeswehr sowie sicherheitspolitische Informationen aus erster Hand zu erhalten: Wir laden Sie hiermit zum Besuch der Ausstellung UNSER HEER ein. Das für Sie zuständige Kultusministerium ist auf die Veranstaltung hingewiesen worden.

Was bietet Ihnen die Ausstellung UNSER HEER?

1. Wir erklären den Auftrag der Bundeswehr im Rahmen des NATO-Bündnisses.



Norderstedt: Aktion im Rathausaal am 19.3. 1985

2. Wir bieten in einem großen Informationszelt vielfältige Informationen zur Sicherheitspolitik, zur Bundeswehr und zu den Laufbahnen im Heer.

3. Wir zeigen in einem Zelt Filme über Sicherheitspolitik und Bundeswehralltag.

4. Wir bieten Ihnen Gespräche und Diskussionen mit allen Soldaten der Ausstellung, mit Jugendoffizieren und dem Presseoffizier zu allen von Ihnen gewünschten Themen an.

5. Wir zeigen modernes Großgerät des Heeres, führen es vor und erklären es.

Die Ausstellung UNSER HEER ist also keine reine Waffenschau. Das wäre angesichts der großen Bedeutung sicherheitspolitischer Fragen für unsere Zukunft auch zu wenig. Umfassende Informationen und Diskussionen zum Gesamtkomplex militärische Friedenssicherung sind unser Ziel."

Flugblatt des Norderstedter Forums:

Sinn und Zweck dieser militaristischen Schau ist, die Bürger wieder an den Anblick und den Aufmarsch von Kriegswaffen zu gewöhnen und für die Bundeswehr zu werben. Vor allem sollen Schüler und Jugendliche angesprochen werden... Über die technische "Faszination" der Tötungsgeräte sollen die Jugendlichen deren Massenvernichtungscharakter vergessen und der Bundeswehr zugeführt werden. Dabei werden von den Bundeswehrstrategen schamlos, aber absichtsvoll die hohe Jugendarbeitslosigkeit und die erschreckend schlechten Zukunftsperspektiven ausgenutzt... Wir empfinden es als Provokation, daß wenige Tage vor dem 40. Jahrestag der Befreiung vom Schreckensregime der Nazis, das für 60 Millionen Tote die Verantwortung trägt, die Bundeswehr Teile ihrer Tötungsmaschinerie in Norderstedt zur Schau stellt. Es macht uns gleichzeitig Angst, daß eben diese Bundeswehr inzwischen wieder zur bestausgerüsteten Armee West-Europas geworden ist. Es zeigt aber auch, wie wichtig friedenspolitisches Engagement auf kommunalpolitischer Ebene ist.

Aus Leserbriefen im "Heimatspiegel" vom 11.4.85:

Alfred Wagner, Vorsitzender des CDU-Ortsverbandes:

Die Bundeswehr leistet einen entscheidenden Beitrag zum Frieden. In der Regel waren kriegerisch überfallene Völker nämlich nicht auf den Verteidigungsfall eingerichtet. Vielleicht hätte der II. Weltkrieg nicht stattgefunden, wenn die betroffenen Nachbarländer keine Unterwerfungspolitik betrieben, sondern ihren Willen zur ernsthaften Verteidigung in Wort und Tat deutlich gemacht hätten.

Manfred Ertel (SPD Norderstedt):

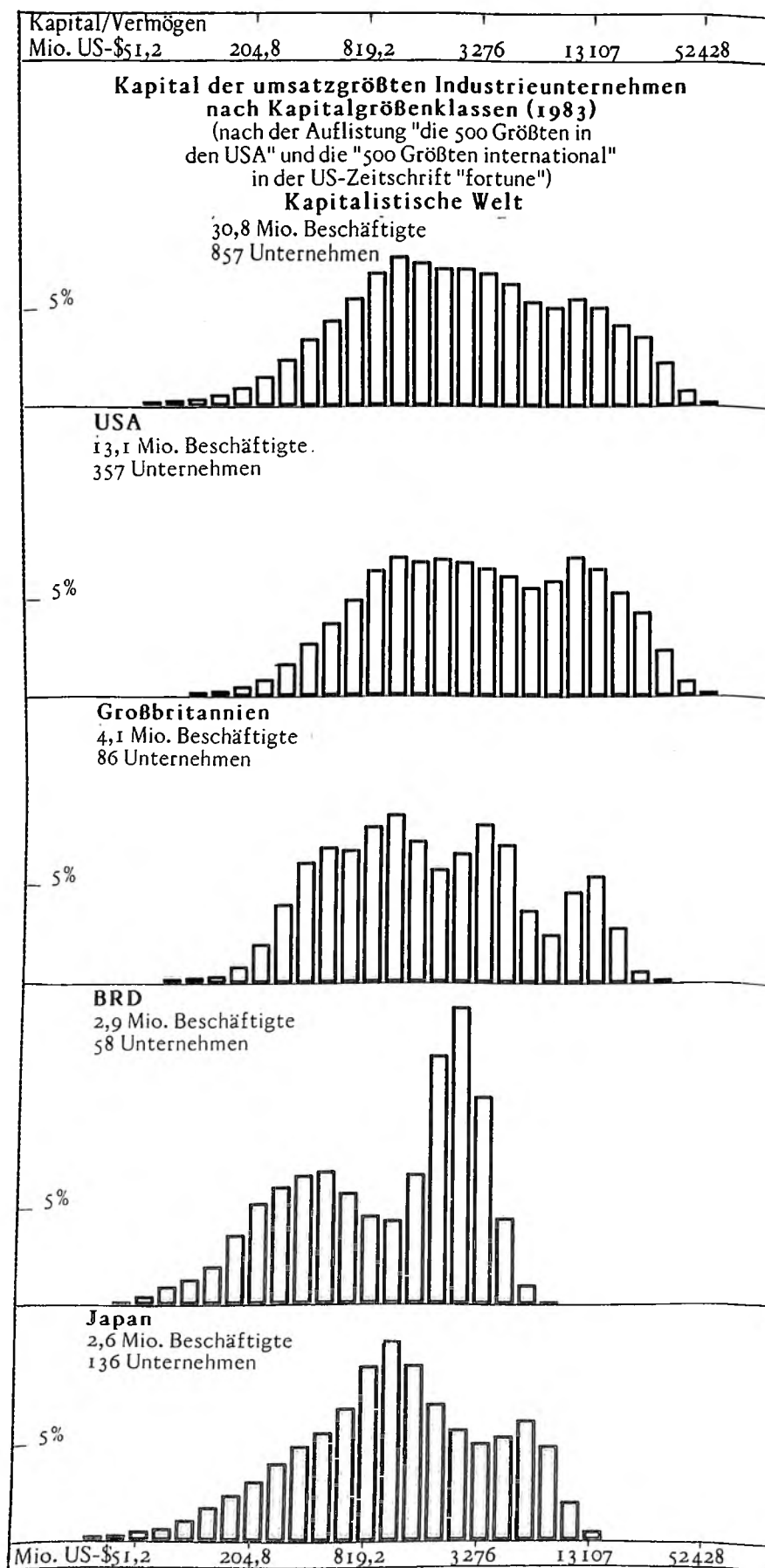
Und solchen Politikern (gemeint ist der prügelnde CDU-Abgeordnete Reußmann) soll ich dann auch noch glauben, daß diese zig Milliarden, die wir in die Rüstung stecken, nur unserer Verteidigung dienen, daß Atomraketen und Weltraumwaffen uns schützen, unsere konventionelle Streitmacht absolut defensiv angelegt ist – weil doch die Menschen, die dahinter stehen und die die politische Verantwortung tragen (in unserer Demokratie), maßgeblich sind? Eben darum bin ich gegen diesen Wahnsinn. Und das Erlebnis in der Stadtvertretung hat mich in meiner Haltung nur noch bestätigt.

Vortrag von Dorothea Sölle, Theologin, am 18.4.85:

Es gibt viele Menschen, die meinen, die NATO verteidige uns gegen die Russen: Wenn der Russe kommt, dann halten wir alle zusammen und verteidigen uns. Ich glaube allerdings, daß die NATO uns in dem größten Konflikt, dem wir heute am Ende des 20. Jahrhunderts stehen, verteidigt: gegen die Armen. Zwei Drittel der Menschheit ist total verarmt, und immer weiter wächst die Zahl der Hungertoten. Verteidigung, wie sie in den neuen Militärstrategien auftaucht, wird im Sinne von Verteidigung von unserem Anteil an den Rohstoffen gebraucht.

Unternehmen

(II) GROSSE INDUSTRIE UND MONOPOLE IN VERSCHIEDENEN IMPERIALISTISCHEN LÄNDERN



Die Betrachtung der Unternehmen in der BRD nach ihrer Kapitalgröße und der Zahl der Beschäftigten, die von ihnen ausgebeutet werden, hatte uns die Unterscheidung zwischen "großer Industrie" und "Monopol" als sinnvoll nahegelegt. Ein Ländervergleich soll aufklären, ob die Absonderung einer Größenklasse von Unternehmen mit 100000 u.m. Beschäftigten als Monopole eine Besonderheit in der BRD oder charakteristisch für alle imperialistischen Länder ist.

Als Datenmaterial mußte uns die Zusammenstellung der jeweils 500 umsatzgrößten Unternehmen in bzw. außerhalb der USA durch die US-Zeitschrift "Fortune" dienen, so daß sich Angaben nur für die größten imperialistischen Staaten und dort wiederum nur für Industrieunternehmen mit ca. 10000 und mehr Lohnabhängigen (bzw. mit hoher organischer Zusammensetzung wie in der Mineralölförderung) treffen lassen. Unternehmen bedeutet, wie schon im vorigen Heft, selbständige Wirtschaftseinheiten, die in mehrere Betriebe und Tochtergesellschaften zerfallen können, aber alle in einer Bilanz erfaßt sind.

Betrachten wir zunächst die Schichtung der Unternehmen nach Beschäftigtengrößenklassen. Auch wenn in der Summe aller der Unterschied zwischen Großbetrieb und Monopol nur schwach ausgeprägt erscheint, so findet sich eine Differenzierung bei den einzelnen Ländern deutlich.

Es sind allerdings verschiedene Schwerpunkte für den Großbetrieb bzw. des Monopol zu finden: In den USA und Großbritannien liegt eine Häufung der Großbetriebe bei 30- bis 60000 Beschäftigten, in der BRD und Japan eher bei 10- bis 20000. Die deutlich höhere Beschäftigtenzahlen in den Monopolunternehmen der USA – Schwerpunkt 200000 gegenüber 100000 in den übrigen Staaten – mag die Vormachtstellung der USA unter den Imperialisten erklären.

Die Differenzierung zwischen den Ländern deutet auf folgendes hin: In den USA, wo der innere Markt bedeutend größer ist, und in Großbritannien, wo er durch die nach wie vor bestehenden engen Beziehungen zum ehemaligen Kolonialreich erweitert wirkt, beschäftigen die Großbetriebe im Schnitt mehr Lohnabhängige als in der BRD und Japan, beide mit kleinerem inneren Markt und einem nach verlorenen Kriegen (zunächst) beschnittenen Wirkungsfeld. Der Großbetrieb erscheint also an den "nationalen" Markt gebunden, seine durchschnittliche Beschäftigtenzahl wechselt je nach nationalen Gegebenheiten.

ten. Dagegen scheint für das Monopolunternehmen eine gewisse Mindestgröße von ca. 100000 Beschäftigten typisch, die es erst befähigt, auf den Weltmarkt bezogen zu agieren. Wieviele Beschäftigte das Monopol unter seine Ausbeutung zwingen kann, hängt dann davon ab, welche Anteile am Weltmarkt es erobern kann.

Nebenbei: Die gegenüber den Bildern in der vorigen Ausgabe deutlicher sichtbare Ausprägung des Monopols in der BRD liegt nicht etwa daran, daß eine Reihe von Unternehmen im unteren Beschäftigtenbereich (ca. 10000 Lohnabhängige) in den jetzt verwendeten Daten fehlen, weil sie nicht die Umsatzschwelle überschreiten. Vielmehr sind gegenüber dem vorigen Mal nun auch die in ausländischen Betrieben des Unternehmens ausgebeuteten Lohnabhängigen erfaßt, wodurch z.B. die Siemens AG ebenso wie die westdeutschen Chemie-Monopole mit um ein 1/3 mehr Beschäftigten in Erscheinung treten.

Betrachten wir nun die Unternehmen nach Kapitalgrößenklassen. Auch hier ist ein direkter Vergleich mit der im vorigen Heft verwendeten Kapitalgröße nicht möglich. Kapital bedeutet jetzt Eigenkapital des Unternehmens, also Grundkapital plus den im Besitz des Unternehmens befindlichen Mitteln (einbehaltene Gewinne). Die Schichtung der Unternehmen nach so bestimmten Kapitalgrößenklassen läßt in der BRD wie in allen imperialistischen Ländern eine Struktur mit einer deutlichen Differenzierung zwischen dem Bereich Großunternehmen und dem Bereich Monopol erkennen.

Ein Vergleich der absoluten Kapitalgrößen zwischen den verschiedenen Ländern ist zwar nur unter Vorbehalten möglich (z.B. wegen der Umrechnung in US-\$ verschieben Währungseinflüsse die Größenordnung). Dennoch läßt sich feststellen:

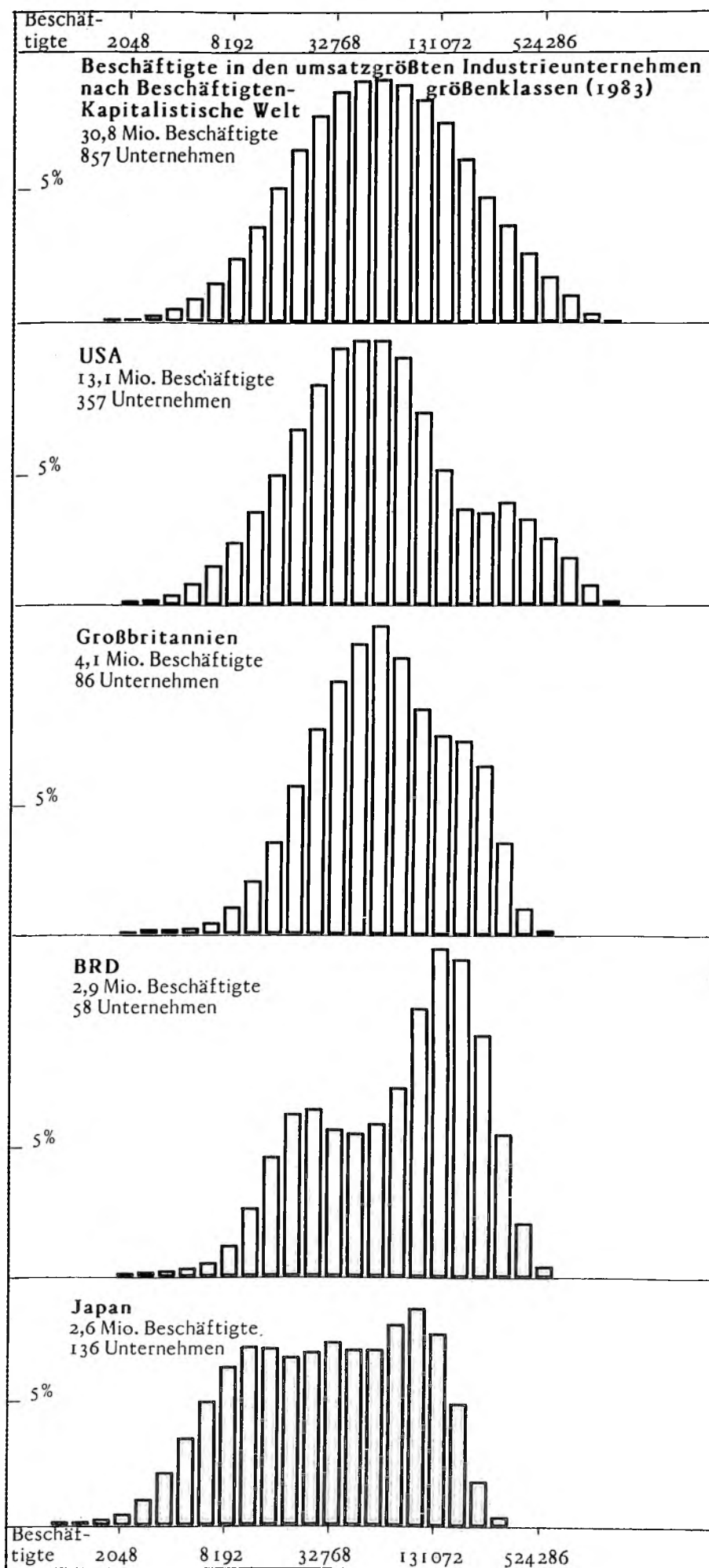
— Die "Eigenkapitalquote", d.h. die durchschnittliche Kapitalgröße je Unternehmen, bei den Monopolen wie auch den Großunternehmen ist in Japan und der BRD deutlich niedriger: beide waren Kriegsverlierer.

— Nach wie vor gibt es britische Monopole von ähnlicher Kapitalgröße wie die größten US-Konzerne, obwohl die Kriegskosten Großbritannien zum Schuldnerland werden ließen und es sein Kolonialreich verloren hat.

Die Existenz eines großen inneren bzw. Kolonialmarktes sowie die langandauernde, durch große Kriegsverluste nicht gehemmte Akkumulation sind bestimmend für die Größe von großer Industrie und Monopol.

Schließlich noch: In der BRD ist das relative Gewicht der Monopole gegenüber den Großunternehmen sowohl nach Beschäftigten als auch Kapitalausstattung sehr viel größer als in den anderen imperialistischen Ländern.

Quellenhinweis: Fortune, 30.4. und 20.8. 1984— (alk, maf, rül)



Bücher

NEUE MYTHOLOGIE UND
VERSUCHE DER KRITIKSPIESSERS
TRAUM

Rororo schickt der Sammlung von Aufsätzen, Titel "Dies ist ES", eine Mitteilung über den Autor, den christlichen Theologen und Zen-Propagandisten voraus; Watts gelte in weiten Kreisen als der geistreichste und schöpferischste Denker dieses Jahrhunderts. Ohne den Stachel der Superlative, gespitzt durch die leise Scham, noch nicht von dem Burschen gehört zu haben, dürfte wohl kaum jemand eine Lektüre der inklusive Vorwort sieben Ergießungen, schaffen, die — im "Ätsch, ich kann schon was, was Du nicht kannst"-Ton — schildern, was bei den einzelnen Verzückungen los war. Die Verzückung hat nicht bloß Entzücken hinterlassen, nein, man kann ES sich merken: "Jedes Ding, jedes Ereignis, jede Erfahrung in ihrem unausweichlichen Jetzt-Sein und in ihrer besonderen Individualität war präzise das, wozu es bestimmt war, und das in einem Maße, daß es göttliche Autorität und Originalität erlangte." Das bestürzte Gefühl "Genau so hat's kommen müssen!" kennt jeder und ein blödes "Hab ich ja gleich gesagt!" hat man sich oft nicht verkneifen. Watts' ES ist ein rauschiger Auswuchs der Unart, immer schon alles gewußt und gesagt zu haben. Dafür mußte er nicht Zen studieren, das kann er sich am Stammtisch ansaufen. — (maf)

WIEDERBELEBUNG
DES MYTHOS

Der ehemalige Leiter des Literaturblatts der "Frankfurter Allgemeinen", Professor für Literaturwissenschaft und Mitherausgeber der Zeitschrift "Merkur", K. H. Bohrer, hat eine Aufsatzsammlung initiiert und herausgegeben, in der 24 Literatur-, Religions-, Philosophie- und Geschichts-Wissenschaftler, darunter Bohrer selber, die Bedeutung "neuer Mythologie" erörtern. Bohrer will der mythischen

Betrachtung der Geschichte zur Geltung verhelfen — das Streben nach Glückseligkeit bewege die Menschen, und das Böse in ihnen oder auch außermenschliche Schicksalsfügung hindere sie an der Erfüllung. Die Autoren grenzen sich ab von den vom Faschismus in Verruf gebrachten Blut- und Boden-Mythen, die den Herrschaftsanspruch des deutschen Imperialismus über Europa rechtfertigten. Aber alle,



R. Wagner — ein Repräsentant nationalistischer Mythos-Bildung.

auch die den mythischen Theorien kritisch gegenüberstehenden Autoren, wenden sich gegen die dialektisch-materialistische Untersuchung der Geschichte. Im Emanzipationsstreben der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen sehen die Autoren keine Möglichkeit des Fortschritts. Die Emanzipation der Intelligenz von der Masse, das Streben nach Ästhetik in Geist und Kultur, die Wiederbelebung christlicher Mythen, das Finden allgemeingültiger Wahrheiten in der Natur werden als mögliche Alternativen für Fortschritte in der Geschichte angeboten. Bohrer faßt so Konservative, Christen und ökologisch beeinflusste Naturmythologen zusammen. Die Absicht ist, ihren Einfluß in der Ideologiebildung der Grünen zu stärken. (Karl Heinz Bohrer (Hrsg.), Mythos und Moderne, edition suhrkamp 1144, 28.-DM — uld)

"DIKTATUR DER
FREUNDLICHKEIT"

Im Vorwort beschweren sich die Herausgeber über ihren Gegenstand, dessen "Dschungelcharakter eine systematische Analyse von vorneherein in das Totenreich von (Religions-)Soziologie, (Sekten-)Geschichte und Para-Psychologie verweisen würde." Mehrfach wird in dem Buch die Ideologie Baghwans mit der des Faschismus gleichgesetzt, eine schlüssige Beweisführung findet der Leser aber nicht, sondern zum Beispiel die unkritische Übernahme von Faschismustheorien wie von R. Reiche: "Der massenpsychologische Prototyp für alle solche Bewegungen und Sekten ist der deutsche Faschismus. Ich sage mit Bedacht und Betonung: nicht der politische Prototyp, sondern der massenpsychologische Prototyp: Die Selbstunterwerfungs-Bewegungen schlechthin." Mehrfach wird die Frage aufgeworfen, warum sich eine beträchtliche Zahl von ehemals Linken heute den Sannyasins anschließen, oder nach einem Zusammenhang zwischen der Ökologie-Bewegung und dem neuen Okkultismus gefragt. Die Wiedergabe von ähnlichen Glaubensbekenntnissen von Bahro und Bagwahn erbringt keine Kritik des Ökologismus. Im Kapitel "Spontaneismus, Maoismus, Rajneeshismus" von Joachim Bruhn wird die Übernahme der Totalitarismus-Theorie der bürgerlichen Kritiker des Marxismus-Leninismus nahegelegt. Die "Initiative Sozialistisches Forum Freiburg" (Hrsg.) hat sich von der "Kritischen Theorie" etwas erschlagen lassen. — (düb)

AUSSTEIGEN UND
DRINBLEIBEN

Wie alle religiösen Bewegungen bietet der Bhagwan seinen Gläubigen Ausflucht aus sozialen Widersprüchen. Seiner Schrift "Komm und folge mir" ist zu entnehmen, zwar auf den Kopf gestellt, d.h. in der Widerspiegelung in den Gedanken, welcher gesellschaftlichen Entwicklung die mit indischer Mythologie verkleidete Lehre entsprungen ist. Bhagwan unterscheidet zwischen

"Zweifel", der "Analyse" und "Vertrauen", der "Synthese". Die erstere Methode gehöre der Wissenschaft, der Erforschung des Äußeren an, die letztere sei für die "Welt der Liebe", die Erforschung von Gott. "Wenn du also ins Labor gehst, benutze den Zweifel; wenn du zum Tempel kommst, benutze Vertrauen." Bhagwan wendet sich an Kopfarbeiter, die feststellen müssen, daß ihre Tätigkeit nicht "sinnvoll" ist, sondern bloß dem Profit des Kapitalisten oder der Stärkung des staatlichen Unterdrückungsapparates diene. Bhagwan verspricht eine andere Welt, die jedem zugänglich sei im ekstatischen Tanz, Rauschzuständen und sexueller Promiskuität. Den reaktionären Charakter dieses Sektenglaubens erkennt man in der Aufforderung: "Seid gesetzlich... Ihr müßt euch in der Gesellschaft bewegen, ihr müßt bestimmten Regeln folgen." — (Bhagwan Shree Rajneesh, Komm und folge mir, Knaur Esoterik 4120, 12,80 DM — alk)

NAZI-DIKTATUR NUR
MYTHUS-ZWANG?

Ernst Cassirer, von den Nazis aus Deutschland vertriebener Philosoph, schrieb "Der Mythos des Staates. Philosophische Grundlagen politischen Verhaltens" 1945 in den USA. Er versucht zu begründen, daß der Nationalsozialismus als Terrorherrschaft errichtet werden konnte, weil das mythische Denken die Übermacht über das rationale Denken bekam: "In allen kritischen Augenblicken des sozialen Lebens des Menschen sind die rationalen Kräfte, die dem Wiedererwachen der alten mythischen Vorstellungswelt Widerstand leisten, ihrer selbst nicht mehr sicher. In diesen Momenten ist die Zeit für den Mythos wieder gekommen. Denn der Mythos ist nicht wirklich besiegt..." C. schreibt über den Ursprung der Funktion des Mythos für das soziale Leben: "Es ist eine tiefe und brennende Sehnsucht der Individuen, sich selbst mit dem Leben der Gemeinschaft und der Natur zu identifizieren." Der Mythos ist der symbolische Ausdruck dieses Gefühls. Eir

moderner Ausdruck sei die Vorstellung eines von einem Schicksal ausgewählten Führers, in dem die Kraft aller konzentriert sei. C. vermeidet, auf Interessen der Kapitalistenklasse als Bedingung für die Nazi-Diktatur hinzuweisen. Er sieht die Aufgabe der Philosophie darin, die politischen Mythen, ihren Ursprung und ihre Herrschaftsmethoden, kenntlich zu machen und anzugreifen, weil sie das Zusammenleben zerstören. Dazu stellt er die Auseinandersetzung mit dem Mythos in der Geschichte des Denkens dar. (Fischer TB 7351, 19,80 DM — gba)

DIE NOTWENDIGE PORTION LEIDEN

Zwei Drittel Leiden der Menschen seien hausgemacht, ein Drittel sei unvermeidlich und müsse eben gelebt werden, hatte der alte Radscha in seinem Erbauungsbüchlein geschrieben, nach dem das glückliche Völkchen von Pala seitdem lebt. Dem ungläubigen Thomas, einem auf dieser Insel wunderbar gestrandeten englischen Journalisten, in dem der Verfasser Huxley

einnehmen, der ihm erkennen hilft, daß auch die soeben stattfindende Eroberung von Pala durch die Imperialistenmarionette von nebenan, zweifellos nicht hausgemacht, zum Sosein im kompletten Leben gehört. (Huxley, Eiland, Serie Piper 358, 12,80 DM — anl)

FASCHISTISCHER RUNENKULT

"Heute, in einer Zeit, da die Menschen zunehmend erkennen, wie der technologische Traum um uns herum zerfällt in Verbrechen, Vandalismus und die Verschmutzung der Erde", sei die Zeit gekommen, wo man sich wieder den "okkulten Kräften" der Runenmagie zuwenden müsse. Dies meint der britische Autor M. Howards. In einem Taschenbuch hat Howards versucht, diese Art von reaktionärstem Okkultismus unter scheinbarer Anknüpfung an "grüne" Kritiken an der "Industriegesellschaft" wiederzubeleben. Wer das Büchlein liest, muß sich durch seitenlange Ergüsse über germanische Schamanenpriester und Beschrei-



Bhagwan mit Jüngerin

sich selber ganz gut erkannt hat, nämlich zynisch, bestechlich, mit Agententätigkeit als Nebenjob, führen die Eingeborenen ihre Er rungenschaften vor: Ausbildung von Jungen und Mädchen in Philosophie, Liebe, Geburts- und Sterbehilfe, Kontemplation, nicht aber in Physik und Chemie, demzufolge blühende Landwirtschaft, Handwerk und Künste, nicht aber Schwerindustrie und Tyrannis. Am Schluß darf er einen bewußtseinsweiternden Pilz

bungen der germanischen Götterwelt quälen. Über die Runen selbst erfährt man wenig. Sie seien "magische Zeichen" gewesen und für den, der sie lesen könne, auch heute noch wirksam. Derlei arischer "Runenkult", Okkultismus und Kritik an "Materialismus und Rationalismus" waren schon einmal Vorwand für furchtbarste Verbrechen — im deutschen Faschismus. (M. Howard, Magie der Runen, Sphinx-Verlag, Basel 1985, 9,80 DM — rül)

Geringeres Interesse an Brecht

WIE ERKLÄRT SICH SEINE VORÜBERGEHEND GROSSE BELIEBTHEIT ?

In den 70er Jahren war Brecht an westdeutschen Bühnen ein sicherer Geschäftserfolg. Jahrelang machte er dem Altmeister Shakespeare den Rang als meist gespielter Dramatiker streitig. Sichere Kassenmagneten waren vor allem vier Stücke: "Die Dreigroschenoper", "Mutter Courage und ihre Kinder", "Herr Puntila und sein Knecht Matti", sowie "Galileo Galilei". Rechnet man das Publikum zusammen, das zwischen 1970 und 1980 diese vier Stücke im deutschsprachigen Theater (ohne DDR) gesehen hat, so kommt man auf über 2 Millionen. Neun weitere Brechtstücke kamen in diesem Zeitraum in mindestens einem Jahr auf Aufführungszahlen von mehr als 100 pro Spielzeit.

Für diese Beliebtheit des als Kommunist bekannten Theaterautors Brecht gibt es wohl nur zwei Erklärungsmöglichkeiten: Entweder es liegt nur an seiner technischen Brillanz, der zuliebe das Publikum die roten Ideen in Kauf nimmt; oder es ist gerade seine Ideologie, die ihn so beliebt macht, bzw. die Ideologie, die durch die Inszenierung rüberkommt. Die erste Erklärungsmöglichkeit kann nicht befriedigen; gibt es Anzeichen für die zweite? Das würde bedeuten, daß das Theaterpublikum, das sicherlich größtenteils aus akademisch Gebildeten, Studenten und Gymnasiasten besteht, in Brechts Stücken etwas findet, was sich mit seinen Erfahrungen und Interessen deckt.

"Die Dreigroschenoper" behandelt den kleinen Verbrecher im Konflikt mit dem Gesetz. Als Moral wird formuliert: "Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral", "Ein guter Mensch sein, ja, wer wär's nicht gern", "Doch die Verhältnisse, sie sind nicht so." — Welcher Studienrat könnte in diese Stoßseufzer nicht einstimmen? Würde er nicht auch gern einen guten Unterricht machen, den er vor seinem Gewissen verantworten kann, doch die Verhältnisse, will sagen das Stundendeputat und das Schulrecht, sie sind nicht so? "Galilei" hat als einziges der großen Erfolgsstücke direkt einen "Akademiker" zum Helden. Von seiner Aussage bleibt besonders gut der Satz hängen, "Unglücklich das Land, das Helden nötig hat". Der Wissenschaftler nimmt für sich in Anspruch, nicht den Märtyrertod für seine fortschrittlichen wissenschaftlichen Erkenntnisse sterben zu wollen. Seine fachliche Qualifikation macht es wichtig, daß er lebt, auch wenn das unheroisch ist.

In "Puntila" wendet Brecht die Technik der Persönlichkeitsspaltung an, ebenso wie in "Der gute Mensch von Sezuan": Angesichts der Verhältnisse kann der Held nicht gleichzeitig menschenfreundlich handeln und ein Gut bzw. einen Tabakladen leiten. Es geht immer nur eins von beiden, und die Hauptfigur schlüpft abwechselnd in zwei Rollen. Im "Puntila", das als Volksstück konzipiert ist, wird diese Moral weit weniger in den Vordergrund gestellt als in anderen Stücken.

Von der "Mutter Courage" soll der Zuschauer lernen, was sie selbst nicht begreift: daß man nicht hoffen kann, aus dem Krieg Nutzen zu ziehen ("Will vom Krieg leben, wird ihm auch müssen was geben"). Schon bei Aufführungen zu Lebzeiten Brechts wurde das Stück zu dessen Leidwesen so verstanden, daß das "Mutter Courage" eben immer weitermache, trotz großer Rückschläge. Die Courage ist bei Brecht eine kleine Gewerbetreibende zwischen den Fronten des Dreißigjährigen Krieges, so wie seine anderen unheldischen Helden zwischen den Klassen stehen. (Wie weit Brechts Courage von der Vorlage des Grimmelshausen-Romans ideologisch abweicht, und in welche Richtung er überhaupt seine Vorlagen verändert, wäre ein möglicher Weg der Überprüfung der hier dargelegten Überlegung.)

Was in Brechts Theorie des epischen Theaters als Distanzierungsmittel und Verhinderung von Identifikation begründet wird, die Vermeidung positiver Helden und stattdessen die Verwicklung der Hauptfiguren in Konflikte, in

denen sie teils richtig, teils falsch entscheiden – das könnte das Konzept eines Theaters für die Mittelklasse sein, in dem sie ihre Stellung in der Gesellschaft wiedererkennt.

In den letzten Jahren hat bundesweit das Interesse an Brecht nachgelassen. In den 70er Jahren war Brecht das Spezialgebiet, das Germanistikstudenten sich wählten; das ist vorbei. Dies könnte daran liegen, daß mittlerweile die eigenständige Ideologiebildung der Mittelklasse in Gestalt der grün-alternativen Parteibildung vorangekommen ist und die Akademiker es nicht mehr nötig haben, via Brecht Anleihen bei der Arbeiterbewegung zu machen. Und Brecht ist kein Ökologe – wenn Matti die Wälder des Puntilla sieht, denkt er an die Eigentumsverhältnisse, nicht an das Waldsterben. Die Kritik des Privateigentums, die Brecht leistet, wäre unbedingt ein Grund, ihn nicht als überholte Mode zu vergessen.

Quellenhinweis: "Die deutsche Bühne" (enthält Aufführungsstatistiken); M. Sauer, "Brecht in der Schule. Beiträge zu einer Rezeptionsgeschichte Brechts (1949-1980)", Stuttgart 1984. – (mfr)

Verbot faschistischer Organisationen MIT DEM STAATSAPPARAT GEGEN DEN FASCHISMUS?

Die Forderung nach einem Verbot der NPD und aller faschistischen Organisationen ist umstritten. Soll man mit Hilfe des Staates den Faschismus bekämpfen, wo dieser doch alles tut, um den faschistischen Organisationen freie Betätigung im Rahmen der Legalität zu ermöglichen? Soll man fordern, daß in das Grundgesetz ein Artikel aufgenommen wird, in dem die Propaganda für faschistische und militaristische Ziele und die Gründung derartiger Organisationen verboten und unter Strafe gestellt werden? Soll allein der Staat darüber zu entscheiden haben, was legitim ist und was nicht?

Die Kritik an der Forderung nach einem Verbot der NPD etc. rührt wesentlich daher, daß nach Art. 21 II und Art. 9 II GG diejenigen Parteien bzw. Vereinigungen verboten werden können, die darauf aus sind, die "freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen" oder "den Bestand" der BRD "zu gefährden". Und nach Art. 18 GG können demjenigen die "Grundrechte" aberkannt werden, der letztere zum Kampf gegen die fdgo benutzt.

Der legitimistische Maßnahmestaat des Grundgesetzes

Das Verbot von Organisationen nach Art. 21 und 9 GG und die Aberkennung von Grundrechten erhalten ihren Bezugspunkt darin, ob ihre politischen Zielsetzungen mit der fdgo vereinbar sind oder nicht. Es besteht demnach von vorneherein kein Verbot faschistischer Propaganda. Daß z.B. Schriften nur "NS-Gedankengut enthalten, genügt nicht" für ein Verbot dieser Schriften nach § 86 StGB (Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen). Diese Propaganda muß nämlich zweierlei Kriterien genügen: einmal muß sie dazu bestimmt sein, "Bestrebungen einer ehemaligen nationalsozialistischen Organisation fortzusetzen"; und sie muß gleichzeitig "in aktiv kämpferischer, aggressiver Tendenz" gegen die fdgo gerichtet sein (1). Auch das Verbreiten von "Mein Kampf" etwa oder anderer Schriften, Plattenaufnahmen von "Führerreden" usw. aus der Zeit vor 1949 ist grundsätzlich erlaubt, weil dieses Schrifttum sich gar nicht gegen die erst seit 1949 bestehende fdgo gerichtet haben konnte.

Die BRD sei im Gegensatz zur Weimarer Republik "eine Demokratie, die einen Mißbrauch der Grundrechte zum Kampf gegen die freiheitliche Ordnung des Grundgesetzes nicht hinnimmt, vielmehr von ihren Bürgern eine Verteidigung dieser Ordnung erwartet (BVerfGE 28,48) und Feinde dieser Grundordnung, auch wenn sie sich formal im Rah-

men der Legalität bewegen, nicht toleriert (BVerfGE 30, 119f.)" (2). Dies hat mit dem "klassischen", frühbürgerlichen Verständnis von parlamentarischer Demokratie nicht mehr viel zu tun. Der Kern dieses Verfassungsdenkens lag in dem Ziel der Machtbegrenzung des Staates und der demokratischen Souveränität des Gesetzgebers: "unbegrenzte soziale und politische Veränderungen im Medium der Legalität, strikte Begrenzung der Handlungsermächtigungen der Exekutive. In der Werteordnung kehrt sich dieses Verhältnis tendenziell um: Begrenzung der Möglichkeiten sozialer und politischer Veränderungen, 'Entgrenzung' der Handlungsermächtigung der Exekutive" (3).

Waren die Freiheitsrechte gegen den Staat und Übergriffe des Staates gerichtet und diesem eine Interpretation dieser Rechte entzogen, war die Verfassung letztlich auch nur ein Gesetz wie jedes andere und daher jederzeit aufgrund des souveränen Volkswillens abänderbar (in Frankreich gab es seit 1789 bis heute 12 Verfassungen), so hat sich die Bourgeoisie mit dem "Grundgesetz" eine Verfassung geschaffen, in der nur der sich auf die Legalität (die "Grundrechte") berufen kann, der die politische Wertsubstanz dieser "Grundordnung" anerkennt, die für "unverjährbar" erklärt wird: Wer das Recht der Meinungsfreiheit dazu benutzt zu behaupten, es gebe in der BRD keine volle Meinungsfreiheit, der mißbraucht dieses Recht, weil er den "substantiellen Wert" dieses Rechts und damit die fdgo in Zweifel zieht (4).

Zentraler Wert dieser Ordnung ist das "Institut Eigentum", dem daher ebenso "Unverjährbarkeit" attestiert wird. Das Privateigentum wird damit zur nicht weiter zu rechtfertigenden Substanz des "deutschen Volkes". Die Unterscheidung zwischen "Verfassungsloyalen" und "Verfassungsilloyalen" ergänzt die nationalstaatliche Diskriminierung zwischen Inländern und Ausländern im Innern als Bürgerkriegsunterscheidung: illoyal im Sinne der Wertordnung handelt jeder, der sich gegen die Ordnung des Privateigentums wendet.

Die insbesondere von Maunz/Dürig u.a. entwickelte Definition der fdgo als einer Werteordnung, die alles ausschließt, "was wir von 'früher' und von 'drüben' als politische Ordnung nicht wollen" (5), erlaubt eine weitgehende Ausgestaltung der politischen Formen der fdgo: "Selbst das sowjetzonale 'Blocksystem' muß, wenn man es als wissenschaftlichen Entwurf betrachtet und politisch entgiftet, als solches kein Widerspruch zum ... 'Recht auf Opposition' sein." (6) Wie kann derartiges aussehen? Ein "Einparteiensystem" der "Solidarität der Demokraten", ein faschistisches System mit Präsidialkabinett und "Opposition" innerhalb der "Einheitsliste" usw. Sobald eine Zuspitzung des Klassenkampfes die "politisch-kulturelle Homogenität der gemeinsamen politischen Existenz" bedroht, kann die Legalität eingeschränkt werden. Die klassische Unterscheidung zwischen Normalität und Ausnahmezustand gibt es daher nicht mehr, der "konstitutionelle Legitimus" schafft "eine dauernde latente Diktatur, in der der 'Hüter



UNTER DIESEM ZEICHEN

- KEINE ARBEITSLOSIGKEIT
- KEINE INFLATION
- KEINE SCHWINDEL

deshalb fordern wir

**NS - VERBOT
AUFHEBEN!**

Die AfD ist loyal! Wozu ist die NSDAP verboten?

Herausgeber: NSDAP AUSLANDSORGANISATION
Box 6416, Lincoln, Nebraska 68508 USA

So wie die "NSDAP-Auslandsorganisation" fordert auch die verbotene "Aktionsfront Nationaler Sozialisten" die Aufhebung des NS-Verbots. Ende der 60er Jahre hatte die NPD erfolglos versucht, über den Bundesrat die Streichung des Art. 139 Grundgesetz, in dem die Entnazifizierungsgesetze verfassungsrechtlich abgesichert sind, zu erreichen. Ein Verbot faschistischer Organisationen besteht einzig durch die Kontrollratsgesetze.

der Verfassung' durchaus verfassungskonform als Hüter der Legitimität (der fdgo, d. Verf.) zum Souverän wird" (7). Aus dem parlamentarisch-demokratischen Verfassungsstaat wird der legitimistische Maßnahmenstaat, der die "verfassungsmäßige Diktatur" beinhaltet.

Dies ist u.a. auch der Grund, warum sich die NPD und andere faschistische Organisationen in ihren Programmen eindeutig zum Grundgesetz und der fdgo bekennen (können). Die Errichtung einer offenen Diktatur wird möglich ohne jegliche Änderung des Grundgesetzes. Ein Verbotstrag gegen diese Organisationen würde den Antragsteller daher verpflichten, sich zum Verteidiger der fdgo zu machen, um der NPD nachzuweisen, was nicht nachzuweisen ist: daß sie nämlich gegen diese "Grundordnung" sei.

Ein Verbot faschistischer Organisationen besteht

Trotzdem ist die Forderung nach einem Verbot, oder besser der Auflösung faschistischer Organisationen gerechtfertigt. Ein solches Verbot besteht nämlich seit 1945 durch die Bestimmungen der Abkommen von Jalta und Potsdam sowie die Kontrollratsvorschriften. Diese Rechtsvorschriften bestehen zum einen in Verordnungen, Gesetzen etc. des Alliierten Kontrollrats, die die Entnazifizierung von Einzelpersonen regelten (z.B. das "Gesetz zur Befreiung des deutschen Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus"), zum andern in Proklamationen, Gesetzen etc., die auf die Auflösung und das Verbot der Neugründung faschistischer und militaristischer Organisationen gerichtet waren und sind. Etliche dieser Gesetze sind entweder durch die Alliierte Hohe Kommission, also die drei westlichen Alliierten, oder mit Zustimmung dieser durch die BRD (Aufhebungsgesetz von 1956) außer Wirksamkeit gesetzt oder aufgehoben worden. Diese Praxis der Alliierten Hohen Kommission war völkerrechtswidrig. In den Abkommen von Jalta und Potsdam war festgelegt worden, daß der Kontrollrat seine Beschlüsse einstimmig faßt. Die Gesetze aber wurden einseitig von den Westalliierten aufgehoben. Des weiteren widerspricht diese Praxis den Zielsetzungen der genannten Abkommen selbst.

Im Kontrollratsgesetz Nr. 2 ist in Art. I das Verbot der NSDAP und von über 60 weiteren nationalsozialistischen Organisationen ausgesprochen. Weiter heißt es dort:

"3. Die Neubildung irgendeiner der angeführten Organisationen, sei es unter dem gleichen oder unter einem anderen Namen, ist verboten." In Art. IV: "Jeder, der irgendeiner Bestimmung des vorliegenden Gesetzes zuwider handelt, setzt sich strafrechtlicher Verfolgung aus."

Dabei ist davon auszugehen, daß dieses Verbot der Neugründung bezogen ist auf die politische Zielsetzung einer Organisation, also auf die faschistischen Inhalte, die sie vertritt, nicht auf deren Verhältnis zur Werteordnung des Grundgesetzes. Das wird auch deutlich aus den Bestimmungen des Gesetzes Nr. 8, wo u.a. Organisationen, die Kriegspropaganda betreiben oder sich damit befassen, "die Theorie, Grundsätze, Technik oder Mechanik des Krieges zu lehren", verboten werden, auch wenn sie sich "unter dem Deckmantel von Vereinen zur Pflege von Sport und Leibesübungen" tarnen (Art. V). Verbände von Kriegsteilnehmern oder Vereine mit dem Ziel, "die deutschen militärischen Traditionen aufrechtzuerhalten", sind ebenfalls verboten (was z.B. auf die sog. "Traditionsverbände" der SS, HIAG u.a.m. zutrifft).

Und in Art. VII heißt es ausdrücklich: "Schriftlich, mündlich oder anderweitig betriebene Propaganda oder Agitation, die darauf hinausgeht, militärischen und nationalsozialistischen Geist oder derartige Einrichtungen zu erhalten, wieder ins Leben zu rufen oder zu fördern oder die die Verherrlichung des Krieges zum Gegenstand hat, ist verboten."

Abgestellt wird hier also auf die politischen Ziele und die Ideologie, die eine Organisation vertritt. Ein für allemal sollte durch diese Bestimmungen eine Rechtsgrundlage dafür geschaffen werden, daß das Wiedererstarken des Faschismus und Militarismus im Keim erstickt werden kann –



"Das Singen oder Spielen irgendwelcher militärischer oder nationalsozialistischer Lieder oder Musik oder deutscher oder nationalsozialistischer Nationalhymnen ... wird hiermit verboten ..." (Gesetz Nr. 154, Militärregierung Deutschland vom 14.07.1945).

so auch die Absichtserklärungen der Alliierten im Potsdamer Abkommen.

Tatsächlich angewandt worden aber sind diese Vorschriften nur in der DDR, wo sie inzwischen in StGB, Verfassung und durch ein Gesetz zum Schutze des Friedens abgelöst worden sind, welche die gleichen Zielsetzungen verfolgen. Angewandt werden die Kontrollratsgesetze teilweise noch in Westberlin, und zwar von den Alliierten, die Verbote des öffentlichen Auftretens der NPD vor Wahlen aussprechen, die aber zeitlich begrenzt werden. In der BRD sind die genannten Gesetze, soweit bekannt, nie angewandt worden. Der Bundesgerichtshof hat in einem weitestgehend unbekannten Urteil von 1958 ausgeführt: Das Kontrollratsgesetz Nr. 2 "ist auch von deutschen Gerichten und Behörden anzuwenden" (8). Auch die Bundesregierung hat 1970 vor der UNO erklärt: "Das ausdrückliche Verbot von nazistischen Organisationen und die Tatsache, daß man nazistischen Tendenzen vorbeugt, folgern gleichermaßen aus dem Grundgesetz, und zwar in der Richtung, daß die von den alliierten und deutschen Behörden zur Befreiung des deutschen Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus in Kraft gesetzte Gesetzgebung auch weiterhin in Kraft ist" (9).

So liegt es in der Entscheidungskompetenz der Innenverwaltungen des Bundes, der Länder und – z.B. bezüglich faschistischen Veranstaltungen – der Gemeinden, diese Rechtsvorschriften im Einzelfall anzuwenden. Daß es für ein Verbot eines HIAG-Treffens z.B. keine Rechtsgrundlage gebe, wie so oft von den Behörden behauptet wird, ist offensichtlich also falsch.

Es geht dabei also nicht einfach um die Frage, den Staatsapparat einzuschalten, sondern darum, ob die völkerrechtlich gültigen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens von der BRD anerkannt werden, ob man die Bundesregierung dazu zwingen kann, auch die genannten Kontrollratsgesetze anzuwenden, die als ausführende Rechtsvorschriften dieses Abkommens zu werten und gegen Expansionismus, Revanchismus und Chauvinismus gerichtet sind.

Quellenhinweis: (1) BGHSt 23, S. 75; (2) OVG Lüneburg, in: DVBl. 1972, S. 961; (3) U.K. Preuß, Verantwortung und Bürgerloyalität. Von den Grenzen der Verfassung und des Gehorsams in der Demokratie, Frankfurt 1984, S. 266f.; (4) BVerfGE 28, S. 49f.; (5) Maunz/Dürig/Herzog/Scholz, Grundgesetz-Kommentar, zu Art. 18, Rdnr. 48; (6) ebda. Rdnr. 56; (7) Preuß, a.a.O.; (8) BGH, in: Rechtsprechung zum Wiedergutmachungsrecht, 1958, S. 455; (9) in: "Maßnahmen, die gegen Rassismus und Rassenintoleranz zu ergreifen sind." Bericht des UN-Generalsekretärs. Stellungnahme der BRD. Dok. A/8056, S. 14-22. Weiterhin: Volksfront, Rechtsgutachten zur Forderung nach Verbot der NPD und aller faschistischen Organisationen, 2. überarbeitete und ergänzte Auflage, 1985 (dort weitere Literatur) – (ulb)

Deutsche Volksgruppenpolitik (II)

"DEUTSCHE VOLKSGRUPPENRECHTE": KOHL UND ANDERE IN DER TRADITION FASCHISTISCHER OSTEXPANSION

Mit der Niederschlagung des deutschen Faschismus durch die Anti-Hitler-Koalition schien auch das Ende der "deutschen Volksgruppenpolitik" erreicht. Die deutschen Siedler, durch ihre Teilnahme an zahllosen faschistischen Verbrechen in den besetzten Gebieten aufs äußerste verhaßt und zu Recht in Sorge vor einer Bestrafung, setzten sich zum großen Teil schon vor Kriegsende im Schutz der faschistischen Truppen in das verbliebene Deutsche Reich ab. Im April 1945 befanden sich z.B. in den polnischen Gebieten östlich von Oder und Neiße nur noch 3,4 Mio. "Deutsche", 5,5 Millionen waren bereits aus eigenem Antrieb oder aufgrund faschistischer Evakuierungsbefehle, die der Roten Armee mit einem Heer von Flüchtlingen den Weg versperren sollten, um eine Reorganisation der faschistischen Truppen zu ermöglichen, geflohen. (1) Auf der Konferenz von Potsdam entschieden die Alliierten, "daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß". Dies sollte einem neuerlichen Versuch des deutschen Imperialismus, sich unter Benutzung der "deutschen Volksgruppen" in den Ländern Osteuropas den Weg nach Osten zu bahnen, ein für alle Mal einen Riegel vorschieben und die Umtriebe dieser Siedler in Osteuropa beenden.

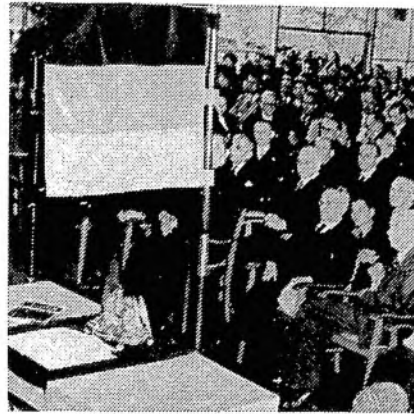
"Volksgruppenexperten" reorganisieren sich

Dennoch begannen die faschistischen "Volksgruppenpolitiker" sich in den westlichen Besatzungszonen rasch wieder in "Vertriebenenverbänden" und "Landsmannschaften" zu reorganisieren. Oft wurden sie dabei von christlichen und sogar sozialdemokratischen Politikern unterstützt, die ihrem Treiben so einen willkommenen "überparteilichen" Anstrich verschafften.

An der Spitze dieser Reorganisation stand das "Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte". Hier fanden zahlreiche Kader der "Volksdeutschen Mittelstelle" der SS Unterschlupf und ein neuerliches Wirkungsfeld, von hier wurde der Aufbau der Vertriebenenverbände finanziert und gelenkt. An der Spitze dieses Ministeriums stand u.a. der berühmte "Vertriebenen"minister Theodor Oberländer. Dieser hatte schon 1923 am ersten faschistischen Putschversuch teilgenommen und ab 1933 eine steile Karriere als Ostexperte gemacht. Oberländer war an der

Vorbereitung des fingierten "Überfalls auf den Sender Gleiwitz" beteiligt gewesen, mit dem die Faschisten ihren Überfall auf Polen einleiteten, später dann u.a. Leiter des fürchterlichen Sonderbataillons "Nachtigall", das für zahlreiche Massaker an Polen und Russen verantwortlich war. Sein Nachfolger war Hans Krüger, dessen Amtszeit endete, als 1963 aufflog, daß er u.a. 1942 als Sonderrichter im polnischen Konitz gewütet hatte, wo schon in den ersten Wochen seiner Amtszeit 2000 Polen umgebracht wurden. (2)

Dem inzwischen veröffentlichten Protokoll einer Sitzung des Bundeska-



Schon in der Präambel des Grundgesetzes ist der großdeutsche Auftrag für alle Staatsorgane festgeschrieben. Sie müssen für "das gesamte deutsche Volk" handeln. Bild: Parlamentarischer Rat.

binetts unter Adenauer 1950 ist folgender Vorgang bei der Beratung eines Gesetzes "Zur Rechtsstellung heimatloser Ausländer" zu entnehmen: "Der Bundesminister der Vertriebenen gibt bekannt, welche Änderungen der vom Kabinett bereits grundsätzlich gebilligte Entwurf ... erfahren habe ... Er betont die Bedeutung der Vorlage auch für die deutsche Seite, der es durch das Gesetz ermöglicht werde, durch den Hinweis auf den Status der heimatlosen Ausländer im Bundesgebiet gleiche Bedingungen für deutsche Auswanderer im Ausland zu erwirken." (3) Diese Überlegung entsprach fast wörtlich der, die 1925 Reichsaussenminister Stresemann in einer Denkschrift skizziert hatte. Stresemann schrieb damals, "daß die Minderheitenfrage im Reich in einer zur außenpolitischen propagandistischen Ausnutzung geeigneten Form ... geregelt sein muß, bevor das Reich die ihm als Schutzmacht der deutschen Minderheiten in Europa gestellte Aufgabe erfüllen kann". (4)

Mit der Verabschiedung des Lastenausgleichsgesetzes 1952 und des Bundesvertriebenengesetz 1953 wurde dann die Weiterverfolgung der großdeutschen Volksgruppenpolitik nach Osteuropa wieder zur gesetzlich fixierten Staatsdoktrin. Mit beiden Gesetzen regelte die Regierung Adenauer nicht nur die Entschädigungsansprüche bereits "Vertriebenen", sondern auch die künftigen Ansprüche von allen künftig irgendwo "vertriebenen" Deutschen, legte fest, daß der Status des "Vertriebenen" vererbt wird und somit alle Zeiten aufrechterhalten bleibt, daß alle "Lastenausgleichs"- oder sonstigen Entschädigungsansprüche entfallen, wenn der "Vertriebene" nicht wieder in seine "Heimat" zurückkehrt, sobald sich ihm die Möglichkeit dazu eröffnet. Damit war für Millionen "Vertriebenen" ein gesetzlicher Auftrag zur "Rückkehr" in ihre "Heimat" festgeschrieben. Als "Heimatgebiete" der "Vertriebenen" führte das Bundesvertriebenengesetz an: "die zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete, Danzig, Estland, Lettland, Litauen, die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien oder Albanien". (5)

"Volksgruppenrecht" und "europäische Einigung"

Anfang der 60er Jahre war die Reorganisation der Vertriebenenverbände und anderer revanchistischer Organisationen abgeschlossen. Der 1957 gegründete "Bund der Vertriebenen" verfügte über zahlreiche Mitglieder und über Verbindungen zu SPD, FDP, CDU und CSU. Politisch wirkte der BdV vor allem als Unterschlupf und Betätigungsfeld für zahllose Faschisten, als Verbindungsstelle zwischen dem konservativen und dem liberalen Lager und offenen Faschisten und als Rekrutierungs- und Ausbildungsverband für neue großdeutsche Politiker. Ebenfalls Anfang der 60er Jahre hatten alle staatstragenden Parteien, auch die SPD, in ihren Programmen die Forderung nach "Volksgruppenrecht für die Deutschen" und für das "Recht auf Heimat" aufgenommen.

Auch die von der SPD/FDP-Regierung vollzogene Umstellung der Ostpolitik auf die zumindest vorläufige Respektierung der Grenzen in Europa konnte die Stellung der Vertriebenenverbände nicht grundsätzlich erschüttern, zumal deren finanzielle Förderung weiter ausgedehnt wurde. Die Vertriebenenverbände protestierten zwar aufs heftigste gegen diese

DIE ORGANISATION DER REVANCHISTEN

Ohne kirchliche Unterstützung würde es die heutigen Vertriebenenverbände nicht geben. Die Kirche kann im Mai 1945 agieren – während Koalitionsverbot und lizenzierte Presse besteht. Umgesiedelte Pfarrer verschicken bereits wenige Tage nach der Kapitulation Rundbriefe und gründen kirchliche "Hilfskomitees", um Aussiedler zu sammeln. Unter dem Schutz der katholischen Kirche entsteht ein weit verzweigtes Netz von "Hilfsstellen". Die evangelische Kirche gründet ein "Hilfswerk", um Aussiedler zu organisieren. (1)

Wenig später, am 10.4. 1947, beantragt der Zonenbeirat für die britische Zone, mit Adenauer an der Spitze, bei den Briten die Aufhebung des Verbots der Gründung von Vereinigungen der "Ostvertriebenen". Im Juli erlauben die Besatzungsmächte den Landesregierungen die Zulassung von "Flüchtlingsorganisationen". Daraufhin wird im Mai 1948 die Pommersche und im Oktober 1948 die Ostpreussische Landsmannschaft gegründet. Sie entstehen sofort als zentrale Organisationen – aus den seit 1945 im Untergrund aufgebauten kirchlichen "Hilfskomitees". Bis 1950 folgt Schlag auf Schlag die Gründung aller Landsmannschaften. Frühere Gutsbesitzer besetzen durchweg Vorstandsposten.

Die Landsmannschaften lassen von Anfang an keinen Zweifel an ihren revanchistischen Zielen. In ihrer "Charta von 1950" fordern sie, daß das "Recht auf Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte anerkannt und verwirklicht" wird. Um zu bekräftigen, daß der Satz aus der "Charta" – "Wir Heimatvertriebene verzichten auf Rache und Vergeltung" – keinen Verzicht auf die "Heimat" bedeutet, erklärt der Sprecher der Landsmannschaften auf der Kundgebung in Stuttgart am 6.8. 1950: "Die heute verkündeten Forderungen und Grundsätze ... enthalten das Bekenntnis zum ewigen und unverlierbaren Recht auf unsere Heimat ... Sie erheben den Anspruch der Vertriebenen auf den notwendigen Lebensraum und die volle Gleichberechtigung innerhalb des deutschen Volkes" (2). In der "Charta" wird also die Theorie vom "Volk ohne Raum" aufgewärmt. Regelmäßig heißt es seit damals in den Vertriebenenpublikationen, daß es ungerrecht sei, wenn in Polen 100 Menschen auf einem Quadratkilometer leben, in der BRD aber 240.

Den Aussiedlern muß auch entgegengehalten werden, daß ihre "Heimat" nicht mehr existiert. So wie das Deutsche Reich untergegangen ist,

so ist diese Heimat verschwunden. Sie existiert weder staatlich noch sozial, sondern wird in den "Häusern der Heimat" in der BRD nur künstlich am Leben erhalten.

Am 27.10.1957 schließen sich – auf Drängen der Bundesregierung – 20 Landsmannschaften zum Bund der Vertriebenen (BdV) zusammen. Mit der Anerkennung des BdV durch alle Bundesregierungen sind auch die Gebietsansprüche festgelegt: nicht die Grenzen von 1937, sondern alle Gebiete, in denen Deutsche lebten. Wie sonst könnten Rußlanddeutsche, litauische und baltische Verbände Mitglied im BdV sein und sich auf deren "Charta" berufen!

Zum Zeitpunkt der Gründung des BdV entwickelt die westdeutsche Reaktion ihr Konzept der "Europäisierung der deutschen Frage" weiter. Auf der Gründungsversammlung des BdV erklärt z.B. sein erster Präsident, daß die Durchsetzung ihrer Ziele "der entscheidende Beitrag für die Ordnung im europäischen Raum" sein wird. Unter den Aussiedlern wird die Parole populär: "Alle Vertriebenen sind Europäer".

Neben dem BdV gibt es seit 1969 einen zweiten Dachverband – den Bund der Mitteldeutschen (BMD). Er faßt zu einem Zeitpunkt, als die neue Ostpolitik forciert wurde, neun Landsmannschaften zusammen. Der BMD beansprucht mit typisch imperialistischem Größenwahn, die Bevölkerung der DDR zu vertreten. Schwerpunkt seiner Tätigkeit ist die Suche und Pflege von Kontakten mit Leuten in der DDR. (3)

Wie sehen die Landsmannschaften heute ihre Aufgaben? Das Ziel bleibt,

"die deutsche Frage solange offenzuhalten, bis wir es mit Gesprächspartnern zu tun haben, die demokratisch legitimiert sind". (4) Ihre territorialen Ansprüche wollen sie verstärkt als "Landesvertretungen" oder "Kreiskörperschaften" anmelden. Dazu muß man wissen, daß die Landesregierungen der BRD Patenschaften über 14 Landsmannschaften ausüben und schon lange bemüht sind, die Bundesversammlungen der Landsmannschaften als "legitime Regierungen und Parlamente der ostdeutschen Provinzen" (5) zu behandeln. Als eine Art "Bundesrat der ehemaligen deutschen Ostgebiete" bilden seit 1960 die neun größten Landsmannschaften einen "Ständigen Rat der Ostdeutschen Landsmannschaften".

Wie sehr die Regierungen daran interessiert sind, daß die Revanchistenverbände direkt als offizielle Körperschaften ehemals deutscher Gebiete auftreten, beweisen die Bemühungen, bestehende Patenschaften für sog. Heimatkreisvereinigungen der Landsmannschaften zu aktivieren bzw. weiter anzuregen. Die Aussiedler sind nämlich nicht nur nach ihren heutigen Wohnorten in den Verbänden organisiert, sondern auch nach ihren damaligen (Heimatkreisen). Von den ca. 500 Heimatkreisvereinigungen werden 370 von Städten und Gemeinden der BRD patenschaftlich betreut. (5) Das bedeutet Steuergelder und breite Wirkungsmöglichkeiten, z.B. bis in die Schulen.

(1) Landsmannschaftlicher Revanchismus in Westdeutschland, hrsg. von H.Sander; (2) a.a.O., S.77; (3) Flach u.a., Kreuzritter in Trachten, S.103; (4) Herde u.a., Revanchistische Politik Ffm 1977, S.47; (5) Blätter für dt. und intern. Politik 1/81



Anfang der 60er Jahre hatten die Zeitungen und Zeitschriften der Vertriebenenverbände eine Auflage von 1,5 Mio. erreicht. Bild: Schlagzeilen der Vertriebenenpresse Anfang der 60er Jahre.

Politik. Gleichzeitig hatten sie aber bereits begonnen, ihren aggressiven Forderungen für eine neue großdeutsche Expansion nach Osten einen "europäischen" Anstrich zu geben und die Forderung nach "deutschen Volksgruppenrechten", insbesondere dem "Recht auf Heimat", in den Rang von "Menschenrechten" zu erheben. Der von der SPD/FDP-Regierung nie bestrittene Verfassungsauftrag an alle Staatsorgane, für "alle Deutschen" zu handeln und diese "wiederzuvereinen", sicherte den Vertriebenenverbänden zudem auch weiter die Unterstützung durch alle westdeutschen Staatsorgane zu. Beispielhaft für die "neue" Propaganda der Vertriebenenverbände der schon im letzten Heft erwähnte Professor Weiter 1967 vor dem faschistischen Witikobund: "Ein modernes Volksgruppenrecht als Baustein für ein Vereintes Europa muß daher das Verbot der Vertreibung aus der angestammten Heimat ... beinhalten ... Dieses Verbot bedeutet aber zugleich ein Gebot bzw. ein subjektiv-öffentliches Recht, nämlich das Recht auf Rückkehr in die angestammte Heimat ... Und niemand, auch nicht die Regierung eines Aufnahme- und Zufluchtstaates, hat das Recht, auf dieses ... Recht zu verzichten." (6)

Im November 1969 verkündete der Sprecher der Sudetendeutschen

Landsmannschaft Becher über den "Gedanken des Volksgruppenrechts und seine Bedeutung für die heimatpolitischen Ziele der Sudetendeutschen", daß dieser "eine besondere Rolle spielt, weil er Lösungsmöglichkeiten anpeilt, die das bloße Argumentieren in Grenzen überhöht." (7)

Obwohl von der offiziellen Regierungspolitik eher in den Hintergrund gedrängt, hatten die Vertriebenenverbände damit eine Propaganda entwickelt, die sich bruchlos in die Europa-Propaganda aller staatstragenden Parteien einfügte. 1977 listete die CDU/CSU in einem "Weißbuch über die menschenrechtliche Lage in Deutschland und der Deutschen in Osteuropa" auf, wo überall "Deutsche" angeblich auf "Befreiung" und "Volksgruppenrechte" hoffen: angeblich 1,4 Mio. "Deutsche" in Polen, 2 Mio. in der UdSSR, 360000 in Rumänien, 220000 in Ungarn, ca. 100000 in der CSSR. Die von allen bürgerlichen Politikern benutzte Phrase, die "deutsche Frage" könne nur "europäisch" gelöst werden, erklärt sich so ganz praktisch: Ohne daß diesen angeblich vier Millionen "Deutschen" im Osten die Freiheit gebracht wurde, wie soll da die "deutsche Frage" gelöst sein?

Kohl: "Volksgruppenrecht" als Regierungsprogramm

Seit dem Amtsantritt der Regierung

Kohl erleben die Vertriebenenverbände auch offiziell wieder allseitige Förderung durch die Bundesregierung. Hier nur einige der letzten Vorstöße der Regierung und der Vertriebenen:

— Am 10.6.84 erinnerte der "Minister für Innerdeutsche Beziehungen" Windelen auf einem Treffen der Landsmannschaft der Oberschlesier in Essen an die "Erfahrungen aus dem Abstimmungskampf in Oberschlesien ... , die für uns heute noch aktuell sind", und rief aus: "Wir fordern daher heute die Volksrepublik Polen auf: Geben Sie den Deutschen in Oberschlesien Volksgruppenrechte ... Geben Sie damit ein Zeichen, daß auch Sie friedlichen Ausgleich und europäischen Verständigung wollen." Zugleich begrüßte er "die Initiative der schlesischen Jugend, die am 23. Mai im Bundeskanzleramt ein Memorandum mit über 20000 Unterschriften zur Lage der Deutschen im polnischen Machtbereich übergeben hat." (8)

— Am 13.9.84 verlangte das Vorstandsmitglied des Bundes der Vertriebenen H.G. Parplies im "Deutscher Ostdienst", Österreich, das Sudetengebiet, das Memelgebiet sowie Danzig als zum "Deutschen Reich" gehörig zu behandeln. (9)

— Am 26.10.84 verlieh der Bund der Vertriebenen Kohl die BdV-Plakette "für Verdienste um den deutschen Osten und das Selbstbestimmungs-

EUROPÄISCHE VOLKSGRUPPENRECHTE

EINMISCHUNG IST GARANTIERT

Seit 1979 liegen dem europäischen Parlament verschiedene Entschlüsse zu den Volksgruppenrechten und dem Schutz der nationalen Minderheiten in der EG vor. Art. 14 des Entwurfs einer Europäischen Verfassung lautet: "Rechte der Volksgruppen und ihrer Zugehörigen, 1) Die Volksgruppen und sprachlichen Minderheiten stehen unter dem besonderen Schutz der Union, 2) Jeder Unionsbürger hat das Recht sich frei zu einer Volksgruppe zu bekennen und die Sprache und die Kultur der Volksgruppe zu pflegen ..." Der Entschließungsantrag zum "Schutz der Volksgruppen und sprachlichen Minderheiten innerhalb der europäischen Gemeinschaften" vom 20.2.79 beruft sich ausdrücklich auf die föderalistische Union europäischer Volksgruppen (FUEV). Die FUEV ist eine Nachfolgeorganisation der 1925 zuerst tagenden "Nationalitätenkongresse". Diese wurden zunehmend von den deutschen Minderheiten dominiert, so daß 1927 die Sorben, Polen und Dänen austraten. Unter der Herrschaft der Faschisten verließen die Juden die Kongresse, da sie eine ausdrückliche Verurteilung des Deutschen Reiches nicht durchset-

zen konnten. Der FUEV gehören 22 ordentliche Mitglieder an. Darunter seitens der BRD neben Dänen und Friesen der "Sudetendeutsche Rat" und der "Bund der Polen in Deutschland". Im fünfköpfigen Präsidium sitzen u.a. jeweils ein Vertreter des "Sudetendeutschen Rats" und der "Südtiroler Volkspartei".

Die Grundsätze der FUEV und der Entschließungsanträge des Europäischen Parlaments knüpfen direkt an die Minderheitenpolitik des Deutschen Reiches gegenüber Polen (Oberschlesien) an und sollen der BRD völkerrechtlich abgesicherte Einmischungsmöglichkeiten in allen Staaten Europas einschließlich Polens und der CSSR etc. ermöglichen. Während z.B. Ausländer in der BRD kaum Chancen haben, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben, reicht in den Entwürfen zu einem europäischen Volksgruppenrecht das bloße Bekenntnis aus. Gestützt auf diese "subjektive Theorie" versuchte schon in der Weimarer Republik der Deutsche Volksbund in Oberschlesien polnische Schüler für deutsche Minderheitenschulen zu werben, was übrigens 1927 vom Völkerbundsrat als nicht zulässig zurückgewiesen wurde.



Theodor Oberländer, schon 1923 NSDAP-Mitglied, faschistischer Kriegsverbrecher, "Vertriebenen"-minister in der BRD von 1953 bis 1960

Welche weitreichende Bedeutung ein völkerrechtlich sanktioniertes Volksgruppenrecht haben kann, zeigt das Beispiel des Fürsten von Pleß, der sich 1931 mit einer Beschwerde an den Völkerbundrat wandte, sein Unternehmen verlöre durch die Festsetzung der Einkommensteuer an Kreditwürdigkeit und würde dadurch polonisiert. Die bis 1934 fortgesetzten Verhandlungen ergaben allerdings, daß dieser durch eigenes betrügerisches Finanzgebahren bankrott ging und nicht durch

recht", weil er "sich wie seit Jahrzehnten kein Bundeskanzler mehr zu den deutschen Heimatvertriebenen bekannt und sich vor sie gestellt hat." (10)

— Am 14.12.84 verkündete der "deutschlandpolitische Sprecher" der CDU/CSU Lintner in der "Sudetendeutschen Zeitung": "Es ist die Pflicht der Bundesregierung, für die berechtigten Interessen der Sudetendeutschen ... auch in der CSSR, das heißt gegenüber der tschechoslowakischen Regierung einzutreten." (11)

— Am 12.1.85 beschloß die CSU, das "Weißbuch der CDU/CSU aus dem Jahre 1977 über die menschenrechtliche Lage in Deutschland und der Deutschen in Osteuropa fortzuführen" und forderte die "Verwirklichung der Menschen- und Gruppenrechte der Deutschen im Osten". (12)

— Am 8.5.85 legte der Leiter der BRD-Delegation bei der Menschenrechtskonferenz der KSZE in Ottawa das schon erwähnte Memorandum der schlesischen Jugend über die Lage der Deutschen in Polen vor und klagte die polnische Regierung der "Unterdrückung der Deutschen" an. (13)

Ganz große Koalition für "Volksgruppenrecht"?

Man sollte meinen, die aggressive Lösung nach "deutschen Volksgruppenrechten" sei in der politischen Opposi-

tion gegen den westdeutschen Revanchismus und Expansionismus verhaßt. Leider ist dies nicht der Fall. Am 28. März beriet der Bundestag über einen Antrag der CDU/CSU: "Lage der Rußlanddeutschen". Darin maßt sich die Bundesregierung an, Sprecher aller "Deutschen" in der Sowjetunion zu sein, listen die Unionsparteien eine lange Liste von angeblichen "Menschenrechtsverletzungen" der SU "an Deutschen" in der Sowjetunion auf, von der Behinderung der Ausreise bis zum Verbot öffentlicher religiöser Prozessionen. Wie reagierte der Sprecher der GRÜNEN, Horacek, darauf? Er erklärte: "Wir treten für die Rechte der nationalen Minderheiten in allen Ländern ein, und das heißt selbstverständlich auch für die Rechte der deutschen Minderheit in der Sowjetunion ... In mehreren Briefen werden wir gebeten, die besondere Verantwortung des Mutterlandes für die Rußlanddeutschen zu sehen ... Ich bin der Ansicht, daß wir diese Forderung ... ernst nehmen sollten ... Würden Sie uns durch eindeutige Erklärungen Ihrerseits die Furcht nehmen, daß Menschenrechtsverletzungen in Mitteleuropa von Ihnen nicht deshalb angeprangert werden, um großdeutsche Gebietsansprüche offenzuhalten, dann könnten wir hier viel leichter zustimmen ... Die Fraktion DIE GRÜNEN hat es ihren Mitgliedern freige-

stellt, sich bei der Abstimmung der Stimme zu enthalten ... Ich selber werde ... zustimmen." (14)

Deutsche Volksgruppenpolitik "alternativ"? Man kann den GRÜNEN nur raten, die Geschichte deutscher "Volksgruppenpolitik" genau zu studieren, bevor sie sich noch einmal von Leuten wie Hupka und Czaja und von eigenen "Experten" vom Schlage eines Horacek zum nützlichen Idioten des BRD-Revanchismus machen lassen! Quellenhinweis: (1) FAZ, 11.2.85, S. 11; (2) Braunbuch, Kriegs- und Nazi-verbrecher in der Bundesrepublik, Berlin, 1965, S. 279f.; (3) Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. II, 1950, Boppard a.R. 1984, S. 584-585; (4) Opitz, Europastrategien des deutschen Kapitals, S. 501f.; (5) Bundesgesetzblatt I, 1953, S. 201f.; (6) Dr. Th. Weiter, Das Volksgruppenrecht als elementarer Baustein für ein vereinigtes Europa, 1967, S. 15; (7) "Blätter für deutsche und internationale Politik" 6/70, S. 590; (8) Windelen, Reden zur Deutschlandpolitik, Bonn 1984; (9) G. Herde, Bundeskanzler Kohl machte Revanchismus erneut zur Staatspolitik der BRD, Hrsg. VVN, Frankfurt 1985; (10) ebenda; (11) ebenda; (12) CSU, Ergebnisse von Wildbad Kreuth, 12.1.1985; (13) Süddeutsche Zeitung, 9.5.85; (14) BT-Protokoll vom 28.3.85, S. 9569f. — (rül, ana, wop)

die Steuerfestsetzung des polnischen Staates.

Entschließungsantrag zum "Schutz der Volksgruppen und sprachlichen Minderheiten innerhalb der europäischen Gemeinschaft"

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT ... — in Kenntnis, daß die föderalistische Union europäischer Volksgruppen (FUEV) ... dringend eine europäische Konvention zum Schutze der Volksgruppen in Europa und sprachlichen Minderheiten in Europa vorschlägt, welche nach ihren Zielvorstellungen folgende Grundsätze enthalten muß:

1) Garantie des Gruppenstatus und von Grundrechten der Minderheiten und Volksgruppen durch Anerkennung:

... — des Rechts des Einzelnen sich frei zu einer Volksgruppe zu bekennen; — des Rechts auf Heimat für die Volksgruppe; — des Rechts auf freie wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung sowie ... und ein Verbot der Entnationalisierung, — der Vertreibung oder Zwangsumsiedlung ...

2) Gewährleistung des Rechtes auf angemessene Mitwirkung im Staate durch:

— Bildung eigener politischer Parteien oder Beteiligung an allgemeinen politischen Parteien, — Vetorecht in



"Moderne" Volksgruppenpolitiker der BRD: Hupka, Vorsitzender der Landschlesier (rechts) und Czaja, Vorsitzender des Bundes der Vertriebenen

allen Angelegenheiten, die für die Existenz und Erhaltung der Volksgruppe Bedeutung haben ...

3) Einräumung des Rechts auf Selbstbestimmung durch:

— freie Wahlen, — weitgehende Gesetzgebungs- und Verwaltungsaufonomie ... — gegebenenfalls Selbstregierung.

FUEV — Hauptgrundsätze eines Volksgruppenrechtes:

1) Jedermann hat das Recht, sich frei

zu einer nationalen Minderheit bzw. Volksgruppe zu bekennen ... Dieses Bekenntnis darf weder bestritten noch nachgeprüft werden.

3) Jeder Angehörige einer nationalen Minderheit bzw. Volksgruppe hat das Recht, seine Sprache in Wort und Schrift frei zu gebrauchen und zu pflegen. Hierzu gehört auch das Recht auf Unterricht und kirchliche Betreuung einschließlich Religionsunterricht in seiner eigenen Sprache ...

5) Auch jeder Angehörige einer nationalen Minderheit bzw. Volksgruppe hat das Recht auf Freizügigkeit sowie auf Verbleiben in seiner angestammten Heimat ...

7) Jede nationale Minderheit bzw. Volksgruppe hat das Recht sich zu organisieren. Sie hat das Recht auf kulturelle Autonomie einschließlich Selbstverwaltung von Schule und im Bereich der Kirche ... Auch hat jede nationale Minderheit bzw. Volksgruppe das Recht, daß ihr angemessene Zeit im Rundfunk und im Fernsehen eingeräumt wird.

11) Eine in ihren Rechten vom Staat beeinträchtigte nationale Minderheit bzw. Volksgruppe kann bei nationalen oder internationalen Gerichtshöfen Hilfe und Schutz verlangen.



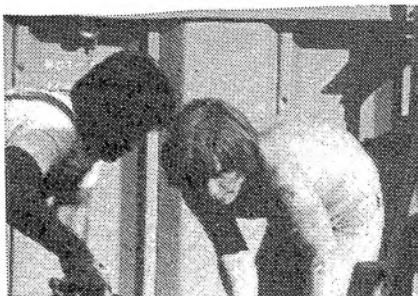
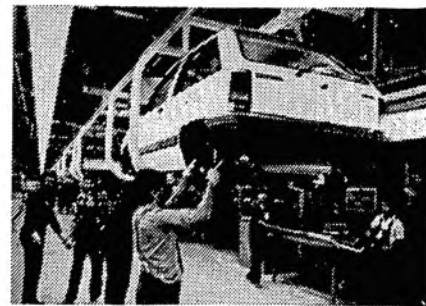
Westdeutsche SDI-Absichten

Anfang der Woche hat Kanzleramtsminister Schäuble mit den Vorstandsvorsitzenden mehrerer Großunternehmen über eine Beteiligung am SDI-Projekt der USA beraten. Wie die Entscheidung ausfällt, ob für das US-Projekt oder für ein "europäisches SDI", scheint noch offen. In der politischen Opposition ist die Ablehnung dieses

Projekts und einer westdeutschen Beteiligung verbreitet. Viele dieser Kritiker kritisieren leider nur die Absichten der USA und werfen der Bundesregierung "vasallenhafte Zustimmung" vor. Was aber sind die Absichten der BRD? Welche Elemente von "SDI" sind schon jetzt erkennbar, mit denen der BRD-Imperialismus seine Fähigkeiten erhöhen will, Land und Leute im Osten zu erobern?

Spanische Arbeiterbewegung gegen EG-Beitrittsvorbereitungen

Mit großangelegten Rationalisierungsprogrammen und Betriebsstillegungen wollen die spanischen Kapitalisten und die Regierung auf Druck der Imperialisten in der EG die Bedingungen schaffen, daß ein Heer billiger Arbeitskräfte und moderne Produktionsanlagen den westeuropäischen Konzernen zur Verfügung stehen. Die Regierung hat zudem angekündigt, die Leistungen der Rentenversicherung abzusenken und weitere staatliche Sozialleistungen zu kürzen. Die Gewerkschaftsverbände haben dagegen Streikaktionen angedroht. Gelingt es der spanischen Arbeiterbewegung, diese Angriffe abzuwehren, die einen neuen Niedrigststandard der Reproduktion innerhalb der EG setzen sollen?



Unständige Hafenarbeit

Wir berichten über die Lage unständiger Hafenarbeiter in Hamburg. Je mehr die Beschäftigungssituation im Hafen von Tag zu Tag schwankt, um so höher werden die Garantielohnzahlungen für die Hafenarbeiter, die fest angestellt sind. Aus diesem Grund verringern die Hafenkapitalisten die Anzahl der festen Hafenarbeiter unge-

fähr auf die Anzahl, die auf jeden Fall fast täglich eingesetzt werden können. Bei zusätzlichem Arbeitsanfall werden unständige Hafenarbeiter rekrutiert. Diese Aushilfsarbeiter werden für eine Schicht geheuert. Völlig rechtlos, lassen sich diese Unständigen zu den miesesten Arbeitsbedingungen beschäftigen. Nur das Verbot unständiger Arbeit kann hier eine Änderung bringen.

Schulpolitik der Reaktion

Die verstärkte Einführung neuer Informations- und Kommunikationstechniken ist für die Reaktion Anlaß, eine gründliche Senkung des Bildungsstandards großer Teile der Schüler zu betreiben. Einer schmalen Elite steht die breite Masse der Anwender der neuen Technologien gegenüber, sowie "funktionelle Analphabeten", für die weder Ausbildung noch Arbeit vorgesehen sind. Die Senkung des Standards betrifft in neuen Richtlinien vor allem das sprachliche Ausdrucksvermögen. Die Sozialdemokraten entwickeln nur wenig Widerstand gegen die Reaktion, die Grünen neigen dazu, der Auseinandersetzung mit alternativen Modellen auszuweichen.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten— erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,50 DM bis 1,20 DM

- Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 0,80 DM
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik — **Nachrichten, Analysen, Protokolle** — Hrsg. Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 0,80 DM

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabo 38,- DM, Jahresabo 76,- DM.

Politische Berichte sowie ein Nachrichtenheft zu 0,50 DM: Halbjahresabo 44,50 DM, Jahresabo 89,- DM. Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabo 6,50 DM, Jahresabo 13,- DM.

Politische Berichte sowie ein Nachrichtenheft zu 0,80 DM: Halbjahresabo 48,50 DM, Jahresabo 97,- DM. Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabo 10,50 DM, Jahresabo 21,- DM.

Politische Berichte sowie ein Nachrichtenheft zu 1,20 DM: Halbjahresabo 53,50 DM, Jahresabo 107,- DM. Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabo 16,- DM, Jahresabo 32,- DM.

Einzelabo Nachrichtenheft zu 0,50 DM: Halbjahresabo 12,- DM, Jahresabo 24,- DM; zu 0,80 DM: 16,- DM bzw. 32,- DM; zu 1,20 DM: 21,- DM bzw. 42,- DM

Bestellungen sind zu richten an:
GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft: Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Spezialberichte, Sozialstatistik: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln.— Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.